

Rheinland-Pfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

1988

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

Inhalt

Fortschreibung der Bevölkerung	1	Auf der Grundlage der Volkszählung wird die Bevölkerung unter Berücksichtigung von Geburten, Sterbefällen und Wanderungen laufend fortgeschrieben.
Bevölkerungsentwicklung 1986	4	1986 wurden im Vergleich zum Vorjahr deutlich mehr Geburten und geringfügig mehr Sterbefälle registriert. Die Anzahl der Zuzüge war größer als die der Fortzüge. Wegen des immer noch erheblichen Gestorbenenüberschusses nahm die Bevölkerung dennoch um 0,1 % ab.
Das Erntejahr 1987	9	Es werden die Ernteergebnisse von Feldfrüchten, Rohfutter, Gemüse, Obst und Weinmost dargestellt.
Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben 1987	13	Die Strukturprobleme der Landwirtschaft beeinflussen auch die betrieblichen Arbeitsverhältnisse. Eine Kohortenanalyse untersucht die Bedeutung von Erwerbskombinationen.
Investitionen im verarbeitenden Gewerbe 1986	17	Der Rückgang der Energie- und Rohstoffpreise sowie niedrige Kapitalmarktzinsen begünstigten das Investitionsklima im verarbeitenden Gewerbe.
Strafvollzug 1986/87	22	Die Strafvollzugsstatistik liefert jährlich Angaben über Zahl, Belegungsfähigkeit sowie Gefangenenbestand der Justizvollzugsanstalten. Sie enthält auch persönliche und kriminologische Merkmale der Einsitzenden.
Krankenhaus-Software für das Verfahren MARK	24	Es wird beschrieben, wie das Softwarepaket MARK (Materialwirtschaft in Krankenhäusern) in die Organisation einer Krankenhausapotheke eingeplant wurde.
Anhang	1*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	7*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Bitte überkleben Sie die Textübersicht mit der hier abgedruckten.



Rheinland-pfälzischer Außenhandel 1950 – 1986

Jahr	Ins- gesamt	Europäische Gemeinschaft ¹⁾		Italien	
	Mill. DM	Anteil in %		Mill. DM	Anteil in %
Ausfuhr					
1950	430	201	46,7	15	3,6
1955	1 246	466	37,5	70	5,6
1960	2 126	1 062	49,9	177	8,3
1965	3 146	1 518	48,3	239	7,6
1970	6 794	3 309	48,7	571	8,4
1975	13 603	5 845	43,0	879	6,5
1980	21 678	10 540	48,6	1 844	8,5
1985	30 690	15 230	49,6	2 582	8,4
1986	29 315	15 604	53,2	2 656	9,1
Einfuhr					
1970	4 692	2 835	60,4	581	12,4
1975	8 256	4 616	55,9	731	8,9
1980	16 947	8 807	52,0	1 297	7,7
1985	20 070	10 805	53,8	1 803	9,0
1986	17 292	10 280	59,5	1 681	9,7

1) Stand 1. 1. 1986

Volkszählung korrigiert Fortschreibungsfehler

Der amtlich festgestellten Bevölkerungszahl kommt für zahlreiche Rechtsvorschriften entscheidende Bedeutung zu. Sie ist beispielsweise für den Finanzausgleich, für die Abgrenzung der Wahlkreise und für die Länderstimmen im Bundesrat maßgebend.

Regional tief gegliederte Bevölkerungszahlen können – nach Alter und Geschlecht untergliedert – nur im Rahmen einer Volkszählung exakt ermittelt werden. Um auch für den Zeitraum zwischen den Volkszählungen die erforderlichen Angaben über die Einwohnerzahlen der Gemeinden zu erhalten, wird die bei der Volkszählung festgestellte Bevölkerung durch die registrierten Geburten und Sterbefälle sowie die Zu- und Fortzüge laufend fortgeschrieben.

Die Bevölkerungsfortschreibung ist mit gewissen Fehlern behaftet, die mit zunehmendem Abstand zur letzten Volkszählung immer größer werden. So war die auf der Grundlage der Volkszählung 1961 fortgeschriebene Bevölkerung im Jahre 1970 im Bundesgebiet um rund 858 000 Personen höher als die im gleichen Jahr bei der Volkszählung festgestellte Bevölkerungszahl. Vor der Volkszählung 1987 rechnete man mit einer Überhöhung der Fortschreibung von rund 1 Million Menschen. Erst wenn im Herbst 1988 die Ergebnisse der jüngsten Volkszählung feststehen, wird eine Korrektur der Fortschreibungsfehler möglich sein.

Am 1. November 1983 trat in Rheinland-Pfalz ein neues Meldengesetz in Kraft. Bis zu diesem Zeitpunkt existierten im Meldewesen einerseits und in der amtlichen Statistik andererseits unterschiedliche Bevölkerungsbegriffe. Während die amtliche Statistik die Bevölkerung nach dem objektivierten Wohnbevölkerungsbegriff erfaßte, fortschrieb und den Gemeinden zuordnete, konnten nach dem Melderecht Personen mit mehreren Wohnungen ihre Hauptwohnung frei bestimmen. Die daraus resultierenden Unterschiede zwischen den melderechtlich und den statistisch ermittelten Bevölkerungszahlen führten für Gemeinden und amtliche Statistik zu einem unbefriedigenden Zustand.

Mit der Einführung des neuen Meldegesetzes gilt für Meldewesen und amtliche Statistik ein einheitlicher objektivierter Bevölkerungsbegriff, der eine Harmonisierung der Bevölkerungszahlen bringen sollte. Der amtlichen Statistik stand jedoch eine der neuen Definition entsprechende Basisbevölkerung noch nicht zur Verfügung. Für die Fortschreibung wurden damit fortan die Zahlen der auf Basis der Volkszählung 1970 fortgeschriebenen Wohnbevölkerung mit den zum Teil nach dem objektivierten Hauptwohnungsbegriff, zum Teil nach altem Recht erfaßten Bewegungsdaten verknüpft. Durch Aussetzung der Volkszählung 1983 konnte die damit beabsichtigte Harmonisierung nicht erfolgen.

Die Volkszählung 1987 ermittelt die nach dem neuen Bevölkerungsbegriff erforderliche Fortschreibungsbasis für die amtliche Statistik. Um auch die Melderegister an den neuen Bevölkerungsbegriff anzupassen, erfolgt in Rheinland-Pfalz gegenwärtig eine landesweite Registerbereinigung, in deren Rahmen Personen mit mehreren Wohnungen eine Erklärung über ihre Haupt- und Nebenwohnung abzugeben haben. Die Volkszählung und die Registerbereinigung dürften weitgehend übereinstimmende Bevölkerungszahlen bringen, da in beiden Fällen identische Bevölkerungsbegriffe zugrunde gelegt werden. ic

Mehr über dieses Thema auf Seite 1

1986 leichter Bevölkerungsrückgang

Am 31. Dezember lebten 3 611 437 Personen in Rheinland-Pfalz. Das sind 3 612 Personen oder 0,1 % weniger als im Vorjahr. Ein Bevölkerungsrückgang war in der Mehrzahl der Verwaltungsbezirke zu verzeichnen. So hatten nur drei der zwölf kreisfreien Städte und neun der 24 Landkreise eine positive Bevölkerungsbilanz.

Die Anzahl der Lebendgeborenen nahm 1986 mit über 37 000 gegenüber dem Vorjahr um 6,5 % zu; die Zahl der Gestorbenen lag um 1,5 % höher. Mit 6 033 Personen war der Gestorbenenüberschuß trotz der positiven Geburtenentwicklung auch 1986 noch erheblich. Er wurde durch einen Wanderungsgewinn von 2 421 Personen abgeschwächt. di

Mehr über dieses Thema auf Seite 4

Zahl der Schulabgänger weiterhin rückläufig

Zum Ende des Schuljahres 1986/87 verließen 44 730 Jugendliche die allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz (ohne Sonderschulen). Das sind rund 4 570 weniger als im Jahr zuvor.

Von den Schulentlassungen des Schuljahres 1986/87 haben 10 641 (23,8 %) das Abitur erreicht im Vergleich zu 10 869 Abiturienten (22 %) im Vorjahr. Den qualifizierten Sekundarabschluß I erlangten 13 528 Schulabgänger, was einem Prozentsatz von 30,2 entspricht (Vorjahr 14 875 und 30,2 %). Mit dem Hauptschulabschluß verließen 18 013 Jugendliche (40,3 %) die allgemeinbildenden Schulen (Vorjahr 20 791). 2 548 Schulabgänger (5,7 %) gingen ohne Abschluß von der Schule (Vorjahr 2 769).

Erstmals gab es in diesem Jahr Schulabgänger aus Freien Waldorfschulen. Von den insgesamt 15 Absolventen besaßen drei einen Hauptschulabschluß und zwölf den qualifizierten Sekundarabschluß I. mo

84 Strafgefangene mit lebenslänglicher Haft

Ende März 1987 befanden sich 2 448 Strafgefangene oder Sicherungsverwahrte in den rheinland-pfälzischen Justizvollzugsanstalten. 2 120 Personen verbüßten eine Freiheitsstrafe, 313 eine Jugendstrafe, 15 waren Sicherungsverwahrte. Die Sicherungsverwahrung wird vorrangig bei der Verurteilung von Wiederholungstätern zu höheren Strafen ausgesprochen (§ 66 StGB). Nahezu ein Viertel der Strafgefangenen mußte eine Freiheitsstrafe von voraussichtlich zwei bis fünf Jahren verbüßen. 2,5 % waren zu Freiheitsstrafen zwischen zehn und 15 Jahren und insgesamt 84 oder 4 % zu lebenslanger Haft verurteilt. Im Jugendstrafvollzug betrug die voraussichtliche Vollzugsdauer bei jeweils rund drei Zehnteln der Einsitzenden ein bis zwei bzw. zwei bis fünf Jahre.

Jeder zweite Strafgefangene hatte das 30. Lebensjahr noch nicht überschritten. 32 (1,3 %) waren 60 Jahre oder älter. Der überwiegende Teil der Inhaftierten (57 %) war ledig, knapp ein Viertel verheiratet und fast jeder fünfte geschieden. 6,5 % der Einsitzenden waren Ausländer oder Staatenlose.

Vier Fünftel der Strafgefangenen waren bereits vorbestraft, jeder zweite der Vorbestraften wies mindestens vier Vorstrafen auf. Mit einem Anteil von 30 % saßen die relativ meisten Gefangenen wegen Diebstahls oder Unterschlagung ein, jeweils rund 13 % wegen Raubes oder Erpressung bzw. wegen anderer Vermögensdelikte wie Betrug und Urkundenfälschung. Etwa jeder zehnte Einsitzende hatte Straftaten gegen das Leben wie Mord oder Totschlag begangen, und bei gut 7 % führte eine Straftat im Straßenverkehr zu der Freiheitsstrafe. sch

Mehr über dieses Thema auf Seite 22

Das Erntejahr 1987

Mit rund 1,39 Mill. t lag die 87er Getreideernte in Rheinland-Pfalz um 7,2 % unter dem Mehrjahresdurchschnitt und um 6,6 % unter dem Vorjahresergebnis. Dies ist bei einem insgesamt durchschnittlichen Getreideertrag von rund 45 dt, der den Vorjahresertrag nicht ganz erreichte (- 2,6 %), auch auf die um 4 % eingeschränkte Anbaufläche zurückzuführen. Ertragsminderungen im Vergleich zu 1986 waren insbesondere bei der Wintergerste (- 10,5 %) zu verzeichnen, während im Gegensatz zu den anderen Getreidearten Hafer den gleichen und Weizen sogar einen höheren Ertrag lieferten.

Bei einem Spitzenertrag (29,4 dt je Hektar), ähnlich wie im Vorjahr belief sich die Mehrproduktion beim Winterraps im Vergleich zu 1986 auch aufgrund einer Flä-

chenausdehnung um 70 % auf rund 27 000 t. Gute Erträge erzielten ebenfalls die Zucker- und Runkelrüben mit rund 566 dt bzw. 1 130 dt je Hektar. Weitgehend rückläufig war der Kartoffelanbau (- 8,3 %). Bei einer insgesamt um 3,7 % geringeren Flächenleistung lag die Ernte 12 % niedriger als 1986.

Aus der Rauhfutterernte auf dem Dauergrünland und Ackerland fielen bei einem seit Jahren nicht mehr erreichten Masseertrag - allerdings bei witterungsbedingt geringerer Qualität als 1986 - umgerechnet in Heu 1,5 Mill. t Futter an (19 %). Die meisten Kohlarten, Kopfsalat und Speisezwiebeln lieferten über dem Vorjahresergebnis liegende gute Hektarerträge. Die Erntemenge der insgesamt erfaßten Gemüsearten lag jedoch 4,1 % niedriger. Die Obsternte erreichte sowohl bei Äpfeln, als auch bei Birnen, Pflaumen und Zwetschen im Marktobstbau wie auch im übrigen Anbau nicht die Erträge des letzten Jahres.

Unter dem Vorjahresergebnis (- 6 %) blieb auch die Weinmosternte mit 6,3 Mill. hl. 80 % der Erntemenge, 5 % mehr als 1986, wiesen Qualitätsweineignung auf, 18 % waren zur Erzeugung von Prädikatswein geeignet. hü

Mehr über dieses Thema auf Seite 9

Die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte geht weiter zurück

Die Arbeitskräfteerhebung 1987 informiert über die Beschäftigungsstruktur in der Landwirtschaft. Die landwirtschaftlichen Betriebe in Rheinland-Pfalz werden weitgehend von Familienarbeitskräften bewirtschaftet, deren Durchschnittsalter vergleichsweise hoch liegt. Fremdarbeitskräfte sind vorwiegend in Haupterwerbsbetrieben tätig. Betriebe mit großer Flächenausstattung beschäftigen durchschnittlich zwar mehr Arbeitskräfte, doch die Arbeitsintensität ist in der Regel geringer als in kleinen Betrieben.

Angesichts der schwierigen Einkommenssituation in der Landwirtschaft kommt der außerbetrieblichen Erwerbstätigkeit große Bedeutung zu. Jeder dritte der insgesamt 123 800 Familienarbeitskräfte ist auch anderweitig erwerbstätig. Zur Beschreibung und Erklärung des Anteils von Erwerbskombinationen wird eine Kohortenanalyse auf der Grundlage eines Regressionsmodells mit 0-1-Variablen durchgeführt. od

Mehr über dieses Thema auf Seite 13

Strukturwandel in der Landwirtschaft setzt sich fort

Der Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe um 3,4 % kennzeichnet auch 1987 den Strukturwandel in der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft.

Weniger Betriebe gab es in allen Größenklassen unter 40 ha. Die Zahl der Höfe ab 40 ha hat dagegen mit + 5,7 % erneut deutlich zugenommen. Von den 1979 noch vorhandenen 74 800 landwirtschaftlichen Betrieben wurde mittlerweile jeder fünfte aufgegeben. Die durchschnittliche Betriebsgröße erhöhte sich seither stetig von 10 auf jetzt knapp 12 ha.

Jeder zweite der im April 1987 gezählten rund 60 400 Betriebe bewirtschaftete weniger als 5 ha. Die zugehörige Fläche, allerdings teilweise mit Sonderkulturen genutzt, belief sich auf 8 %. Betriebe zwischen 30 und 50 ha (7,7 %) beanspruchten rund ein Viertel der Nutzfläche. Die knapp 2 200 Betriebe über 50 ha, darunter 208 mit mehr als 100 ha, kamen auf einen Anteil von 3,6 %. Sie verfügen über 22 % der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche des Landes. lx

Neuer Tiefstand an Rindern und Schweinen

Im Dezember 1987 sind in Rheinland-Pfalz bei Rindern und Schweinen weitere Bestandsrückgänge zu verzeichnen, während die Zahl der Schafe erneut zugenommen hat. Der Bestand an Rindern erreichte mit rund 581 000 Tieren und der Schweinebestand mit rund 597 000 Tieren einen neuen Tiefstand. Damit ging die Zahl der Rinder gegenüber Dezember 1986 um 3,8 % und die Zahl der Schweine um 6,6 % zurück. Der Schafbestand stieg um 5,2 % auf insgesamt 119 000 Tiere. Hierfür war eine Zunahme bei den weiblichen Zuchtschafen (+ 7,5 %) und den bis zu einem Jahr alten Tieren (+ 5,9 %) verantwortlich.

Der Rückgang bei den Rindern betraf mit Ausnahme der weiblichen Schlachttiere (+ 5 %) und der Ammen- und Mutterkühe (+ 23 %) alle Altersklassen und Nutzungskategorien. So reduzierte sich die Zahl der Kühe infolge weiterer Kürzungen bei den Garantiemengen um 6,4 % auf nur noch 202 000 Tiere. Die Zahl der Kälber sank um 3,3 %, die der männlichen Rinder ab einem halben Jahr um 6,7 %. Zu dem Rückgang in der Schweinehaltung trug sowohl ein Abbau des Zuchtschweine- als auch des Mastschweinebestandes bei. Die Zahl der Zuchtsauen ging seit Dezember 1986 um 9,7 %, die Zahl der Mastschweine (ab 50 kg) um 2,2 % zurück.

Die Anzahl der Halter war – wie in den letzten Jahren auch – deutlich rückläufig. Rund 19 000 Betriebe (– 8,6 %) hielten Schweine, Rinder gab es in rund 20 000 Betrieben (– 7 %). Der durchschnittliche Viehbestand je Halter wies mit 31 Schweinen bzw. 29 Rindern nach wie vor eine steigende Tendenz auf. hü

kurz + aktuell

1988 werden die Obstanlagen gezählt

Nach 1982 findet Anfang 1988 wieder eine Bestandsaufnahme im Obstbau statt. Die Erhebung richtet sich an alle Betriebe, die auf einer Fläche von 15 Ar und mehr Kern- oder Steinobst zum Verkauf anbauen. Erfragt werden die Anbauflächen der einzelnen Obstarten und -sorten, die Altersstruktur der Bäume sowie die Pflanzsysteme in den Obstanlagen.

Die Ergebnisse der Obstanbauerhebung dienen als Grundlage sowohl für die jährlichen Ernteschätzungen als auch für Prognosen über die zukünftige Entwicklung des Produktionspotentials von Baumobst. Sie geben Aufschluß über die Struktur des Obstbaues in den einzelnen Gebieten von Rheinland-Pfalz und können als objektive Basis für agrarpolitische Entscheidungen herangezogen werden. Angesichts der seit Jahren großen Probleme bei den Sauerkirschen dürften vor allem die zu erwartenden Zahlen über die möglichen Anbauverschiebungen bei den einzelnen Obstarten von Interesse sein.

Wie bei allen Statistiken ist auch bei der Obstanbauerhebung der Datenschutz gewährleistet. Die Angaben der einzelnen Betriebe unterliegen der Geheimhaltung und dürfen nur zu statistischen Zwecken verwendet werden. od

Heizöl und Benzin etwas billiger Verbraucherpreise im Dezember 1987

In Rheinland-Pfalz kosteten im Dezember 1987 100 l Heizöl im Mittel 34,73 DM. Das sind 1 % weniger als im November, jedoch fast 9 % mehr als im Dezember 1986. Auch die Verbraucherpreise für Normal- und Superbenzin gingen gegenüber November leicht zurück, lagen jedoch um 2 bis 3 % höher als ein Jahr zuvor.

Rind- und Schweinefleisch, verschiedene Wurstwaren, Butter, Margarine, Pflanzenöl, Kartoffeln und insbesondere Bohnenkaffee waren billiger als vor Jahresfrist. Erheblich mehr bezahlt werden mußte für Eier, verschiedene Kohllarten, Kopfsalat und Tomaten. br.

Von Januar bis November 1987 soviele Baugenehmigungen wie im Vorjahr

Von Januar bis November 1987 wurden 8 147 Wohngebäude (– 3,7 %), 1 776 Nichtwohngebäude (– 2,7 %) und 4 288 Um-, Aus- oder Erweiterungsbaumaßnahmen (+ 9,9 %) genehmigt. Insgesamt sollen 12 526 Wohnungen (– 14,6 %) entstehen. Die für alle Baumaßnahmen kalkulierten Kosten belaufen sich auf 4,7 Mrd. DM (– 5,1 %). Die Zahl der Baugenehmigungen lag im November um 8,3 % höher als im entsprechenden Vorjahresmonat. ju

Fortschreibung der Bevölkerung

Zur Bedeutung der amtlichen Bevölkerungszahlen

Genaue Bevölkerungszahlen in tiefer regionaler Untergliederung zu liefern, ist in erster Linie die Aufgabe der Volkszählung. Eine Vielzahl von Gesetzen knüpft an die amtlich festgestellten Einwohnerzahlen an, die exakt nur im Rahmen einer solchen Vollerhebung zu ermitteln sind. Beispielsweise ist die Einwohnerzahl für den Finanzausgleich, für die Abgrenzung der Wahlkreise oder für die Länderstimmen im Bundesrat maßgebend. Auch als Grundlage für eine Bevölkerungsvorausschätzung ist die Kenntnis aktueller, nach Alter und Geschlecht untergliederten Bevölkerungszahlen von Bedeutung.

Aus Kostengründen und wegen des erheblichen organisatorischen Aufwandes können Volkszählungen nur in größeren Zeitabständen stattfinden. Um auch für den Zeitraum zwischen den Volkszählungen die erforderlichen Angaben über die Einwohnerzahlen der Gemeinden zu erhalten, wird die bei der Volkszählung festgestellte Bevölkerung durch die registrierten Geburten und Sterbefälle sowie die Zu- und Fortzüge laufend fortgeschrieben.

Die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes erfolgt nach § 5 des Gesetzes über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 14. März 1980 auf der Grundlage der jeweils letzten allgemeinen Zählung der Bevölkerung nach den Ergebnissen der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungsstatistik.

Es ist davon auszugehen, daß die Bevölkerung bei der Volkszählung weitgehend exakt erfaßt wurde. Zum einen standen den Zählern Registerauszüge mit den im Zählbezirk gemeldeten Personen zur Verfügung, die bei Fehlerhaftigkeit zu korrigieren waren, zum anderen konnten Erfassungslücken von nicht erreichbaren Personen und Verweigerern im Wege der Ersatzvornahme gemäß § 11 Abs. 1 Satz 2 des Volkszählungsgesetzes geschlossen werden.

Hiernach können fortschreibungsrelevante Merkmale zur Vervollständigung der Angaben der Volks- und Berufszählung verwendet werden, wenn im Einzelfall eine Auskunft innerhalb von sechs Wochen nach dem Zählungstichtag nicht zu erreichen ist. Voraussetzung für die exakte Erfassung ist allerdings, daß die Ersatzvornahme, wie vom Gesetzgeber gewollt, nur bei tatsächlich existenten Personen vorgenommen wird. Der Perso-

nenkreis, der durch die Volkszählung nicht erreicht werden konnte, dürfte zahlenmäßig unbedeutend sein.

Fehler in der Fortschreibung

Die Bevölkerungsfortschreibung ist stets mit gewissen Fehlern behaftet, deren Ausmaß nur jeweils zum Zeitpunkt einer Volkszählung ermittelt werden kann. So war die auf der Grundlage der Volkszählung 1961 fortgeschriebene Bevölkerung im Jahre 1970 im Bundesgebiet um rund 858 000 höher als die im gleichen Jahr bei der Volkszählung festgestellte Bevölkerungszahl.

Vor der Volkszählung 1987 rechnete man mit einer Überhöhung der Fortschreibung im Bundesgebiet von rund einer Million Menschen. Sollte dies zutreffen, und sollte sich der Fortschreibungsfehler gleichmäßig auf die einzelnen Bundesländer verteilen, so würden in Rheinland-Pfalz rund 59 000 Personen weniger wohnen, als dies der Bevölkerungsstand vom 31. Dezember 1986 mit 3 611 000 ausweist. Diese erhebliche Differenz hat verschiedene Ursachen.

Schon das große Volumen der gesamten Bevölkerungsbewegung verdeutlicht die potentiellen Fehlermöglichkeiten. Am 27. Mai 1970, dem Stichtag der vorangegangenen Volkszählung, wohnten 3 645 000 Personen in Rheinland-Pfalz. Seither sind über die Landesgrenzen nahezu 1 534 000 Personen fortgezogen, 1 607 000 zugezogen, fast 734 000 Menschen sind gestorben, 615 000 Kinder wurden geboren und 3 141 000 Personen sind innerhalb des Landes in eine andere Gemeinde umgezogen.

Auch die gelegentliche Nichtbeachtung der Meldegesetze durch die Meldepflichtigen und durch Meldebehörden haben zu Fortschreibungsfehlern geführt. Hierunter fällt in erster Linie das Versäumnis der Abmeldung einer Wohnung beim Fortzug, insbesondere bei einem Vorhandensein mehrerer Wohnungen.

Mehrere Wohnungen

Rund 10% der Einwohner des Landes Rheinland-Pfalz besitzen mehr als eine Wohnung. Dieser Personenkreis soll einerseits statistisch an jedem Wohnort erfaßt werden, da entsprechender Wohnraum mehrfach beansprucht wird und die infrastrukturellen Einrichtungen

mehrerer Gemeinden in Anspruch genommen werden. Andererseits muß aber, um Doppelzählungen bei der Ermittlung der Gesamtbevölkerung zu vermeiden, eine der Wohnungen besonders deklariert werden. Aber auch in den meisten an die Bevölkerungszahl anknüpfenden gesetzlichen Vorschriften – so beispielsweise auch beim Finanzausgleich – ist lediglich einer von mehreren Wohnsitzen des Bürgers relevant.

Personen mit mehreren Wohnungen stellen für die Fortschreibung ein besonderes Problem dar. So können von Wohnsitzverlagerungen eine oder mehrere Wohnungen eines Bürgers betroffen sein. Denkbar sind auch Änderungen der besonders deklarierten Wohnung.

Entscheidend für die bei der Fortschreibung entstehenden Probleme ist in diesem Zusammenhang jedoch die Existenz unterschiedlicher Bevölkerungsbegriffe in der amtlichen Statistik einerseits und im Meldewesen andererseits. Vor Inkrafttreten des neuen Meldegesetzes waren Unterschiede in den Bevölkerungszahlen der amtlichen Statistik und den Melderegistern im wesentlichen definitorisch bedingt. Während die amtliche Statistik die Bevölkerung nach dem objektivierten Wohnbevölkerungsbegriff erfaßte, fortschrieb und den Gemeinden zuordnete, gestattete das bis November 1983 geltende Melderecht Personen mit mehreren Wohnungen, ihre Hauptwohnung frei zu bestimmen¹⁾.

Unterschiedliche Bevölkerungsbegriffe

Nach dem Wohnbevölkerungsbegriff war „Einwohner einer Gemeinde, wer zur Wohnbevölkerung dieser Gemeinde gehört. Personen mit nur einer Wohnung gehören zur Wohnbevölkerung der Gemeinde, in der sich diese Wohnung befindet. Personen mit mehr als einer Wohnung werden der Wohnbevölkerung derjenigen Gemeinde zugeordnet, von der aus sie ihrer Arbeit oder Ausbildung nachgehen. Soweit sie weder berufstätig sind, noch sich in Ausbildung befinden, ist die Wohnung maßgebend, in der sie sich überwiegend aufhalten.“

Diese Definition gewährleistete zusammen mit einem bewährten Fortschreibungsverfahren die eindeutige Zuordnung einer Person mit mehreren Wohnungen zur Wohnbevölkerung einer Gemeinde und schloß Doppelzählungen aus. Die Wohnbevölkerung hatte keinen Bezug zum melderechtlichen Haupt- und Nebenwohnsitz, da eine Person mit mehreren Wohnungen bei der polizeilichen Anmeldung ihre Hauptwohnung frei bestimmen konnte, der Wohnbevölkerungsbegriff dagegen an objektive Kriterien gebunden war.

Die Unterschiede zwischen den melderechtlich und den statistisch ermittelten Bevölkerungszahlen führten für Gemeinden und amtliche Statistik zu einem unbefriedigenden Zustand, zumal die von der amtlichen Statistik ermittelte Bevölkerungszahl in zahlreichen Rechtsvorschriften, wie in der Gemeindeordnung, dem Finanzausgleichsgesetz, dem Kommunalwahlgesetz oder in Besoldungsregelungen, als maßgebliche Einwohner-

zahl herangezogen wird. Häufig mußten in der Vergangenheit im Statistischen Landesamt bei Einsprüchen gegen die der Berechnung des kommunalen Finanzausgleichs zugrunde gelegte Bevölkerungszahl umfangreiche Überprüfungen der Fortschreibung vorgenommen werden, die nicht selten erfolglos blieben, weil die Gemeinden die für eine Korrektur erforderlichen Einzelnachweise fehlerhafter Zuordnung nicht führen konnten.

Durch neues Meldegesetz besteht einheitlicher Bevölkerungsbegriff

Durch die Einführung eines melderechtlich und statistisch einheitlichen neuen objektivierten Bevölkerungsbegriffs sollte eine Harmonisierung zwischen den von der amtlichen Statistik ermittelten Bevölkerungszahlen und den Zahlen der im Melderegister gespeicherten Personen hergestellt werden. Die Weichen dafür wurden mit dem Melderechtsrahmengesetz vom 16. August 1980 gestellt. Hier wird in § 12 Abs. 2 die Hauptwohnung wie folgt definiert:

„Hauptwohnung ist die vorwiegend benutzte Wohnung des Einwohners. Hauptwohnung eines verheirateten Einwohners, der nicht dauernd getrennt von seiner Familie lebt, ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie. In Zweifelsfällen ist die vorwiegend benutzte Wohnung dort, wo der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen des Einwohners liegt.“

Diese Definition findet sich gleichlautend in § 16 des rheinland-pfälzischen Meldegesetzes vom 22. Dezember 1982 und den Landesmeldegesetzen der übrigen Länder.

Als das rheinland-pfälzische Meldegesetz im Dezember 1982 verabschiedet wurde, schien die angestrebte Harmonisierung der unterschiedlichen Bevölkerungsbegriffe von Statistik und Meldewesen unmittelbar bevorzustehen.

Das Volkszählungsgesetz 1982 verpflichtete die amtliche Statistik in § 2, die Bevölkerung nach der Definition des § 12 MRRG zu erfassen. Damit war gewährleistet, daß die von der amtlichen Statistik ermittelten Einwohnerzahlen und damit die Basis der Fortschreibung in den darauffolgenden Jahren auf den Kriterien des neuen Hauptwohnbegriffs beruhen.

Auf der Seite des Meldewesens sollte die Harmonisierung durch den Registerabgleich erfolgen, der nicht nur durch § 9 Abs. 1 des Volkszählungsgesetzes 1983 erlaubt, sondern durch § 43 des rheinland-pfälzischen Meldegesetzes sogar ausdrücklich vorgeschrieben wurde.

Im Rahmen des Registerabgleichs hätten die Meldebehörden die Eintragungen im Datenbestand der Register zum Wohnungsstatus anhand der Ergebnisse der Volkszählung auf den neuen Begriff umstellen können. Außerdem wäre die Aktualisierung der Melderegister durch die Korrektur unterlassener An- und Abmeldungen möglich gewesen. Da die Fortschreibungskompo-

1) Vgl. M. Unglaub, Fortschreibung der Bevölkerung. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 32, Heft 12, Dezember 1979.

nenten „Zu- und Fortzüge“ seit Inkrafttreten des neuen Melderechts im Datenträgeraustausch vom Rechenzentrum an das Statistische Landesamt übermittelt werden, hätten erstmals amtliche Statistik und Meldewesen mit gleichen Bevölkerungszahlen gearbeitet.

Volkszählung 1983 ausgesetzt

Durch die Anordnung des Bundesverfassungsgerichts vom 13. April 1983 wurde die für 1983 vorgesehene Zählung ausgesetzt. Dies hatte unter anderem zur Folge, daß die für die amtliche Statistik und das Meldewesen erarbeiteten Konzeptionen zur Harmonisierung der Bevölkerungszahlen durch Registerbereinigung, Umstellung auf den neuen Hauptwohnungsbegriff und Schaffung einer einheitlichen Fortschreibungsbasis nicht angewandt werden konnten.

Durch die Verzögerung der Volkszählung wurde der objektivierte Hauptwohnungsbegriff im Meldewesen sukzessive eingeführt, das heißt die Meldegesetze traten in den einzelnen Bundesländern zu unterschiedlichen Zeitpunkten in Kraft.

Da der amtlichen Statistik eine der neuen Definition entsprechende Basisbevölkerung nicht zur Verfügung stand, mußten bei der Bevölkerungsfortschreibung also die Zahlen der auf der Basis der Volkszählung 1970 fortgeschriebenen Wohnbevölkerung zugrunde gelegt und mit den zum Teil nach dem neuen objektivierten Hauptwohnungsbegriff erfaßten Bewegungsdaten verknüpft werden. Zum Teil, nämlich für solche Personen, die seit dem 1. November 1983 noch nicht umgezogen waren, blieben die nach dem alten Melderecht erfaßten Bewegungsdaten bestehen. Dies bedeutet einen mehrfachen methodischen Bruch, der erst nach Vorliegen der Ergebnisse der Volkszählung 1987 geglättet werden kann.

Volkszählung 1987 ermittelt Hauptwohnung

Auch gemäß § 5 Nr. 1 des Volkszählungsgesetzes 1987 ist die „Nutzung der Wohnung als alleinige Wohnung, Haupt- oder Nebenwohnung (§ 12 Melderechtsrahmengesetz) zu ermitteln.

Frage 6 des Personenbogens stellt zwar auf den Sachverhalt des objektivierten Hauptwohnungsbegriffs ab, spricht aber nicht konkret die Wohnsitzart „Haupt- und Nebenwohnung“ nach § 12 MRRG an. Diese wird vielmehr aus den Antworten ermittelt.

Dem Auskunftspflichtigen wurde die Frage gestellt:

„Wird von Ihnen noch eine weitere Wohnung (Unterkunft/Zimmer) in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) bewohnt?“

Falls ja, waren folgende weitere Fragen zu beantworten, und zwar von Verheirateten, die nicht dauernd getrennt leben:

„Ist die hiesige Wohnung die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie?“

(Der erfragte Sachverhalt entspricht dem Satz 2 des § 12 Abs. 2 MRRG.)

Für alle übrigen Personen wurde die Frage gestellt:

„Ist die hiesige Wohnung die vorwiegend benutzte Wohnung?“

(Der erfragte Sachverhalt entspricht dem Satz 1 des § 12 Abs. 2 MRRG.)

Die Frage, die daneben an Erwerbstätige sowie Schüler und Studenten gerichtet war:

„Gehen Sie vorwiegend von der hiesigen Wohnung aus zur Arbeit oder Schule/Hochschule?“

hat keinen gesetzlichen Bezug; sie dient Kontrollzwecken und zur Ermittlung der Bevölkerungszahl nach dem alten Wohnbevölkerungsbegriff für Vergleichszwecke.

Nicht erfragt wurde bei der Volkszählung der Sachverhalt des Satzes 3 des § 12 Abs. 2 MRRG, das heißt der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen in Zweifelsfällen. Da die „Zweifelsfall-Regelung“ in der Rechtsprechung jedoch mehr und mehr zugunsten der zeitlichen Komponente, der „überwiegenden Nutzung“, an Bedeutung verliert, muß man davon ausgehen, daß durch die Fragen 6 a) und b) des Personenbogens die Zuordnung zur „Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung“ weitgehend abgedeckt wird.

„Bevölkerungsverlust“ in größeren Städten durch neuen Bevölkerungsbegriff

Die Frage nach den Auswirkungen der Umstellung auf den „objektivierten Hauptwohnungsbegriff“ auf die Bevölkerungszahl einer Gemeinde ist zahlenmäßig nicht eindeutig zu beantworten. Für verheiratete Personen, die nicht dauernd getrennt leben, ist die überwiegend benutzte Wohnung der Familie nach neuem Melderecht zwingend Hauptwohnung. Aber auch nach altem Melderecht wird in aller Regel der Familienwohnsitz als Hauptwohnsitz gewählt worden sein. Demgegenüber ordnete die amtliche Statistik Ehepartner mit einer Wohnung am Arbeitsort dieser Gemeinde zu. Größere Städte mit einem hohen Arbeitsplatzangebot werden also durch den neuen Bevölkerungsbegriff Einbußen gegenüber der früheren Wohnbevölkerungszahl hinnehmen müssen.

Für die übrigen Personen mit mehreren Wohnungen wird sich in der Regel zwar melderechtlich eine Änderung der Wohnsitzart ergeben, die sich aber nicht auf ihre bisherige statistische Zuordnung auswirkt. Ein Student beispielsweise, der sich überwiegend am Studienort aufhält, muß sich gemäß § 12 Abs. 2 Satz 1 MRRG in aller Regel mit Hauptwohnung am Studienort anmelden und wird dort gezählt, wo ihn die amtliche Statistik nach dem Wohnbevölkerungsbegriff schon bisher gezählt hatte. Hier könnte sich am ehesten eine Diskrepanz zwischen dem Ort der zeitlich überwiegend genutzten Wohnung und dem Ort, der persönlich als „Schwerpunkt der Lebensbeziehungen“ empfunden wird, ergeben. Wegen der unterschiedlichen melde-

rechtlichen Praxis ist daher zu begrüßen, daß die Rechtsprechung in Zweifelsfällen der zeitlichen Komponente den Vorrang einräumt. Die vom Gesetzgeber gewollte und für die Statistik unerläßliche Objektivierung der Hauptwohnung würde sonst unterlaufen.

Bereinigung der Melderegister

Da das Bundesverfassungsgericht in seinem Volkszählungsurteil den Abgleich der Melderegister mit den VZ-Daten als verfassungswidrig erkannt hat, aber auch die Meldebehörden ihre Registerbestände an den objektivierten Hauptwohnungsbegriff anpassen müssen, erfolgt in Rheinland-Pfalz gegenwärtig eine landesweite Registerbereinigung, in deren Rahmen alle Personen, für die mehrere Wohnungen gemeldet sind und für die ab 1. November 1983, dem Tag des Inkrafttretens des neuen Meldegesetzes, keine An- oder Abmeldung erfolgte, von den Meldebehörden angeschrieben und aufgefordert werden, eine Erklärung über ihre Haupt- und Nebenwohnung abzugeben. Diese Aktion soll bis zum 30. April 1988 abgeschlossen sein. Damit ist für alle Personen mit mehreren Wohnungen die Hauptwohnung entsprechend der neuen Rechtslage bestimmt, auch wenn eine dieser Wohnungen in einem anderen Bundesland liegt.

Bei Personen mit mehreren Wohnsitzen kann man dann also davon ausgehen, daß die Zahl der mit Hauptwohnung in einer Gemeinde gemeldeten Personen mit der bei der Volkszählung aus Frage 6 inhaltlich abgeleiteten und fortgeschriebenen Hauptwohnungen weitgehend identisch ist.

Wegen des fehlenden Abgleichs mit den Daten der Volkszählung sind aber Abweichungen zwischen den Registerbeständen und der im Rahmen der Volkszählung ermittelten Bevölkerungszahl nach wie vor denkbar, weil unterlassene An- und insbesondere Abmeldungen von Personen mit nur einer Wohnung bei der Befragungsaktion nicht offenbar werden. Hiervon dürften in erster Linie Ausländer betroffen sein, die bei einer Rückkehr in ihr Heimatland die notwendige Abmeldung versäumt haben.

Fortschreibungsfehler weiterhin denkbar

Besondere Probleme für die Fortschreibung ergeben sich, wenn für Personen mit mehreren Wohnungen die nach der Registerbereinigung festgestellte Hauptwohnung nicht mit der aus den Volkszählungsangaben abgeleiteten Hauptwohnung übereinstimmt. Zwar werden die nach der Volkszählung ermittelten Bevölkerungszahlen voraussichtlich weitgehend mit denen nach der Bereinigung in den Melderegistern vorliegenden Zahlen übereinstimmen, da in beiden Fällen identische Bevölkerungsbegriffe zugrunde gelegt wurden. Es sind jedoch nach wie vor Diskrepanzen denkbar, deren Größenordnungen sicherlich erst nach Vorliegen der Volkszählungsergebnisse im Herbst dieses Jahres offenbar werden. So hat vermutlich ein Teil der Bevölkerung mit mehreren Wohnungen bei Beantwortung der Frage 6 des Personenbogens nicht die überwiegend benutzte Wohnung angegeben, sondern wieder den Schwerpunkt der Lebensbeziehungen berücksichtigt. Ein oberflächliches Lesen der Erläuterung zu Frage 6 konnte dazu verleiten. Wegzüge solcher Personen können nun zu Abbuchungen in Gemeinden führen, in denen sie statistisch (über die Volkszählung) oder gar nicht registriert waren. Damit würden diesen Gemeinden ungerechtfertigte Einwohner abgebucht, und den Gemeinden, denen sie zur Volkszählung zugerechnet wurden, statistisch erhalten bleiben, obwohl sie dort keine oder nur eine Nebenwohnung haben.

Bis zum Vorliegen der Ergebnisse der Volkszählung erfolgt im Statistischen Landesamt zunächst eine vorläufige Fortschreibung auf Basis der Volkszählung 1970. Sobald die neuen Bevölkerungszahlen feststehen, wird eine Umbasierung der Bewegungsdaten ab dem Volkszählungstichtag 1987 vorgenommen und die Bevölkerungszahl vom 25. Mai 1987 auf den 30. Juni 1988 aktualisiert. Fortschreibungsrelevant sind seit Inkrafttreten des neuen Meldegesetzes bei Umzügen, Geburten und Sterbefällen für Statistik und Meldewesen einheitlich nur noch die Hauptwohnung nach neuem Melde-recht.

Dr. Manfred Unglaub
Diplom-Ökonom Günter Ickler

Bevölkerungsentwicklung 1986

Am 31. Dezember 1986 lebten 3 611 437 Personen in Rheinland-Pfalz. Das sind 3 612 Personen oder 0,1 % weniger als im Vorjahr. Der geringe Bevölkerungsrückgang resultiert aus einem Gestorbenenüberschuß von 6 033 Personen und einem Wanderungsgewinn von 2 421 Personen. Damit setzte sich die leicht rückläufige Bevölkerungsentwicklung der vorhergehenden fünf Jahre fort.

Bevölkerungsrückgang in den meisten Verwaltungsbezirken

Von den zwölf kreisfreien Städten in Rheinland-Pfalz hatten Mainz, Frankenthal und Worms eine positive

Bevölkerungsbilanz, die ausschließlich auf Wanderungsgewinne zurückzuführen war. Hierbei hatte Frankenthal mit + 0,7 % eine größere prozentuale Zunahme als Mainz (+ 0,2 %) und Worms (+ 0,3 %). Die größten Bevölkerungsrückgänge wurden mit einer Abnahme von je 1 % in den Städten Ludwigshafen, Pirmasens und Speyer verzeichnet. Die Bevölkerungszunahme in neun von 24 Landkreisen war ebenfalls fast ausnahmslos durch Wanderungsgewinne bedingt. Im Landkreis Ludwigshafen wurde mit + 0,8 % die größte Zunahme registriert, gefolgt von den Landkreisen Alzey-Worms (+ 0,7 %) und Bad Dürkheim (+ 0,6 %). Demgegenüber verringerte sich die Bevölkerungszahl am stärksten im Landkreis Bitburg-Prüm und im Donnersbergkreis (jeweils - 0,7 %).

Bevölkerungsentwicklung in den Verwaltungsbezirken 1986

Verwaltungsbezirk	Bevölkerung am 31. 12. 1985	Ge- borene	Ge- storbene	Geborenen- bzw. Ge- storbenen(-) überschuß	Wanderungen			Bevölke- rungszu- bzw. -abnahme(-)	Bevölkerung am 31. 12. 1986
					Zuzüge	Fortzüge	Saldo		
Kreisfreie Stadt Koblenz	110 843	1 061	1 272	- 211	5 168	5 523	- 355	- 566	110 277
Landkreise									
Ahrweiler	110 742	1 136	1 386	- 250	6 229	5 792	437	187	110 929
Altenkirchen (Ww.)	120 648	1 282	1 450	- 168	7 014	7 180	- 166	- 334	120 314
Bad Kreuznach	144 634	1 578	1 877	- 299	8 504	8 399	105	- 194	144 440
Bad Kreuznach, St	39 813	417	567	- 150	2 308	2 258	50	- 100	39 713
Birkenfeld	85 410	800	1 103	- 303	4 415	4 576	- 161	- 464	84 946
Idar-Oberstein, St	34 258	299	491	- 192	1 547	1 633	- 86	- 278	33 980
Cochem-Zell	59 553	596	770	- 174	2 811	2 948	- 137	- 311	59 242
Mayen-Koblenz	185 051	1 909	2 152	- 243	9 880	9 802	78	- 165	184 886
Andernach, St	26 530	244	314	- 70	1 208	1 148	60	- 10	26 520
Mayen, St	18 631	178	228	- 50	733	860	- 127	- 177	18 454
Neuwied	154 931	1 584	1 840	- 256	9 129	8 928	201	- 55	154 876
Neuwied, St	58 471	624	720	- 96	2 299	2 411	- 112	- 208	58 263
Rhein-Hunsrück-Kreis	89 093	1 034	1 018	16	5 049	5 191	- 142	- 126	88 967
Rhein-Lahn-Kreis	117 073	1 040	1 569	- 529	6 648	6 454	194	- 335	116 738
Lahnstein, St	18 290	139	214	- 75	872	1 001	- 129	- 204	18 086
Westerwaldkreis	170 208	1 851	1 974	- 123	10 217	9 899	318	195	170 403
RB Koblenz	1 348 186	13 871	16 411	- 2 540	75 064	74 692	372	- 2 168	1 346 018
Kreisfreie Stadt Trier	93 472	945	1 162	- 217	4 365	4 544	- 179	- 396	93 076
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	106 491	1 057	1 295	- 238	4 557	4 698	- 141	- 379	106 112
Bitburg-Prüm	87 864	910	1 199	- 289	4 164	4 466	- 302	- 591	87 273
Daun	56 100	625	644	- 19	3 360	3 440	- 80	- 99	56 001
Trier-Saarburg	124 988	1 332	1 339	- 7	6 282	6 153	129	122	125 110
RB Trier	468 915	4 869	5 639	- 770	22 728	23 301	- 573	- 1 343	467 572
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	43 941	416	531	- 115	3 083	2 640	443	328	44 269
Kaiserslautern	97 664	940	1 246	- 306	4 859	5 451	- 592	- 898	96 766
Landau i. d. Pfalz	35 482	400	478	- 78	1 835	1 955	- 120	- 198	35 284
Ludwigshafen a. Rhein	153 654	1 581	1 817	- 236	7 105	8 361	- 1 256	- 1 492	152 162
Mainz	188 571	1 718	1 908	- 190	11 059	10 435	624	434	189 005
Neustadt a. d. Weinstr.	48 463	520	690	- 170	2 195	2 097	98	- 72	48 391
Pirmasens	46 526	418	726	- 308	1 737	1 878	- 141	- 449	46 077
Speyer	43 293	441	520	- 79	2 189	2 538	- 349	- 428	42 865
Worms	71 827	793	960	- 167	3 267	2 882	385	218	72 045
Zweibrücken	33 018	314	459	- 145	1 343	1 494	- 151	- 296	32 722
Landkreise									
Alzey-Worms	97 723	1 052	1 127	- 75	6 076	5 352	724	649	98 372
Bad Dürkheim	117 966	1 124	1 503	- 379	7 195	6 057	1 138	759	118 725
Donnersbergkreis	66 795	717	856	- 139	3 961	4 300	- 339	- 478	66 317
Germersheim	101 737	1 211	1 066	145	5 851	6 067	- 216	- 71	101 666
Kaiserslautern	94 585	972	1 149	- 177	5 609	5 479	130	- 47	94 538
Kusel	73 703	773	947	- 174	3 519	3 432	87	- 87	73 616
Südliche Weinstraße	95 353	998	1 069	- 71	5 262	4 929	333	262	95 615
Ludwigshafen	128 728	1 288	1 253	35	7 195	6 211	984	1 019	129 747
Mainz-Bingen	161 440	1 701	1 755	- 54	15 675	14 930	745	691	162 131
Bingen, St	22 312	213	345	- 132	1 134	1 176	- 42	- 174	22 138
Ingelheim am Rhein, St	21 433	205	235	- 30	6 535	6 419	116	86	21 519
Pirmasens	97 479	1 064	1 104	- 40	4 732	4 637	95	55	97 534
RB Rheinhessen-Pfalz	1 797 948	18 441	21 164	- 2 723	103 747	101 125	2 622	- 101	1 797 847
Rheinland-Pfalz	3 615 049	37 181	43 214	- 6 033	201 539	199 118	2 421	- 3 612	3 611 437
Kreisfreie Städte	966 754	9 547	11 769	- 2 222	48 205	49 798	- 1 593	- 3 815	962 939
Landkreise	2 648 295	27 634	31 445	- 3 811	153 334	149 320	4 014	203	2 648 498

Bevölkerung, Eheschließungen, Geborene und Gestorbene 1950 bis 1986

Jahr	Ehe- schlie- bungen	Lebendgeborene		Tot- geborene	Gestorbene				Ge- borenen- bzw. Gestor- benen- (-) überschuß	Bevölkerung am 31. 12.
		Anzahl	auf 1 000 Einwohner	Anzahl	Anzahl	auf 1 000 Einwohner	im ersten Lebensjahr ¹⁾	in den ersten 7 Lebenstagen		
							auf 1 000 Lebendgeborene			
1950	32 617	56 147	18,9	1 146	31 958	10,8	52,8	26,4	24 189	3 046 860
1955	29 160	60 259	18,3	1 191	35 685	10,9	41,8	21,2	24 574	3 226 615
1960	31 924	64 251	18,9	1 023	39 533	11,6	36,9	20,2	24 718	3 397 533
1963	29 830	67 768	19,4	961	41 065	11,8	28,7	18,2	26 703	3 509 511
1964	29 062	67 323	19,1	881	38 529	10,9	27,1	17,2	28 794	3 545 448
1965	27 642	64 480	18,1	794	40 145	11,3	23,8	16,6	24 335	3 581 993
1966	26 844	64 249	17,8	774	40 758	11,3	24,1	16,9	23 491	3 612 668
1967	27 875	61 090	16,9	704	41 041	11,3	24,5	16,9	20 049	3 625 428
1968	25 695	58 532	16,1	670	44 219	12,2	24,0	15,8	14 313	3 644 511
1969	26 998	53 987	14,8	594	44 430	12,1	25,1	17,0	9 557	3 671 275
1970	27 665	48 706	13,4	514	43 694	12,0	25,2	18,5	5 012	3 658 932
1971	27 077	46 049	12,5	482	44 001	12,0	22,7	15,6	2 048	3 678 519
1972	26 444	41 035	11,1	442	43 914	11,9	23,8	14,9	- 2 879	3 690 372
1973	25 641	37 000	10,0	341	44 186	12,0	24,3	14,7	- 7 186	3 700 787
1974	24 444	35 885	9,7	303	43 487	11,8	22,3	12,6	- 7 602	3 688 066
1975	25 674	34 377	9,3	276	44 943	12,2	21,3	12,3	- 10 566	3 665 777
1976	24 199	34 544	9,4	251	44 706	12,2	19,2	10,3	- 10 162	3 649 001
1977	23 720	34 129	9,4	207	41 941	11,5	15,8	8,5	- 7 812	3 639 291
1978	21 613	34 346	9,5	231	44 029	12,1	17,7	8,8	- 9 683	3 630 947
1979	22 756	34 805	9,6	199	43 108	11,9	12,6	6,1	- 8 303	3 633 195
1980	23 268	37 253	10,2	203	43 576	12,0	12,9	6,8	- 6 323	3 642 482
1981	22 710	37 402	10,3	199	44 269	12,2	11,3	5,5	- 6 867	3 641 229
1982	23 002	37 132	10,2	171	43 567	12,0	11,0	4,7	- 6 435	3 636 506
1983	23 317	35 422	9,7	179	44 459	12,2	10,9	4,7	- 9 037	3 633 488
1984	23 016	35 504	9,8	139	42 890	11,8	10,3	4,2	- 7 386	3 623 985
1985	22 971	34 899	9,6	148	42 587	11,8	9,9	3,8	- 7 688	3 615 049
1986	22 814	37 181	10,3	150	43 214	12,0	8,9	3,3	- 6 033	3 611 437

1) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten

Unter den großen kreisangehörigen Städten verzeichnete Ingelheim einen Bevölkerungszuwachs; er lag bei 86 Personen oder 0,4 %. Die Bevölkerungsabnahme in den übrigen großen kreisangehörigen Städten war recht unterschiedlich. Den stärksten Rückgang mußte die Stadt Lahnstein (- 1,1 %) hinnehmen.

Deutlicher Geburtenanstieg

Im Jahre 1986 erblickten in Rheinland-Pfalz 37 181 Kinder das Licht der Welt. Das sind 2 282 oder 6,5 % mehr Lebendgeborene als im Jahr zuvor und 3,8 % mehr als im Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre (35 807 Lebendgeborene).

Mit 2 104 lag der Anteil der Geburten von Ausländern bei 5,7 %. Somit besaß in Rheinland-Pfalz jedes 18. neugeborene Kind eine ausländische Staatsangehörigkeit. In den letzten Jahren ist die Quote der lebendgeborenen Ausländer gesunken. So war der für 1986 genannte Wert um 1 Prozentpunkt niedriger als der Durchschnittswert des vorhergehenden Jahrzehnts.

Von den Lebendgeborenen waren 2 912 nichtehelich. Die Nichtehelichenquote, das ist die Zahl der nichtehelich Lebendgeborenen bezogen auf 1 000 Lebendgeborene insgesamt, hat im Jahre 1986 mit 78 ihren bisherigen Höchststand erreicht. 1950 gab es zwar bei insgesamt 4 242 Geburten über 30 % mehr nichteheliche Geburten als 1986, dennoch lag die Nichtehelichenquote mit 76 unter der des Jahres 1986

Der Geburtenanstieg beinhaltete im wesentlichen eine leichte Erhöhung der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern. Lediglich bei den 20- bis 25jährigen war

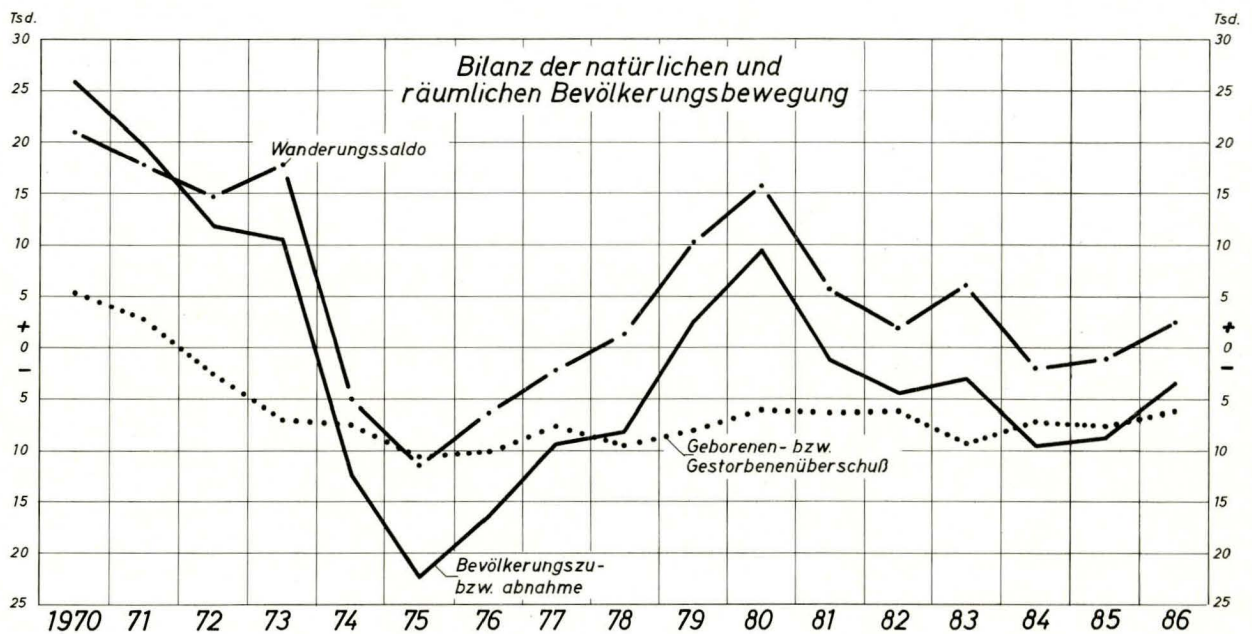
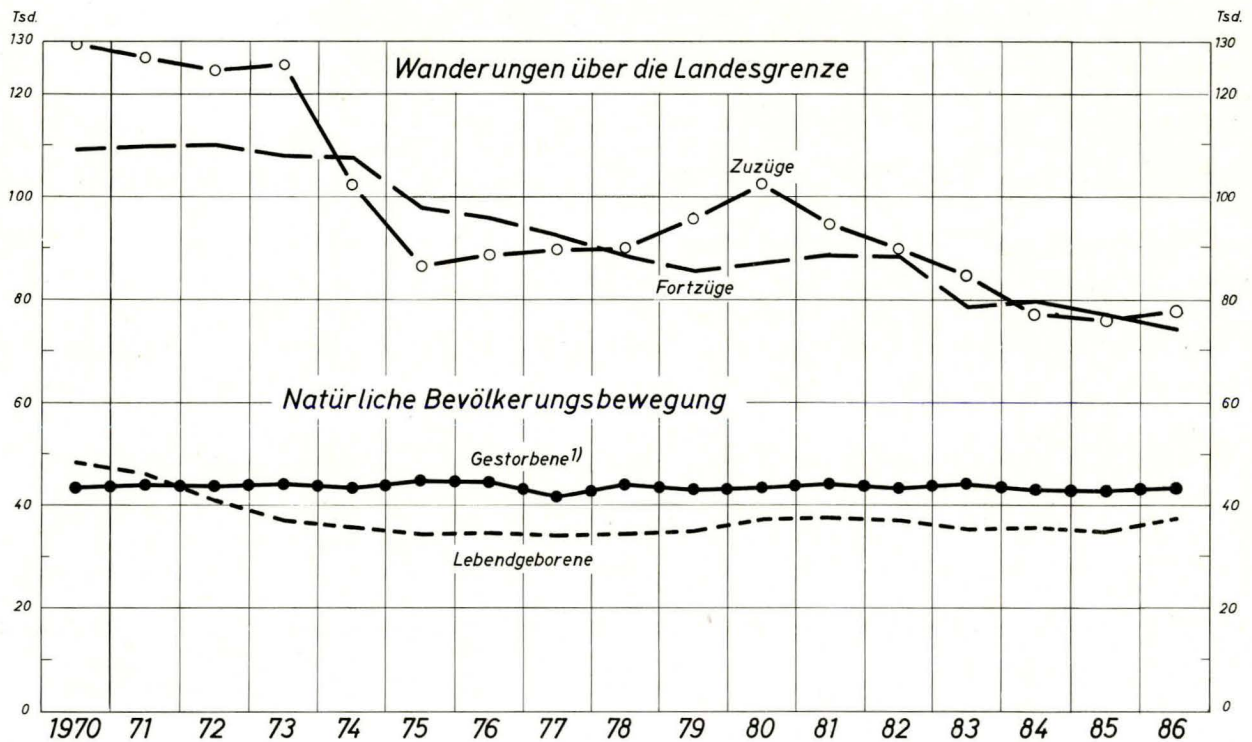
eine rückläufige Tendenz zu verzeichnen. Bei allen übrigen Altersgruppen wurden erhöhte oder weitgehend unveränderte Ziffern registriert. Besonders deutlich war der Anstieg bei den 25- bis 30jährigen. Aber auch bei den 30- bis 35jährigen ist eine deutliche Zunahme der Fruchtbarkeitsziffer gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Die gegenwärtige Geburtenrate reicht zur Bestandserhaltung der Bevölkerung bei weitem nicht aus. Deutlich läßt sich diese Aussage anhand der Nettoreproduktionsrate belegen. Sie ist eine hypothetische Maßzahl, die neben der Geburtenhäufigkeit auch die Sterblichkeit berücksichtigt. Ist die Nettoreproduktionsrate größer als 1, so würde die Generation der Mütter unter Berücksichtigung der Sterblichkeit durch die der Töchter mehr als ersetzt, ist sie gleich 1, so wären beide Generationen gleich stark, ist sie kleiner als 1, so würde die Generation der Töchter zur Ersetzung der Müttergeneration nicht ausreichen. Der in Rheinland-Pfalz beobachtete Wert von 0,68 im Jahre 1986 bedeutet, daß bei gleichbleibendem generativem Verhalten und unter Berücksichtigung der Sterblichkeit die nächste Generation um 32 % kleiner als die Elterngeneration wäre. Da es sich bei der Bevölkerungsentwicklung um einen langfristigen Prozeß handelt, ist es erforderlich, die Nettoreproduktionsrate über einen längeren Zeitraum zu beobachten. Seit 1975 schwankt dieser Wert zwischen 0,63 im Jahre 1985 und 0,7 im Jahre 1980.

Gestorbenenüberschuß 22 % niedriger als 1985

Im Berichtsjahr starben 43 214 Menschen in Rheinland-Pfalz. Das sind 1,5 % mehr als im Vorjahr. Der seit

Bevölkerungsentwicklung 1970-1986



1) ohne Totgeborene

113/666/87

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ

1972 registrierte Gestorbenenüberschuß verringerte sich infolge der positiven Geburtenentwicklung auf 6 033, was einen Rückgang von 22 % gegenüber 1985 bedeutet. Mit einem Anteil von 52,3 % starben wie auch in den vorhergehenden acht Jahren mehr Frauen als

Männer. Die allgemeine Sterbeziffer hat sich mit 12 Gestorbenen auf 1 000 Einwohner im Vergleich zum Vorjahr kaum geändert. Der für 1986 errechnete Wert entspricht nahezu dem durchschnittlichen Wert der vergangenen 20 Jahre.

Wanderungen 1950 – 1986

Jahr Monat	Wanderungen innerhalb des Landes ¹⁾	Wanderungen über die Landesgrenze			Wanderungen innerhalb des Landes ¹⁾	Wanderungen über die Landesgrenze		
		Zuzüge	Fortzüge	Wanderungs- saldo		Zuzüge	Fortzüge	Wanderungs- saldo
		Anzahl				auf 1000 Einwohner und 1 Jahr		
1950	104 637	160 144	45 219	114 925	35,2	53,9	15,2	38,7
1955	120 699	101 330	87 888	13 442	36,7	30,8	26,8	4,1
1960	114 880	109 356	101 410	7 946	33,9	32,2	29,9	2,3
1965	120 209	121 000	108 883	12 117	33,7	33,9	30,5	3,4
1970	122 942	129 860	109 011	20 849	33,7	35,6	29,9	5,7
1975	122 914	86 262	97 985	- 11 723	33,4	23,5	26,6	- 3,2
1976	124 323	88 709	95 323	- 6 614	34,0	24,3	26,1	- 1,8
1977	126 424	89 759	92 122	- 2 363	34,7	24,6	25,3	- 0,6
1978	125 334	89 893	88 604	1 289	34,5	24,7	24,4	0,4
1979	126 180	95 362	85 315	10 047	34,7	26,3	23,5	2,8
1980	134 106	102 613	87 003	15 610	36,9	28,2	23,9	4,3
1981	134 280	94 285	88 685	5 600	36,9	25,9	24,3	1,5
1982	134 314	89 874	88 162	1 712	36,9	24,7	24,2	0,5
1983	138 639	84 795	78 776	6 019	38,2	23,3	21,7	1,7
1984	122 300	77 089	79 206	- 2 117	33,7	21,3	21,8	- 0,6
1985	125 487	75 804	77 052	- 1 248	34,7	20,9	21,3	- 0,3
1986	124 544	76 995	74 574	2 421	34,5	21,3	20,6	0,7
Januar	10 199	5 980	6 217	- 237	33,2	19,5	20,3	- 0,8
Februar	8 615	4 971	5 302	- 331	31,1	17,9	19,1	- 1,2
März	9 144	5 533	5 000	533	29,8	18,0	16,3	1,7
1. Vierteljahr 1986	27 958	16 484	16 519	- 35	31,4	18,5	18,5	- 0,0
April	9 304	5 767	5 921	- 154	31,3	19,4	20,0	- 0,5
Mai	9 697	5 413	5 078	335	31,6	17,7	16,6	1,1
Juni	9 945	6 313	6 159	154	33,5	21,3	20,8	0,5
2. Vierteljahr 1986	28 946	17 493	17 158	335	32,2	19,4	19,1	0,4
Juli	11 619	7 956	6 625	1 331	37,9	25,9	21,6	4,3
August	12 067	8 164	7 153	1 011	39,3	26,6	23,3	3,3
September	10 611	7 815	7 513	302	35,7	26,3	25,3	1,0
3. Vierteljahr 1986	34 297	23 935	21 291	2 644	37,7	26,3	23,4	2,9
Oktober	12 260	8 072	7 698	374	40,0	26,3	25,1	1,2
November	10 187	5 429	6 157	- 728	34,3	18,3	20,7	- 2,5
Dezember	10 896	5 582	5 751	- 169	35,5	18,2	18,7	- 0,6
4. Vierteljahr 1986	33 343	19 083	19 606	- 523	36,6	21,0	21,5	- 0,6

1) Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.

Die meisten Sterbefälle gab es 1986 im Monat März mit 4 694, die wenigsten im August mit 3 199 Gestorbenen. In den drei Sommermonaten Juli, August und September ereigneten sich fast 20 % weniger Todesfälle als in den Wintermonaten des ersten Vierteljahres 1986. In 352 oder 0,8 % der Fälle besaß die gestorbene Person eine ausländische Staatsangehörigkeit. Bei den Säuglingen, die vor Vollendung ihres ersten Lebensjahres starben, betrug der Ausländeranteil 7,6 %. Insgesamt waren unter den 43 214 Gestorbenen 327 Säuglingssterbefälle, und zwar 187 Knaben und 140 Mädchen. Davon wurden 122 Säuglingssterbefälle in den ersten sieben Lebenstagen verzeichnet. Von den im ersten Lebensjahr Gestorbenen überlebten 81 nicht die ersten 24 Stunden nach der Geburt. Über einen längeren Zeitraum betrachtet läßt sich bei der Entwicklung der Säuglingssterblichkeit eine deutliche Reduzierung beobachten. Während beispielsweise vor zehn Jahren noch 664 Säuglinge im ersten Lebensjahr verstarben, war es 1986 weniger als die Hälfte. Dementsprechend verringerte sich in diesem Zeitraum die Säuglingssterbeziffer (im ersten Lebensjahr Gestorbene auf 1 000 Lebendgeborene) von 19,2 auf 8,9.

Nach der vom Statistischen Bundesamt nach abgekürzter Berechnung erstellten Sterbetafel für die Jahre 1980/85 haben Frauen in Rheinland-Pfalz eine durchschnittliche Lebenserwartung von 77,1 Jahren und Männer eine solche von 70,4 Jahren. Die allgemeine

Sterbetafel 1970/72 wies eine durchschnittliche weibliche Lebenserwartung von 73,6 Jahren und eine durchschnittliche männliche Lebenserwartung von 67 Jahren aus. Somit hat sich sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern die Lebenserwartung deutlich erhöht.

Heiratsneigung unverändert

Im Berichtsjahr wurden 22 814 Ehen geschlossen, 157 weniger als im Jahr zuvor. Damit lag die allgemeine Heiratsziffer (Eheschließungen bezogen auf 1 000 Einwohner) wie schon im Jahre 1984 auch in diesen beiden Jahren bei einem Wert von 6,3. In den vorhergehenden acht Jahren hat sich die Heiratsneigung kaum verändert. Die allgemeine Heiratsziffer schwankte in diesen Jahren nach ihrem bisherigen Tiefststand von 5,9 im Jahre 1978 zwischen Werten von 6,4 und 6,2.

Bei den Eheschließungen mit einem ausländischen Partner lag 1986 der Anteil der Ehen, bei denen nur der Mann eine ausländische Staatsangehörigkeit besaß, mit 4,7 % fast doppelt so hoch wie der Anteil der Ehen, bei denen nur die Frau Ausländerin war (2,4 %). Ehen zwischen zwei ausländischen Ehepartnern gab es 289 oder 1,3 %.

Der Trend zu höherem Heiratsalter setzte sich weiter fort. So waren 1986 nur 9,2 % der eheschließenden

Frauen unter 20 Jahre alt. Im vorhergehenden Jahr hatte der Anteil noch bei 10,8 % gelegen, fünf Jahre zuvor bei 20,2 %. Von den Männern waren im Berichtsjahr 1,6 % bei der Eheschließung jünger als 20 Jahre, 1985 waren es 1,9 % und fünf Jahre zuvor 4 %.

Frauen heiraten verstärkt im Alter zwischen 20 und 25 Jahren, Männer zwischen 22 und 27 Jahren. Die größte Heiratsneigung wurde bei den 22jährigen Frauen mit 10,2 % und den 25jährigen Männern mit 9 % registriert. Während noch 135 Männer, die 70 Jahre und älter waren, eine Ehe schlossen, waren es bei den Frauen in dieser Altersgruppe nur 21.

Positiver Wanderungssaldo

Während in den Jahren 1984 und 1985 negative Wanderungssalden verzeichnet wurden, ergab sich im Berichtsjahr aus 76 995 Zuzügen und 74 574 Fortzügen ein Wanderungsgewinn des Landes von 2 421 Personen. In früheren Jahren wurden überwiegend positive Wanderungssalden registriert. So gab es seit 1960 lediglich im Jahre 1967 und in den Jahren 1974 bis 1977 negative Wanderungsbilanzen. Bezieht man die Werte von 1986 auf 1 000 Einwohner und ein Jahr, so kamen auf 21,3 Zuzüge 20,6 Fortzüge. Die meisten Gewinne wurden in den Monaten Juli und August verbucht, während es Anfang und Ende des Jahres mehr Fortzüge als Zuzüge gab.

Im Regierungsbezirk Trier wurde ein Wanderungsverlust von 573 Personen registriert. Wanderungsgewinne lagen hingegen im Regierungsbezirk Koblenz mit 372 Personen und im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz mit 2 662 Personen vor. Besonders hohe Gewinne wurden in den Landkreisen Bad Dürkheim, Ludwigshafen, Alzey-Worms und Mainz-Bingen erzielt. Der bei weitem

größte Wanderungsverlust wurde in der Stadt Ludwigshafen mit 1 256 Personen verzeichnet. Gegenüber einem positiven Wanderungssaldo von insgesamt 4 014 Personen in den rheinland-pfälzischen Landkreisen gab es einen negativen Wanderungssaldo von insgesamt 1 593 Personen in den kreisfreien Städten des Landes.

Von den Personen, die fortzogen, gingen innerhalb des Bundesgebietes über 70 % in die drei Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg. Über 50 % der Fortzüge ins europäische Ausland betrafen die Länder Italien, Polen (einschließlich Ostgebiete des Deutschen Reiches) und die Türkei. Auf Asien und die Vereinigten Staaten entfielen über 70 % der Fortzüge ins außereuropäische Ausland. Bei den Zuzügen nach Rheinland-Pfalz liegen vergleichbare prozentuale Anteile der betroffenen Bundesländer und Staaten vor wie bei den Fortzügen.

Bei den insgesamt 76 995 Zuzügen handelte es sich in 25 212 Fällen oder 32,7 % um Zuzüge von Ausländern. Dagegen hatten 18 447 oder 24,7 % der fortziehenden Personen eine ausländische Staatsangehörigkeit. Somit sind in Rheinland-Pfalz 6 765 mehr Ausländer zugezogen als fortgezogen. Über 80 % der Zuzüge ausländischer Personen kamen aus dem Ausland, davon über 60 % aus dem europäischen Ausland.

Die Landesbinnenwanderung, zu der alle Wanderungen von einer Gemeinde in eine andere Gemeinde innerhalb des Landes Rheinland-Pfalz zählen, nahm 1986 um 0,8 % auf 124 544 Umzüge ab. Auf 1 000 Einwohner bezogen ergibt sich eine Reduzierung von 34,7 auf 34,5. Die Umzüge erfolgten überwiegend in den Monaten August und Oktober. Am wenigsten wurde im Februar und im März umgezogen.

Diplom-Verwaltungswirtin (FH) Gisela Diesler

Das Erntejahr 1987

Rückblickend war 1987 für die Landwirtschaft ein schwieriges Erntejahr. Bis Mitte Juli verging kaum ein Tag ohne Regen, und auch der Rest des Jahres zeigte sich – ganz anders als im Jahr zuvor – überwiegend wechselhaft. Die Auswirkungen waren häufig nicht termingerecht ausgeführte Pflegemaßnahmen, ein witterungsbedingt vermehrtes Auftreten von Pilzkrankheiten, Ernteverzögerungen, geringere Erträge und Qualitätseinbußen. Hinzu kamen teilweise deutlich niedrigere Erzeugerpreise als in den Vorjahren.

Deutlichste Einbußen bei der Wintergerste

Die stärksten Ertrags- und wohl auch Qualitätseinbußen hatten die Getreideanbauer in diesem Jahr wieder bei der Wintergerste hinzunehmen. Abgesehen von der Vorderpfalz setzte die Ernte überwiegend erst in der zweiten Augustwoche bei überreifen Beständen voll ein. Aufgrund der Druschergebnisse mußte der noch Anfang Juli geschätzte Ertrag etwas nach unten korrigiert werden. Während die übrigen Getreidearten trotz widriger

Bedingungen noch mit durchschnittlichen oder leicht überdurchschnittlichen Flächenleistungen abschnitten, lag die Wintergerste mit rund 43 dt je Hektar weit unter dem Mehrjahresdurchschnitt (48,5 dt pro Hektar) und dem Vorjahresertrag (47,6 dt pro Hektar). Hinzu kam eine gegenüber dem Vorjahr verringerte Anbaufläche (– 6,1 %), so daß die Vorjahresernte um 16 % unterschritten wurde.

Auch die anderen Getreidearten, abgesehen vom Hafer und Weizen, erbrachten niedrigere Hektarerträge als 1986. Zudem wurde die Getreideanbaufläche um 4 % eingeschränkt. Mit rund 1,39 Mill. t blieb daher die rheinland-pfälzische Getreideernte 6,6 % unter dem vorjährigen und 7,2 % unter dem im sechsjährigen Durchschnitt erzielten Wert.

Nur Weizen übertraf den Vorjahresertrag

Die negative Mengenbilanz beim Weizen von – 1 % gegenüber 1986 resultiert bei einem um 0,8 % höheren Hektarertrag als 1986 allein aus einer Anbaueinschrän-

Anbau und Ernte von Getreide 1987

Fruchtart	Anbaufläche			Hektarertrag			Erntemenge		
	D 1981/86	1986	1987	D 1981/86	1986	1987	D 1981/86	1986	1987
	ha			dt			t		
Getreide	334 530	321 079	308 213	44,9	46,4	45,2	1 501 525	1 490 616	1 392 701
Winterweizen	106 235	96 396	93 311	52,3	53,5	54,0	555 866	515 622	503 693
Sommerweizen ¹⁾	5 756	9 258	10 511	44,9	45,5	46,4	25 851	42 142	48 792
Wintergerste	50 571	51 253	48 106	48,5	47,6	42,6	245 352	243 708	204 835
Sommergerste	86 792	86 072	80 252	39,5	43,5	41,9	343 160	374 069	336 176
Roggen	28 839	28 110	27 738	41,0	41,0	39,1	118 283	115 307	108 456
Wintermenggetreide	1 326	1 201	1 349	41,2	43,0	41,4	5 466	5 168	5 586
Hafer	45 558	38 375	35 674	37,7	39,4	39,4	171 793	151 236	140 413
Sommermenggetreide ²⁾	9 453	10 414	11 272	37,8	41,6	39,7	35 754	43 364	44 750

1) Einschl. Hartweizen (Durum). – 2) Einschl. Triticale.

kung von 1,7 %. Die für die Intervention gestellten Qualitätsbedingungen beim Winterweizen erfüllte hierbei in Rheinland-Pfalz ein vergleichsweise hoher Anteil der Ernte. Bei der Sommergerste führten sowohl eine um 6,8 % geringere Fläche als auch die um 3,7 % niedrigere Flächenleistung zu der deutlich geringeren Erntemenge (– 10 %). Während beim Roggen die um 5,9 % geringere Ernte aus Flächen- und Ertragseinbußen resultiert, ist die niedrigere Haferernte bei gleicher Flächenleistung wie 1986 ausschließlich auf einen rückläufigen Anbau zurückzuführen.

Rund 52 % der Getreideernte entfielen auf Futter- und Industriegetreide, die restlichen 667 527 t auf Brotgetreidearten. Teilweise mußte wegen der hier aufgetretenen Qualitätsmängel, namentlich in Höhenlagen, eine Verwertung als Futtergetreide in Kauf genommen werden. Die Verzögerung der Abreife und Ernte brachte nicht zuletzt auch für den auswuchsgefährdeten Roggen Probleme mit sich. Die in Rheinland-Pfalz erzeugte Qualität lag im Bundesvergleich dennoch mit an der Spitze.

Spitzenproduktion bei Winterraps

Als Ersatz für den eingeschränkten Getreideanbau erfuhren Winterraps und Hülsenfrüchte wiederum eine Ausweitung. Mit rund 5 400 ha spielen die Futtererbsen in Rheinland-Pfalz eine bedeutende Rolle, wurden jedoch erst in diesem Jahr gesondert erfaßt, so daß Vergleichszahlen fehlen. Bei überreifen, vielfach lagern- den und faulenden Beständen wurden sie 1987 aller-

dings mancherorts für die Landwirte zu einer Enttäuschung. Im Schnitt konnte eine Flächenleistung von 31,7 dt erzielt werden. Die Ackerbohnen erträge bewegten sich auf dem Niveau des Vorjahres. Allein der aus- geweitete Anbau führte zu einer Produktionssteigerung von 41 %.

Ein Spitzenertrag von 29,4 dt pro Hektar, ähnlich wie im Vorjahr, sowie die beträchtliche Flächenausdehnung um 70 % auf rund 21 000 ha machten dem Markt für Win- terraps zu schaffen. Die Mehrproduktion belief sich auf 27 086 t (+ 78 %).

Gute Rüben-, mäßige Kartoffelernte

Sehr gute Erträge brachte die feuchte Witterung bei den Rüben mit sich, wenngleich sie auch die Ernte man- cherorts erschwert haben dürfte. Ein Spitzenertrag, fast 45 dt über dem Mehrjahresdurchschnitt und gut 31 dt über dem Vorjahresertrag, war bei den Zuckerrüben im Schnitt erzielbar. Allerdings ließen die im Gegensatz zum Vorjahr niedrigeren Zuckergehalte zu wünschen übrig. Trotz einer um 3,9 % geringeren Anbaufläche überstieg die Ernte um 1,8 % das Ergebnis des Jahres 1986 und auch den Mehrjahresdurchschnitt um 4 %. Den seit Jahren höchsten Ertrag mit über 1 100 dt pro Hektar lieferten die Runkelrüben, so daß trotz des um 8,9 % weiterhin eingeschränkten Anbaus eine höhere Ernte (+ 7,8 %) als 1986 zur Verfügung stand.

Weiter rückläufig und in seiner Bedeutung mittlerweile vom Winterraps überholt, war 1986 der Kartoffelanbau.

Anbau und Ernte von Futterpflanzen, Handelsgewächsen, Hülsen- und Hackfrüchten

Fruchtart	Anbaufläche			Hektarertrag			Erntemenge		
	D 1981/86	1986	1987	D 1981/86	1986	1987	D 1981/86	1986	1987
	ha			dt			t		
Kartoffeln	12 708	12 443	11 405	271,9	306,6	295,3	345 489	381 451	336 831
Frühkartoffeln	3 852	4 405	4 009	247,3	274,2	295,3	95 247	120 803	118 398
Spätkartoffeln	8 856	8 038	7 396	282,6	324,3	295,3	250 242	260 648	218 433
Zuckerrüben	22 764	22 676	21 802	521,6	534,9	566,3	1 187 322	1 213 017	1 234 647
Runkelrüben	8 162	6 338	5 773	922,1	954,7	1 129,8	752 581	605 089	652 234
Ackerbohnen	530	818	1 161	35,9	37,9	37,8	1 907	3 103	4 389
Futtererbsen	.	.	5 438	.	.	31,7	.	.	17 238
Winterraps	8 539	12 310	20 997	25,1	28,1	29,4	21 432	34 645	61 731
Silomais	18 530	18 960	17 803	495,4	512,2	493,3	917 929	971 203	878 222

Sowohl bei Frühkartoffeln als auch bei mittelfrühen und späten Kartoffeln gab es gleichermaßen Anbaueinschränkungen. Insgesamt ging die Fläche um 8,3% zurück. Trotz der überdurchschnittlich guten Ertragslage bei Frühkartoffeln konnte die Vorjahresernte nicht erreicht werden. Bei den mittelfrühen und späten Kartoffeln führten Ertragseinbußen, vielfach durch die witterungsbedingt verstärkt aufgetretene Krautfäule, im Gegensatz zu den Frühkartoffeln zu einer geringeren Flächenleistung als 1986. Ein um 9% niedrigerer Ertrag als 1986 trug neben dem rückläufigen Anbau wesentlich zu der insgesamt um 12% kleineren Kartoffelernte von 336 831 t bei.

Rauhfuttererträge überdurchschnittlich

Bei den Futterpflanzen hat erstmals in diesem Jahr die Anbaufläche von Silomais abgenommen (- 6,1%). Bei einer wegen der zu kühlen Witterung nur knapp durchschnittlichen Flächenleistung wurde die Vorjahresernte um 10% und der Mehrjahresdurchschnitt um 4,3% unterschritten. Auch der vergleichsweise unbedeutende Anbau von Klee, Klee gras, Luzerne oder deren Gemisch sowie von Gras zur Futtergewinnung auf dem Ackerland war rückläufig (- 21%). Trotz der in diesem Jahr weit überdurchschnittlichen Ertragslage blieb die Rauhfutterwerbung auf dem Ackerland daher um 4% unter dem Vorjahr. Die Ernte von Wiesen und Mähweiden lag mit rund 1,4 Mill. t deutlich über der Vorjahresmenge (+ 21%). Insgesamt lieferte die Rauhfutterernte auf dem Dauergrünland und Ackerland bei einem seit Jahren nicht mehr erreichten Masseertrag einen Futter-

Rauhfutterernte 1987

Fruchtart	Hektarertrag			Erntemenge	
	D 1981/ 86	1986	1987	1986	1987
	dt			t	
Rauhfutter (Heuertrag) ¹⁾	69,8	67,9	81,5	1 290 866	1 536 527
Wiesen	67,9	66,4	79,1	638 132	764 367
Mähweiden	72,0	69,3	83,5	549 365	672 893
Grasanbau auf dem Ackerland	71,4	69,5	85,6	48 586	39 607
Klee, Klee gras u. Klee-Luzerne	73,4	72,7	87,6	40 230	42 915
Luzerne	76,7	73,9	89,5	14 553	16 745

1) Grünmasse im Verhältnis 4 zu 1 auf Heu umgerechnet.

anfall von umgerechnet in Heu 1,5 Mill. t und überstieg damit die Vorjahresmenge um 19%. Während bei anhaltender Trockenheit 1986 der Zuwachs aus dem zweiten Schnitt nur 17% der Gesamterntemenge ausmachte, waren es in diesem Jahr 31%. Der Anteil des tatsächlich als Heu gewonnenen Futters belief sich nach Berichterstattungen auf 56%. Witterungsbedingt konnte die Qualität des Vorjahres allerdings nicht erzielt werden.

Gute Gemüseernte bei Kohl und Salat

Die niederschlagsreiche Witterung dieses Jahres ließ sowohl bei den Kopfkohlarten als auch den übrigen

Anbau und Ernte von Gemüse auf dem Freiland 1987

Gemüseart	Anbaufläche		Hektarertrag		Erntemenge	
	1986	1987	1986	1987	1986	1987
	ha		dt			
Kohlgemüse						
Weißkohl	194	186	416,0	427,1	80 703	79 436
Rotkohl	127	116	360,1	373,1	45 734	43 282
Wirsing	87	89	271,5	301,3	23 623	26 818
Rosenkohl	42	41	127,9	131,5	5 372	5 392
Grünkohl	71	37	(191,3)	(208,5)	(13 582)	(7 715)
Blumenkohl	722	699	283,1	306,9	204 387	214 509
Chinakohl	149	162	(363,0)	(364,3)	(54 087)	(59 017)
Kohlrabi	212	198	281,2	291,9	59 607	57 798
Blattgemüse						
Kopfsalat	782	801	228,8	237,0	178 931	189 815
Spinat	403	310	186,8	188,8	75 289	58 518
Wurzelgemüse						
Möhren	514	489	326,6	330,2	167 884	161 473
Karotten	125	116	247,9	(240,1)	30 985	(27 856)
Rote Rüben	18	17	(341,2)	330,3	(6 142)	5 615
Hülsenfrüchte						
Frischerbsen, gedroschen	57	40	61,5	(65,7)	3 506	(2 628)
Grüne Pflückbohnen	218	164	111,8	101,7	24 378	16 674
Übrige Gemüsearten						
Sellerie	145	115	324,5	316,9	47 053	36 444
Porree (Lauch)	178	163	276,3	283,4	49 181	46 194
Speisezwiebeln	712	634	386,6	419,7	275 259	266 090
Spargel	317	350	37,0	31,8	11 729	11 130
Gurken	54	13	249,5	(215,7)	13 474	(2 804)
Tomaten	24	11	393,4	370,0	9 442	4 070

() Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist.

Marktobstbau 1987

Obstart	Bäume ¹⁾	Baumertrag			Erntemenge	
		D 1981/ 86	1986	1987	1986	1987
	Anzahl	kg			dt	
Süßkirschen	78 448	24,6	26,2	26,2	20 533	20 539
Sauerkirschen	1 090 384	19,5	21,3	24,4	231 813	265 595
Äpfel	1 426 280	21,4	25,0	22,0	356 917	313 376
Birnen	121 361	19,7	21,8	19,0	26 454	23 092
Pflaumen und Zwetschen	213 884	29,9	34,4	28,0	73 653	59 907
Mirabellen und Renekloden	29 375	25,7	28,4	30,3	8 332	8 890
Aprikosen	12 659	15,3	17,9	19,1	2 265	2 423
Pfirsiche	24 718	13,4	19,8	14,3	4 902	3 545
Insgesamt	2 997 109	21,3	24,2	23,3	724 869	697 367

1) Ergebnis der Obstanbauerhebung 1982

Kohlarten gute Erträge heranwachsen, die teils deutlich den mehrjährigen Durchschnitt wie auch die Flächenleistung des anfangs zu kühlen und im weiteren Verlauf zu trockenen Vorjahres übertrafen. Trotz eines insgesamt reduzierten Anbaus (– 4,7 %) lag die Produktion, insbesondere zurückzuführen auf eine gute Ertragslage bei Wirsing und Blumenkohl sowie einer Anbauausweitung von Chinakohl (+ 8,7 %), insgesamt um 2,7 % über dem Vorjahr. Offensichtlich ermöglichte die wechselhafte Witterung dieses Jahres durch zwischenzeitliche anhaltende Erwärmung bei den klimatisch weniger anspruchsvollen Gemüsearten in der Regel einen Ausgleich zeitweiser Wachstumsrückstände.

Dies trifft nicht für den Spargel zu, der besonders unter der Junikälte litt. Ebenso mußten bei den wärmeliebenden Gemüsearten, wie Gurken und Tomaten, deutliche Ertragseinbußen hingenommen werden, die einhergehend mit größeren Anbaueinschränkungen zu wesentlich geringeren Erntemengen (– 79 % bzw. – 57 %) als 1986 führten. Insgesamt um 31 % rückläufig, zum Teil zurückzuführen auf den reduzierten Anbau (– 26 %), waren im Vergleich zum Vorjahr auch die Erntemengen bei den Hülsenfrüchten. Beim Wurzelgemüse lieferten lediglich die Möhren einen überdurchschnittlichen Ertrag, der auch noch das Vorjahresergebnis leicht übertraf. Insgesamt verringerte sich die Produktion von Wurzelgemüse um 4,9 %. Hierzu trugen Anbaueinschränkungen von 5,3 % bei.

Die Erzeugung von Kopfsalat lag bei einem Spitzenertrag von 237 dt pro Hektar und vermehrtem Anbau um 6,1 % höher als 1986. Dagegen führten beim Spinat die wegen anhaltender Absatzprobleme erfolgten Anbaueinschränkungen von insgesamt 93 ha zu einer um 22 % niedrigeren Ernte. Auch die Produktion von Speisewiebeln erlitt trotz eines Spitzenertrages von 420 dt je Hektar Einbußen von 3,3 %, zurückzuführen auf die durch teilweise erhebliche Frostschäden im Winter 1986/87 verloren gegangenen Flächen, die nicht mit Sommerzwiebeln nachgebaut wurden.

1986 hatten die aufgeführten Gemüsearten 87 % des gesamten Freilandgemüseanbaus ausgemacht. In diesem Jahr waren es nur noch 75 %. Die Erntemenge lag 1987 mit 1,32 Mill. t um 4,1 % niedriger als 1986.

Mäßige Obsternte

Die naßkalte Witterung zur Blütezeit dämpfte schon im zeitigen Jahr die Ernteaussichten bei einigen Obstarten. Zwar wurden im Marktobstbau im Juli bei Äpfeln die Ertragseinbußen gegenüber dem Vorjahr noch um 3 kg pro Baum höher eingeschätzt als bei der endgültigen Ertragsermittlung, jedoch blieb auch der letztlich erzielbare Baumertrag von 22 kg nur durchschnittlich und um 3 kg unter dem Vorjahresertrag. Damit lag die Apfelernte im Marktobstbau, die wie bei allen Obstarten mangels neuerer Daten anhand der Baumzahlen aus der Obstanbauerhebung 1982 errechnet werden muß, rund 12 % niedriger als 1986. 90 % davon (Vorjahr 88 %) gelangten nach Berichterstatterschätzungen zum Verkauf. Der als Alternanz bezeichnete biologisch bedingte Wechsel von guten und schlechten Erntejahren machte sich im extensiver bewirtschafteten übrigen Anbau mit einem unterdurchschnittlichen Baumertrag von 16 kg gegenüber 28 kg im letzten Jahr deutlich bemerkbar.

Die Ernte von Birnen, vor allem aber von Pflaumen und Zwetschen, erreichte sowohl im Marktobstbau als auch im übrigen Anbau nicht die Erträge des letzten Jahres. 3 bis 4 kg niedriger lag der Baumertrag im übrigen Anbau. Im Marktobstbau waren es bei Birnen nur knapp 2 kg, bei Pflaumen und Zwetschen jedoch gut 6 kg weniger. Die Erntemenge unterschritt damit die Vorjahresernte bei Birnen um 13 %, bei Pflaumen und Zwetschen um 19 %.

Überdurchschnittliche Baumerträge, die auch noch das Vorjahresergebnis leicht übertrafen, lieferten zumin-

Weinmosternte nach Anbaugebieten und Bereichen 1987

Anbaugebiet	Ertrags- reblfläche	Hektarertrag			Erntemenge			darunter geeignet für			
	1987	D 1981/86	1986	1987	D 1981/86	1986	1987	Qualitätswein		Qualitätswein mit Prädikat	
	ha				hl			%	Grad Öchsle	%	Grad Öchsle
Ahr	386	85,6	87,4	87,0	32 855	33 028	33 570	84	66	12	79
Mittelrhein	721	87,3	84,6	87,6	63 542	61 344	63 132	80	63	19	76
Mosel-Saar-Ruwer	12 070	128,0	120,8	110,8	1 483 185	1 435 910	1 337 959	88	59	8	72
Nahe	4 304	98,4	91,5	85,9	415 855	394 687	369 748	83	64	15	76
Rheinhessen	22 931	107,3	97,3	95,0	2 377 424	2 251 198	2 179 221	74	67	25	81
Rheinpfalz	20 834	123,7	124,0	112,3	2 517 142	2 552 905	2 339 329	79	67	18	80
Insgesamt	61 246	116,0	110,3	103,2	6 890 003	6 729 072	6 322 959	80	65	18	80

Hektarerträge der wichtigsten Rebsorten

Sorte	Hektarertrag		
	D 1981/86	1986	1987
	hl		
Müller-Thurgau	121,9	116,4	111,7
Riesling, Weißer	107,8	99,6	94,4
Silvaner, Grüner	113,8	116,1	104,7
Kerner	117,0	112,7	113,7
Scheurebe	120,8	117,4	88,4
Morio-Muskat	139,9	137,6	115,6
Bacchus	114,3	110,5	111,5
Portugieser, Blauer	123,4	128,1	131,6
Spätburgunder, Blauer	85,3	97,1	95,9

dest im Marktbobstbau Mirabellen und Renekloden und sogar die Aprikosen, obwohl sie ähnlich hohe klimatische Ansprüche wie die Pfirsische stellen. Letztere brachten nur einen leicht überdurchschnittlichen und deutlich geringeren Baumertrag als 1986. Gute Erträge lieferte die bereits im Juli endgültig ermittelte Kirschen-ernte, witterungsbedingt mußten bei Süßkirschen jedoch teilweise stärkere Qualitätseinbußen in Kauf genommen werden.

Unterdurchschnittliche Weinmosternte mit ausgeprägter Qualitätsweineignung

Mengeneinbußen beim Wein ließ bereits die ungünstigere Beurteilung des Traubenansatzes im August erwarten. Aufgrund der vorherrschend feuchten und kühlen Witterung verzögerte sich zudem die Beerenreife, die 1986 bereits vor dem 24. August verstärkt eingesetzt hatte. Förderlich für die Traubenentwicklung wirkten sich die sonnigen Spätsommertage im September aus, die durch eine vielfach vorteilhafte Herbstwitterung im Oktober, teils bis in den November hinein, unter-

stützt wurden. Eine günstige Beeinflussung der Traubenreife mit noch ansteigenden Mostgewichten war die Folge. Die Winzer ließen die Trauben so lange wie möglich von der Witterung profitieren, so daß die Lese erst in der zweiten Novemberhälfte allgemein zum Abschluß kam.

Mit insgesamt 80 % der Erntemenge, die aufgrund des Mostgewichtes von durchschnittlich 65 Grad Öchsle Qualitätsweineignung aufwies, ist die Qualität unter den Witterungsbedingungen dieses Jahres als zufriedenstellend anzusehen. Im Gegensatz zum Vorjahr waren von der Gesamternte 5 % mehr zum Ausbau als Qualitätswein geeignet. Allerdings lag der Anteil der zur Erzeugung von Prädikatswein in Frage kommenden Erntemenge mit 18 % gegenüber 21 % im Vorjahr etwas niedriger.

Insgesamt belief sich die Weinmosternte bei einer um rund 200 ha größeren Ertragsrebläche als 1986 auf 6,3 Mill. hl, darunter 5,9 Mill. hl Weißmost. Nach Vorliegen der Meßergebnisse wurde die Erntemenge gegenüber der vorläufigen Berichterstatterschätzung im Oktober zwar etwas nach oben korrigiert, lag jedoch immer noch 6 % unter der Vorjahresernte und sogar 8,2 % unter dem im sechsjährigen Durchschnitt erzielten Ergebnis.

Am deutlichsten unterschritt die Weinmosternte an der Nahe den mehrjährigen Vergleichswert (– 11 %), gefolgt vom Anbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer (– 9,8 %), Rheinhessen (– 8,3 %) und der Rheinpfalz (– 7,1 %).

Deutliche Mindererträge lieferten von den weißen Sorten die Scheurebe mit nur knapp drei Viertel des Durchschnittsertrages und der Morio-Muskat (– 17 %). Die Leseergebnisse beim Riesling lagen 12 % unter dem mehrjährigen Durchschnitt, Müller-Thurgau und Silvaner unterschritten diesen um rund 8 %. Die vergleichsweise besten Hektarerträge bei den weißen Rebsorten erbrachten Kerner und Bacchus.

Dr. Birgit Hübbers

Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben 1987

Der vorliegende Beitrag basiert auf den Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebung in der Landwirtschaft, die in die Agrarberichterstattung 1987 integriert war. Die Erhebung wird jährlich repräsentativ durchgeführt. Der Berichtszeitraum erstreckt sich auf vier Wochen, die ganz oder teilweise in den April fallen. Die Ergebnisse wurden auf der Basis einer etwa 15 %igen Stichprobe hochgerechnet.

Der Arbeitseinsatz stellt neben der Boden- und Maschinenausstattung einen bedeutenden Produktionsfaktor des landwirtschaftlichen Unternehmens dar. Im folgenden werden Umfang, Struktur und zeitliche Entwicklung des Arbeitseinsatzes dargestellt. Dies ist nicht nur zur Beurteilung der Arbeitsproduktivität landwirtschaftlicher Betriebe von Interesse, auch bei der Interpretation von Einkommensgrößen (Betriebseinkommen, Gewinn) ist es wesentlich zu wissen, wie viele Arbeitskräfte daraus zu entlohnen sind. So ist der Gewinn pro

Familienarbeitskraft ein verbreiteter Maßstab intersektoraler Einkommensvergleiche. Relevant in diesem Zusammenhang ist weiterhin die außerlandwirtschaftliche Erwerbstätigkeit hinsichtlich des Umfangs und der ausübenden Personengruppen.

Landwirtschaftliche Betriebe weitgehend von Familienarbeitskräften bewirtschaftet

Von den (hochgerechnet) insgesamt 58 300 landwirtschaftlichen Betrieben werden 25 600 und damit weniger als die Hälfte von vollbeschäftigten Familienarbeitskräften bewirtschaftet, doch fast auf jedem Hof ist zumindest eine teilbeschäftigte Familienarbeitskraft zu finden. Im Vergleich dazu beschäftigen nur 4 % der Betriebe ständige familienfremde Personen. Dies macht deutlich, daß in Rheinland-Pfalz der bäuerliche Familienbetrieb das dominierende Element darstellt.

Landwirtschaftliche Betriebe¹⁾ und deren Arbeitskräfte 1987

Betriebs- größenklasse	Darstellungs- einheit	Insgesamt	Familienarbeitskräfte			Familienfremde Arbeitskräfte	
			zusammen	im Betrieb vollbeschäftigt	anderweitig erwerbstätig	ständig	nicht ständig
		1 000					
unter 1 ha LF	Betriebe zusammen	8,6	8,6	1,1	4,9	0,2	0,7
	Haupterwerbsbetriebe	1,4	1,4	0,8	0,2	0,2	0,2
	Personen	17,8	15,8	1,4	5,9	0,6	1,4
	Ak-Einheiten	5,8	4,9	1,4	1,3	0,6	0,4
1 – 2 ha LF	Betriebe zusammen	8,0	8,0	1,7	4,7	0,1	0,9
	Haupterwerbsbetriebe	1,9	1,9	1,4	0,5	0,1	0,4
	Personen	17,1	14,9	2,1	5,9	0,2	1,9
	Ak-Einheiten	6,1	5,4	2,1	1,4	0,2	0,5
2 – 5 ha LF	Betriebe zusammen	11,0	11,0	3,7	6,5	0,2	1,6
	Haupterwerbsbetriebe	3,9	3,9	3,1	0,8	0,2	1,2
	Personen	26,7	21,5	4,8	7,8	0,7	4,6
	Ak-Einheiten	11,4	9,4	4,7	2,0	0,6	1,4
5 – 10 ha LF	Betriebe zusammen	9,4	9,4	3,4	5,8	0,4	1,5
	Haupterwerbsbetriebe	3,5	3,5	2,9	0,7	0,3	1,3
	Personen	25,4	20,1	4,3	7,2	0,7	4,6
	Ak-Einheiten	11,0	9,1	4,3	2,1	0,5	1,3
10 – 20 ha LF	Betriebe zusammen	9,6	9,6	5,5	4,7	0,4	1,3
	Haupterwerbsbetriebe	5,4	5,4	4,9	1,0	0,4	1,1
	Personen	27,2	21,8	6,9	6,2	0,9	4,6
	Ak-Einheiten	13,9	11,7	6,8	2,1	0,7	1,4
20 – 30 ha LF	Betriebe zusammen	4,9	4,9	4,0	1,5	0,2	0,6
	Haupterwerbsbetriebe	4,1	4,1	3,8	0,7	0,2	0,6
	Personen	14,6	12,0	5,2	1,9	0,5	2,1
	Ak-Einheiten	8,5	7,4	5,1	0,7	0,4	0,7
30 – 50 ha LF	Betriebe zusammen	4,6	4,6	4,2	0,9	0,4	0,7
	Haupterwerbsbetriebe	4,2	4,2	4,0	0,6	0,3	0,6
	Personen	14,6	11,7	5,7	1,2	0,7	2,1
	Ak-Einheiten	9,1	7,8	5,7	0,5	0,6	0,6
50 – 100 ha LF	Betriebe zusammen	2,0	2,0	1,9	0,3	0,4	0,3
	Haupterwerbsbetriebe	1,9	1,9	1,8	0,3	0,3	0,2
	Personen	7,1	5,6	2,9	0,4	0,7	0,8
	Ak-Einheiten	4,6	3,8	2,8	0,2	0,6	0,2
100 u. mehr ha LF	Betriebe zusammen	0,2	0,2	0,2	0,0	0,1	0,0
	Haupterwerbsbetriebe	0,2	0,2	0,2	0,0	0,1	0,0
	Personen	0,8	0,5	0,3	0,0	0,2	0,2
	Ak-Einheiten	0,6	0,3	0,3	0,0	0,2	0,1
Insgesamt	Betriebe insgesamt	58,1	58,1	25,6	29,4	2,4	7,5
	Haupterwerbsbetriebe	26,5	26,5	22,9	4,7	2,0	5,8
	Personen	151,3	123,8	33,5	36,7	5,2	22,2
	Ak-Einheiten	70,9	59,8	33,1	10,2	4,5	6,7

1) Betriebe in der Hand von natürlichen Personen.

Differenziert man nach sozialökonomischen Betriebs-
typen, zeigt sich, daß in 87 % der Haupterwerbsbetriebe
vollbeschäftigte Familienarbeitskräfte tätig sind. Dies
sind gleichfalls die Betriebe, in denen die Mehrzahl
(83 %) der ständigen Lohnarbeitskräfte angestellt ist.
Nur in jedem vierten Haupterwerbsbetrieb geht der Be-
triebsleiter oder ein Familienangehöriger auch einer
außerbetrieblichen Erwerbstätigkeit nach. Im Gegen-
satz dazu werden 92 % der Nebenerwerbsbetriebe aus-
schließlich von teilbeschäftigten Familienarbeitskräften
geführt. Weniger als 400 Betriebe (1 %) erfahren dabei
die Unterstützung von ständigen familienfremden Ar-
beitskräften.

Tendenziell läßt sich feststellen, daß der Anteil der
Betriebe mit vollbeschäftigten Familienarbeitskräften
mit der Fläche zunimmt und große Betriebe häufiger auf
Lohnarbeitskräfte zurückgreifen. Zudem ist außerbe-
triebliche Erwerbstätigkeit in Betrieben unter 5 ha land-
wirtschaftlich genutzter Fläche doppelt so oft zu beob-
achten wie in Betrieben über 30 ha landwirtschaftlich
genutzter Fläche.

**Vollbeschäftigung außerhalb des Betriebes fast
genau so häufig wie innerhalb**

Auf den 58 100 in Händen von natürlichen Personen
befindlichen Betrieben lebten 1987 insgesamt 193 700
Betriebsinhaber und Familienangehörige. Darunter be-
fanden sich 174 300 über 15 Jahre alte – und damit
arbeitsfähige – Personen. Mit betrieblichen Arbeiten
waren 123 800 Familienmitglieder beschäftigt, aller-
dings nur 33 500 vollbeschäftigt. Beinahe genauso viele,
nämlich 29 400, sind neben ihrer betrieblichen Tätigkeit
außerhalb des Betriebes vollbeschäftigt. Allein aus die-
sen Zahlen ist es zu ersehen, daß das betriebliche
Einkommen allein keinen Aufschluß über die Einkom-
menssituation eines landwirtschaftlichen Haushalts ver-
mitteln kann.

Die Altersstruktur der im Betrieb beschäftigten
Betriebsinhaber und Familienangehörigen läßt eine
Überalterung der in der Landwirtschaft tätigen Personen
im Vergleich zu nichtlandwirtschaftlichen Sektoren er-
kennen. So sind 18 % der Betriebsinhaber älter als 60

Jahre. Die Gruppe der über 65 Jahre alten Familienarbeitskräfte ist fast genauso stark besetzt wie die der 15-bis 24jährigen. Der Schwerpunkt liegt in der Altersgruppe 45 bis 54 Jahre.

Um die Arbeitsleistung der in der Landwirtschaft Beschäftigten auszudrücken, werden diese in Vollarbeitskrafteinheiten (Ak-Einheiten) umgerechnet, die dem Arbeitsvolumen einer im Betrieb vollbeschäftigten Arbeitskraft entsprechen. Danach war die Arbeitsleistung sämtlicher Beschäftigten (auf Betrieben in der Hand natürlicher Personen) 70 900 vollbeschäftigten Personen gleichzusetzen. Auf die Familienarbeitskräfte entfielen 59 800 Ak-Einheiten (84 %).

Wie verändern sich die Ak-Einheiten mit der Betriebsgröße? In Betrieben unter 5 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche stehen durchschnittlich 0,85 Ak-Einheiten zur Verfügung. Auf Betrieben über 30 ha arbeiten im Durchschnitt 2,1 Ak-Einheiten. Umgekehrt verhält sich der Besatz mit Ak-Einheiten je 100 ha LF. Kleine Betriebe weisen eine weitaus höhere Arbeitsintensität auf als große, weil sie oft auf arbeitsintensive Produktionsverfahren wie Weinbau, Gemüse- oder Obstanbau spezialisiert sind. Außerdem sind in diesen Betrieben der Einführung arbeitssparenden technischen Fortschritts oftmals Grenzen gesetzt.

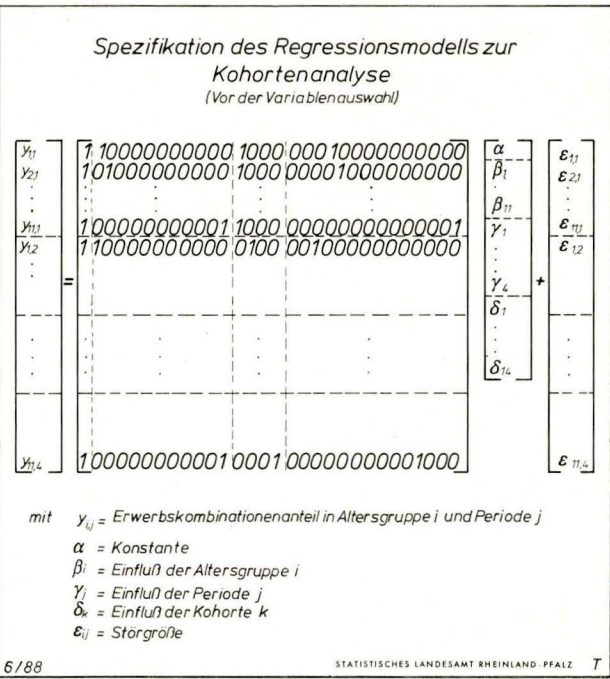
Rückgang der Arbeitskräfte durch Aufgabe von Betrieben

Ein Vergleich mit der Arbeitskräfteerhebung 1982 zeigt, daß die Zahl der im Betrieb beschäftigten Familienarbeitskräfte um 17 % von 150 200 auf 123 800 zurückgegangen ist. Die Arbeitsleistung aller auf dem Betrieb Beschäftigten sank von 83 900 auf 72 200 Ak-Einheiten. Weitere fünf Jahre zuvor, also 1977, waren noch 168 500 Betriebsinhaber und Familienangehörige auf 73 700 Betrieben tätig. Bemerkenswert ist, daß sich der Rückgang der Arbeitskräfte weitgehend proportional zur Abnahme der landwirtschaftlichen Betriebe vollzieht, die Zahl der pro Betrieb Beschäftigten, insbesondere der Familienarbeitskräfte, bleibt also nahezu konstant. Damit ist ein Charakteristikum bäuerlicher Familienbetriebe angesprochen, das sicherlich auch eine Ursache der Einkommensproblematik bildet: Da die Betriebe ohnehin meist nur von wenigen Familienar-

Anteil der Personen mit Erwerbskombinationen an den mit betrieblichen Arbeiten Beschäftigten insgesamt nach Altersgruppen ¹⁾ 1972 – 1987

Alter	1972	1977	1982	1987
	%			
15 – 19 Jahre	55,7	37,4	38,9	42,9
20 – 24 "	46,1	43,0	46,0	51,2
25 – 29 "	34,7 ^s	32,9	37,9	43,1
30 – 34 "	32,0 ^s	29,9	33,4	35,1
35 – 39 "	35,3 ^s	33,2	27,1	32,9
40 – 44 "	31,3 ^s	29,6	28,7	33,7
45 – 49 "	32,2 ^s	31,8	29,8	32,2
50 – 54 "	27,5 ^s	27,0	28,0	32,2
55 – 59 "	25,6	24,9	26,9	28,5
60 – 64 "	19,1	16,9	16,1	13,4
65 und älter	5,3	2,3	1,9	1,5

1) Durch Striche verbundene Werte beziehen sich jeweils auf eine (hypothetische) Kohorte.



beitskräften bewirtschaftet werden, besteht für sie nur in geringem Maß die Möglichkeit, auf veränderte Rentabilitätsbedingungen zu reagieren. Eine Abwanderung dieser Arbeitskräfte kommt oft einer Betriebsaufgabe gleich. Arbeitskräftemäßiger Anpassungsspielraum ist – abgesehen von Fremdarbeitskräften – lediglich durch die Verringerung der betrieblichen Arbeitsleistung (pro Person) der Familienarbeitskräfte möglich. Die freigesetzte Arbeitszeit kann eventuell durch Aufnahme einer außerbetrieblichen Erwerbstätigkeit einkommenswirksam genutzt werden.

Kohortenanalyse der Erwerbstätigkeit: Methodik ...

Eine Kohortenanalyse dient dem Ziel, den Einfluß von Periodeneffekten, Lebenszykluseffekten und Kohorteneffekten auf die Veränderung des Anteils von Erwerbskombinationen in verschiedenen Jahren und Altersgruppen zu unterscheiden.

Periodeneffekte subsumieren dabei Faktoren, die in einem bestimmten Zeitraum auf alle betrachteten Individuen wirken. Damit sind sich in einem abgegrenzten Zeitraum vollziehende wirtschaftliche oder gesellschaftliche Entwicklungen gemeint. Unter Lebenszykluseffekten versteht man Veränderungen von Verhaltensweisen oder Merkmalen, die auf zunehmendes Lebensalter zurückzuführen sind. Kohorteneffekte schließlich wirken speziell auf Personen, die ein Ereignis – eine Geburt wie im vorliegenden Fall, aber auch Berufseintritt oder Heirat – in dem selben Zeitraum erfahren haben. Dahinter können Erziehungs- und Bildungssysteme oder Arbeitsmarktbedingungen (geburtenstarke Jahrgänge) stehen, die Unterschiede zwischen den einzelnen Kohorten hervorrufen.

Das methodische Konzept besteht in einer multiplen Regressionsanalyse, wobei die Erklärungsgrößen sich allein aus Dummy-Variablen (0 – 1-Variablen) zusammensetzen. Das Trennen der genannten Effekte ist aller-

Kohortenanalyse der Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben 1972 – 1987 ¹⁾

Periodeneffekt		Lebenszykluseffekt		Kohorteneffekt	
Jahr	Koeffizient	Alter in Jahren	Koeffizient	Jahrgang	Koeffizient
1972	11,7	15 – 19	–	1907 und früher	– 18,6
1977	4,4	20 – 24	6,6	08 – 12	– 14,7
1982	1,0 ²⁾	25 – 29	1,9 ²⁾	13 – 17	– 12,1
1987	–	30 – 34	1,8 ²⁾	18 – 22	– 9,4
		35 – 39	6,1	23 – 27	– 5,4
		40 – 44	8,8	28 – 32	–
		45 – 49	13,4	33 – 37	4,4
		50 – 54	14,8	38 – 42	7,5
		55 – 59	16,3	43 – 47	10,2
		60 – 64	10,3	48 – 52	15,7
		65 und älter	–	53 – 57	23,9
Konstante:	12,2			58 – 62	25,4
				63 – 67	29,1
				68 – 72	30,7

1) Die Berechnungen wurden mit dem SPSS-Programm REGRESSION durchgeführt. – 2) Nicht signifikant ($\alpha = 0,05$).

dings nicht unproblematisch, da Zeit, Lebensalter und Kohortenzugehörigkeit in einem direkten Zusammenhang stehen. Kennt man den Geburtsjahrgang und die Periode, so ist das zugehörige Alter determiniert. Es ist somit auch nicht möglich, sämtliche Modellparameter zu schätzen. Diese Schwierigkeit schlägt sich formal in einem Inversionsproblem nieder: Das Gleichungssystem, aus dem die Schätzwerte der Regressionskoeffizienten abzuleiten sind, ist unterbestimmt. Ein Ausweg besteht darin, einen Teil der Koeffizienten von vornherein, möglichst aufgrund von externer Information, gleich Null zu setzen.

... und Interpretationsversuch

Eingedenk der mit dieser Analyse methode verbundenen Gefahr von Fehlinterpretationen lassen sich die Ergebnisse der Berechnungen wie folgt darstellen: Ein Bestimmtheitsmaß von 0,96 belegt die Güte der Anpassung des Regressionsmodells. 96 % der Variation des Erwerbskombinationsanteils kann auf den systematischen Teil, also Perioden-, Lebenszyklus- und Kohorteneffekte zurückgeführt werden. Das schließt allerdings nicht aus, daß ein anderes Modell, etwa unter Berücksichtigung von Interaktionseffekten oder Nichtlinearitäten, eine ebenso gute Anpassung erzielen könnte. Die geschätzten Koeffizienten sind bis auf drei bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 % signifikant von Null verschieden. Sie können direkt als Beitrag der entsprechenden Variablen zum prozentualen Anteil der Erwerbskombinationen eines bestimmten Jahres und einer bestimmten Altersgruppe interpretiert werden. So lautet der Schätzwert für 1977 in der Altersgruppe 40 bis 44 Jahre $12,2 + 4,4 + 8,8 + 4,4 = 29,8$ %. Der tatsächlich beobachtete Anteil beträgt 29,6 %.

Beim Betrachten der Einzeleffekte fällt auf, daß die Kohortenzugehörigkeit in starkem Maße für Unterschiede im Anteil der Erwerbskombinationen verantwortlich ist. Je weiter der Geburtsjahrgang zurückliegt, umso (relativ) seltener ist eine Beschäftigung auf dem

Betrieb bei gleichzeitiger außerbetrieblicher Erwerbstätigkeit vorzufinden. Jüngere Jahrgänge – und insbesondere die ab 1950 – neigen dagegen verstärkt zu Erwerbskombinationen. Dies deckt sich mit der Feststellung der ständig zunehmenden Bedeutung des landwirtschaftlichen Nebenerwerbs. Diese Tendenz ließe sich dadurch erklären, daß einerseits die Notwendigkeit zur Einkommenssteigerung durch Aufnahme einer außerlandwirtschaftlichen Beschäftigung größer geworden ist und andererseits durch Freisetzung von betrieblicher Arbeitszeit (technische Fortschritte) sowie Verbesserung im Bildungsbereich eine Flexibilisierung der Erwerbstätigkeit stattgefunden hat.

Demgegenüber weichen die Einflüsse, die vom Lebensalter der Beschäftigten ausgehen, nicht so stark voneinander ab. Der gegenüber den darauffolgenden Altersgruppen vergleichsweise hohe Wert der 20- bis 24jährigen kann als außerlandwirtschaftliche Lehrtätigkeit bei gleichzeitiger Mithilfe auf dem elterlichen Betrieb gedeutet werden. Ab dem 35sten Lebensjahr steigt der Anteil der Erwerbskombinationen, um bei Erreichen der Rentenaltersgrenze wieder abzunehmen. Es ist durchaus vorstellbar, daß der einmal gefaßte Entschluß zur Aufnahme einer außerlandwirtschaftlichen Berufstätigkeit beibehalten wird, so daß sich die Prozentanteile mit zunehmendem Alter kumulieren.

Für die den Erhebungsjahren inhärenten Faktoren (Periodeneffekte) weist das Modell eine sinkende Tendenz aus. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, daß sich, bedingt durch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, im Lauf des letzten Jahrzehnts die außerlandwirtschaftlichen Beschäftigungsmöglichkeiten verschlechtert haben, daß die Opportunitätskosten einer landwirtschaftlichen Tätigkeit also gesunken sind. So wird gerade in strukturschwachen Räumen zu beobachten sein, daß trotz niedriger landwirtschaftlicher Arbeitseinkommen Familienarbeitskräfte ganz auf dem Betrieb eingesetzt werden, weil es an alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten fehlt.

Dr. Martin Odening

Investitionen im verarbeitenden Gewerbe 1986

Der Rückgang der Energie- und Rohstoffpreise sowie niedrige Kapitalmarktzinsen schafften im Jahre 1986 ein Klima, das bundesweit das Wachstum der Investitionen im verarbeitenden Gewerbe begünstigte. In Rheinland-Pfalz nahmen die Investitionen besonders kräftig zu.

Investitionswachstum über dem Bundesdurchschnitt

Die Betriebe des verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten investierten 1986 in Rheinland-Pfalz insgesamt 3,9 Mrd. DM in Anlagegüter. Das sind rund 722 Mill. DM oder 23 % mehr als 1985 (Vorjahr + 2,7 %). Im Bundesgebiet hat sich die Investitionstätigkeit gleichzeitig um 18 % auf 54 Mrd. DM erhöht.

Höchste Zuwachsraten im Verbrauchs- und Investitionsgütersektor

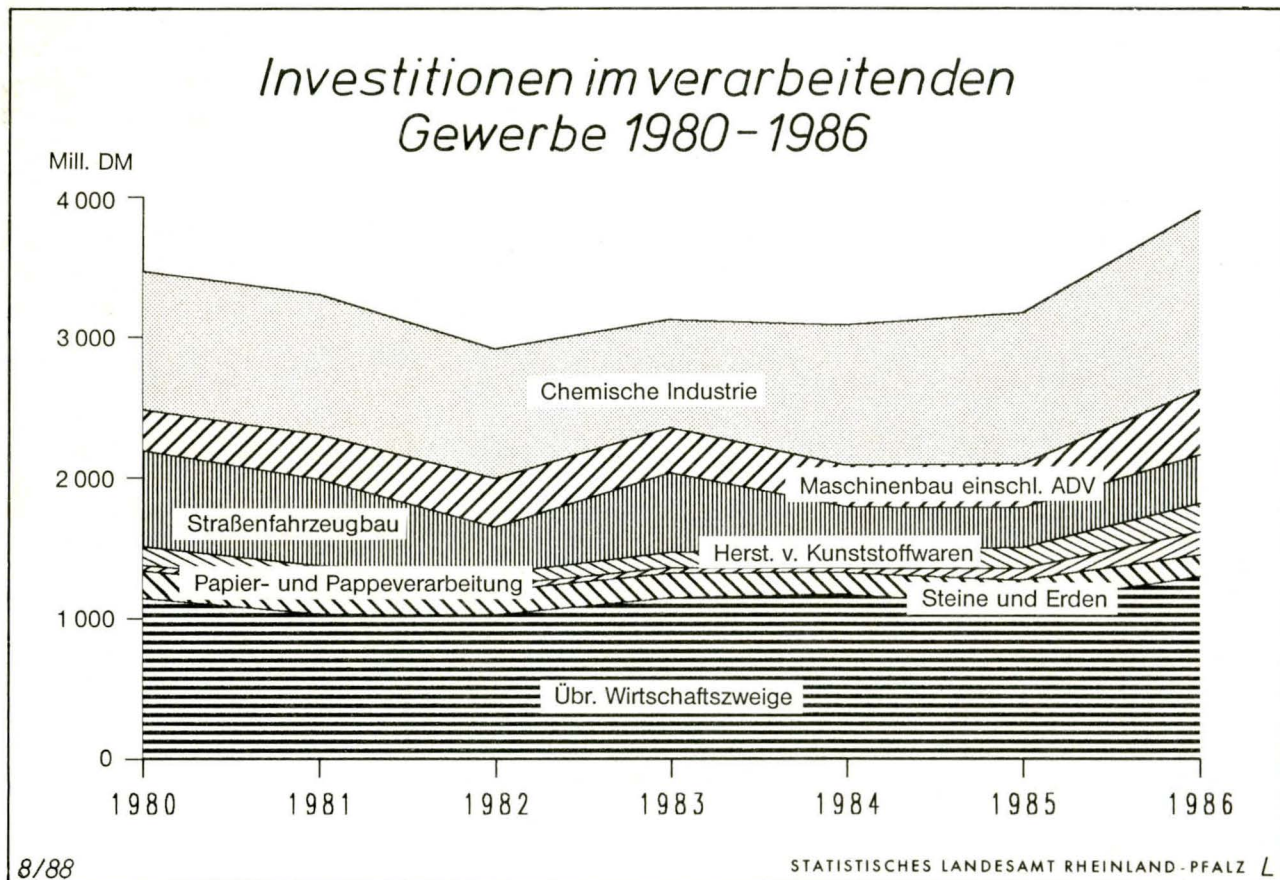
Die günstige Entwicklung in Rheinland-Pfalz wurde von allen Wirtschaftsgruppen getragen, wobei die Verbrauchsgüter- (+ 36 %) und Investitionsgütersektoren (+ 29 %) die höchsten Zuwachsraten aufwiesen. Aber auch im Nahrungs- und Genußmittel- (+ 23 %) sowie im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (+ 14 %) war ein hohes Investitionswachstum zu verzeichnen.

Im Verbrauchsgüterbereich trugen in erster Linie die feinkeramische Industrie (+ 363 %), deren Investitions-

tätigkeit im Vorjahr noch stark geschrumpft war, die Papier- und Pappeverarbeitung (+ 104 %) und die Kunststoffwarenindustrie (+ 34 %) zu dem günstigen Ergebnis bei. Einen deutlichen Rückgang erlebte dagegen die von der Baukonjunktur abhängige Glasindustrie (- 15 %). In der Schuhindustrie (- 1,6 %) setzte sich die Abnahme des Vorjahres in abgeschwächter Form fort.

Den größten Einfluß auf das Wachstum im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe übte mit + 49 % der Maschinenbau einschließlich ADV aus. In diesem Wirtschaftszweig erfolgte nach Rückgängen in den Jahren 1983 und 1984 im Jahre 1985 mit + 7,6 % erstmals wieder eine Ausweitung der Investitionstätigkeit. Aber auch im Straßenfahrzeugbau scheint die seit Anfang der 80 er Jahre registrierte Phase abnehmender Investitionen zu Ende zu sein. Mit + 23 % leistete diese Branche diesmal einen wesentlichen Betrag zum gesamten Verlauf. Dagegen stagnierten die Ausgaben für Anlagegüter bei der EBM-Warenindustrie (+ 0,8 %).

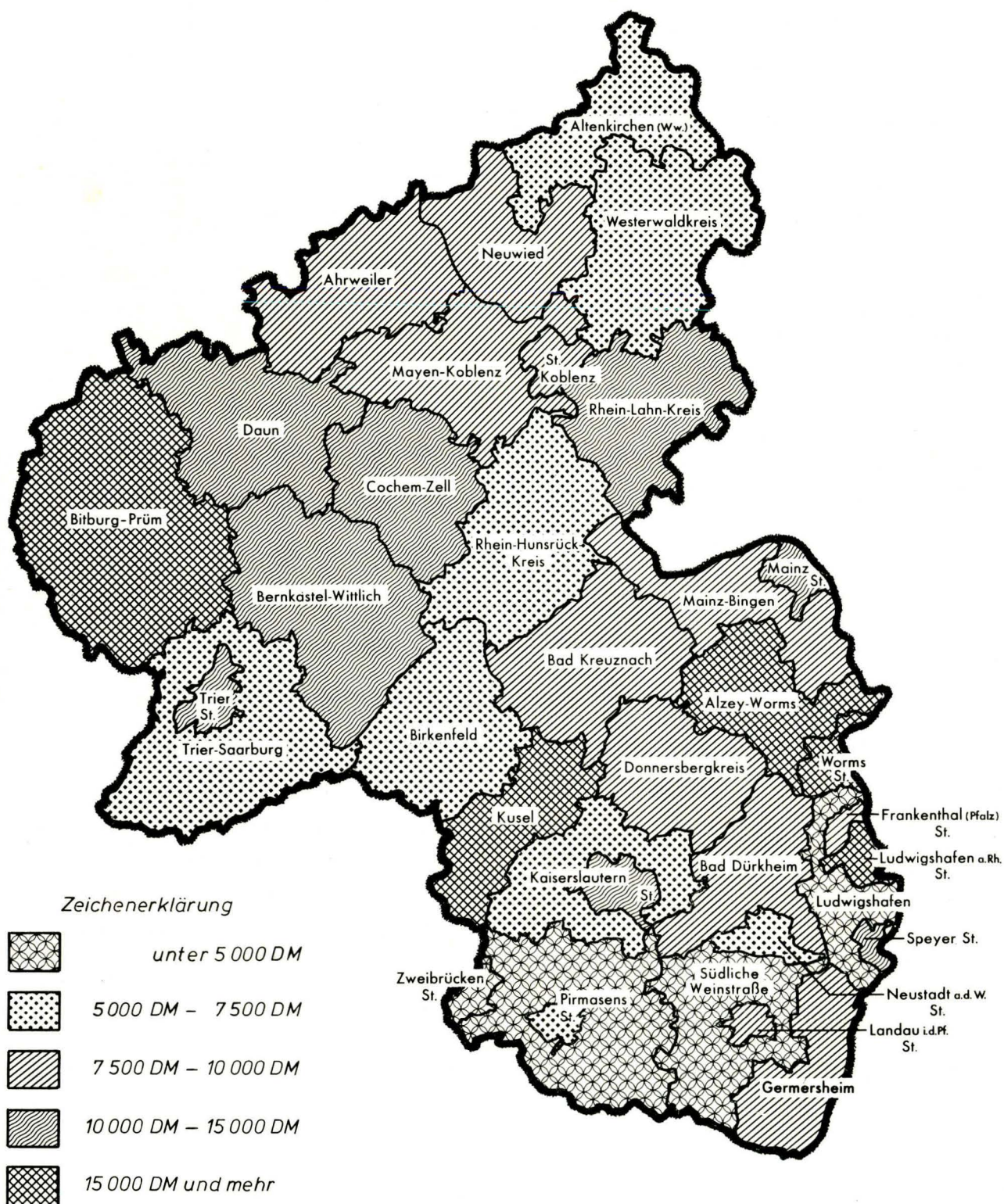
Im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich wurde das Investitionswachstum sowohl durch die von der Bauindustrie abhängige Steine- und Erden-Industrie (- 12 %) als auch von den der Stahlindustrie zuzurechnenden Zweigen eisenschaffende Industrie, NE-Metallerzeugung (- 10 %) sowie Ziehereien, Kaltwalzwerke und Mechanik (- 38 %) erheblich gebremst. Ohne die genannten Wirtschaftszweige hätten sich die Investitionen im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich um rund 20 % erhöht. Den weitaus größten Einfluß auf die



Anlageinvestitionen des verarbeitenden Gewerbes 1986
(Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten)

Wirtschaftszweig	Ins- gesamt	Ver- änderung zu 1985	Je Beschäf- tigten	Anteil am Umsatz	Grund- stücke und Gebäude	Maschinen und maschinelle Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	
						zusammen	Anteil
	1 000 DM	%	DM	%	1 000 DM		%
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1 678 365	14,1	14 666	5,1	228 494	1 449 871	86,4
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	151 778	- 12,2	10 849	5,7	21 795	129 983	85,6
Gewinnung von Natursteinen	24 058	4,0	21 951	10,5	1 138	22 920	95,3
Gewinnung von Sand und Kies	6 143	- 31,4	13 836	7,5	1 666	4 477	72,9
Gewinnung von Schiefer, Ton, Kaolin	7 583	- 7,8	14 174	9,2	2 158	5 425	71,5
Herstellung von Zement	12 985	34,6	16 333	4,9	6 236	6 749	52,0
Ziegeleien	16 421	- 68,2	8 348	6,3	2 691	13 730	83,6
Herstellung von feuerfester Grobkeramik	18 418	- 26,4	6 872	3,6	2 267	16 151	87,7
Herstellung von Baustoffen aus Bims	4 549	24,9	7 337	4,2	884	3 665	80,6
Verarbeitung von Asbest	11 856	16,2	7 509	3,6	635	11 221	94,6
Herstellung von Transportbeton	6 175	6,6	16 555	3,4	319	5 856	94,8
Eisenschaffende Industrie; NE-Metallerzeugung	60 415	- 10,4	8 977	2,1	14 713	45 702	75,6
Ziehereien, Kaltwalzwerke; Mechanik	10 878	- 37,5	5 076	2,0	1 883	8 995	82,7
Chemische Industrie	1 268 056	18,0	17 180	5,4	176 407	1 091 649	86,1
Holzbearbeitung	18 591	- 0,8	6 758	3,0	2 584	16 007	86,1
Säge- und Hobelwerke	9 205	- 13,2	6 979	3,3	2 338	6 867	74,6
Herstellung von Halbwaren aus Holz	9 386	15,4	6 554	2,7	246	9 140	97,4
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	44 429	56,7	15 443	5,9	3 376	41 053	92,4
Gummiverarbeitung	57 509	- 3,1	8 944	5,4	2 878	54 631	95,0
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1 091 765	29,0	7 281	4,2	220 334	871 431	79,8
Maschinenbau; Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	464 664	48,7	9 337	6,4	123 789	340 875	73,4
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahr- zeugen usw.	347 466	22,6	7 315	2,9	60 169	287 297	82,7
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	96 799	10,3	5 126	4,0	7 880	88 919	91,9
Stahlverformung	33 741	3,0	8 375	5,7	3 139	30 602	90,7
Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	86 130	0,8	5 076	3,1	11 295	74 835	86,9
Herstellung von Stahlblechwaren (ohne Möbel)	28 661	55,5	6 105	4,3	6 200	22 461	78,4
Herstellung von Feinstblechpackungen
Herstellung von Metallwaren (ohne Kurzwaren)	17 544	- 26,3	5 522	3,3	2 149	15 395	87,8
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	764 894	35,9	8 866	5,7	140 438	624 456	81,6
Feinkeramik	75 642	362,8	15 272	15,4	11 126	64 516	85,3
Herstellung von Steingut, Feinsteinzeug, Ton- und Töpferwaren	10 067	- 1,4	4 104	4,6	987	9 080	90,2
Herstellung und Verarbeitung von Glas	70 404	- 15,0	7 959	4,6	8 531	61 873	87,9
Holzverarbeitung	61 876	70,7	5 980	4,3	14 705	47 171	76,2
Herstellung von Holzmöbeln (ohne Polstermöbel)	23 329	106,7	5 012	3,4	9 235	14 094	60,4
Herstellung von Musikinstrumenten, Schmuck- waren usw.; Edelsteingewerbe	10 582	52,9	4 371	3,2	1 731	8 851	83,6
Bearbeitung von Edel- und Schmucksteinen, Perlen u. ä.	1 775	100,1	3 522	2,7	.	.	.
Papier- und Pappeerarbeitung	164 654	104,4	26 643	11,6	34 013	130 641	79,3
Herstellung von Tapeten, Spezialpapieren, Verpackungsmitteln	37 599	111,6	12 409	5,6	.	.	.
Druckereien, Vervielfältigung	66 883	- 8,0	9 054	5,7	4 530	62 353	93,2
Herstellung von Kunststoffwaren	197 701	34,1	13 003	6,5	37 220	160 481	81,2
Ledererzeugung	718	- 46,1	2 528	0,8	-	718	100,0
Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	4 431	117,1	1 772	1,7	931	3 500	79,0
Herstellung von Schuhen	34 900	- 1,6	2 264	1,9	10 872	24 028	68,8
Textilgewerbe	63 655	- 9,9	9 208	5,5	11 643	52 012	81,7
Bekleidungsgewerbe	13 448	32,6	2 311	2,1	5 132	8 316	61,8
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	358 920	23,0	17 897	4,3	29 750	329 170	91,7
Molkerei, Käserei; Herstellung von Milchpräparaten, Schmelzkäse	11 607	- 11,5	10 668	1,1	668	10 939	94,2
Brauereien und Mälzereien	104 744	33,9	29 242	11,1	8 203	96 541	92,2
Herstellung und Verarbeitung von Wein	7 035	- 10,5	5 752	0,9	835	6 200	88,1
Mineralbrunnen, Herstellung von Mineralwasser und Limonaden	100 241	35,1	32 556	11,5	7 297	92 944	92,7
Insgesamt	3 893 944	22,8	10 504	4,8	619 015	3 274 929	84,1

Investitionen je Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe 1986



Beschäftigte, Umsatz und Anlageinvestitionen des verarbeitenden Gewerbes in den Verwaltungsbezirken 1986
(Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten)

Verwaltungsbezirk	Betriebe	Be- schäftigte	Umsatz 1)	Anlageinvestitionen		
	Ende September			insgesamt		je Be- schäftigten
	Anzahl		Mill. DM		Veränderung zu 1985	DM
					%	
Kreisfreie Stadt Koblenz	49	9 298	2 524	84	23,8	9 020
Landkreise						
Ahrweiler	72	6 067	1 107	.	.	.
Altenkirchen (Ww.)	132	14 832	2 514	110	61,0	7 424
Bad Kreuznach	98	13 592	2 033	119	40,0	8 753
Birkenfeld	93	6 235	893	.	.	.
Cochem-Zell	29	2 461	443	.	.	.
Mayen-Koblenz	152	14 267	3 647	113	- 1,0	7 949
Neuwied	127	16 326	3 151	138	17,7	8 443
Rhein-Hunsrück-Kreis	67	7 843	1 457	49	- 14,9	6 231
Rhein-Lahn-Kreis	92	7 466	1 378	110	55,4	14 738
Westerwaldkreis	233	17 236	2 588	123	- 7,9	7 156
RB Koblenz	1 144	115 623	21 736	961	17,9	8 314
Kreisfreie Stadt Trier	92	9 688	2 742	97	- 4,3	10 040
Landkreise						
Bernkastel-Wittlich	81	8 087	1 945	99	46,9	12 243
Bitburg-Prüm	52	4 942	984	84	49,2	17 002
Daun	56	4 126	706	51	48,5	12 318
Trier-Saarburg	40	5 944	794	38	44,1	6 360
RB Trier	321	32 787	7 171	369	29,1	11 252
Kreisfreie Städte						
Frankenthal (Pfalz)	30	9 770	1 479	78	.	8 019
Kaiserslautern	65	17 257	1 414	211	36,3	12 201
Landau i. d. Pfalz	35	2 840	464	24	9,2	8 286
Ludwigshafen a. Rhein	65	63 319	19 801	1 029	17,8	16 258
Mainz	90	24 280	4 861	316	21,8	13 012
Neustadt a. d. Weinstr.	29	2 219	372	12	.	5 315
Pirmasens	77	10 213	1 546	65	6,4	6 342
Speyer	40	6 092	933	65	27,8	10 674
Worms	55	9 862	2 539	165	26,5	16 701
Zweibrücken	19	5 260	930	23	115,4	4 306
Landkreise						
Alzey-Worms	36	1 834	378	30	- 23,4	16 124
Bad Dürkheim	68	6 813	1 622	59	4,7	8 598
Donnersbergkreis	44	7 044	1 356	66	0,8	9 438
Germersheim	53	16 973	7 811	156	78,1	9 163
Kaiserslautern	45	4 806	542	25	- 4,7	5 182
Kusel	33	3 461	488	53	185,7	15 350
Südliche Weinstraße	47	5 395	869	26	22,0	4 824
Ludwigshafen	42	3 107	526	12	.	3 702
Mainz-Bingen	60	11 831	2 793	111	17,4	9 387
Pirmasens	106	9 919	1 331	40	37,0	4 051
RB Rheinhessen-Pfalz	1 039	222 295	52 053	2 564	23,8	11 533
Kammerbezirke						
Rheinhessen	241	47 807	10 571	621	18,8	12 996
Pfalz	798	174 488	41 483	1 942	25,5	11 132
Rheinland-Pfalz	2 504	370 705	80 960	3 894	22,8	10 504

1) Ohne Umsatzsteuer; Abweichungen der Summen sind auf Runden der Zahlen zurückzuführen.

trotzdem noch günstige Entwicklung übt mit + 18 % die chemische Industrie aus, auf die 1986 drei Viertel aller im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich getätigten Investitionen entfielen. Im Jahre 1980 hatte deren Anteil noch knapp 70 % betragen. Ohne die chemische Industrie hätte sich das Wachstum in diesem Bereich nur auf + 3,3 % belaufen.

Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe bestimmten die Brauereien (+ 34 %) und die Mineralwasser- und Limonadenindustrie (+ 35 %) den Anstieg der Investitionen. Molkereien (- 12 %) und Sektindustrie (- 11 %) gaben weniger aus.

Durch die unterschiedliche Entwicklung haben sich in der Reihenfolge der investitionsstärksten Branchen einige Änderungen ergeben. Das höchste Investitionsvolumen wiesen nach wie vor die chemische Industrie (33 %), der Maschinenbau einschließlich ADV (12 %) und der Straßenfahrzeugbau einschließlich Reparatur (8,9 %) auf. Infolge des deutlichen Rückgangs fiel der Steine- und Erden-Sektor vom vierten auf den sechsten Platz zurück, während die Kunststoffwaren-Industrie von der fünften auf die vierte Stelle vorrückte.

Höchste Investitionsintensität im Landkreis Bitburg-Prüm

Mit 2,56 Mrd. DM entfielen 1986 wieder zwei Drittel der Investitionen der rheinland-pfälzischen Betriebe des verarbeitenden Gewerbes auf den Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz, auf die Regierungsbezirke Koblenz und Trier 25 bzw. 10 % der Gesamtsumme.

Mit dem Anstieg der Investitionsausgaben erhöhte sich in Rheinland-Pfalz auch die Investitionsintensität (Investitionen je Beschäftigten), und zwar um fast 22 % auf rund 10 500 DM. Die höchste Quote verzeichnete mit 11 533 DM Rheinhessen-Pfalz, gefolgt von den Regierungsbezirken Trier (11 252 DM) und Koblenz (8 314 DM). Dabei wies der Regierungsbezirk Trier mit + 25 % die höchste Zuwachsrate auf, vor den Bezirken Rheinhessen-Pfalz (+ 23 %) und Koblenz (+ 16 %).

Zu der hohen Investitionssumme je Beschäftigten im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz trugen in erster Linie die Städte Worms (16 701 DM) und Ludwigshafen (16 258 DM) sowie die Landkreise Alzey-Worms (16 124 DM) und Kusel (15 350 DM) bei, wogegen die Stadt Zweibrücken (4 306 DM) sowie die Landkreise Pirmasens (4 051 DM) und Ludwigshafen (3 702 DM) die niedrigsten Investitionsintensität aller kreisfreien Städte und Landkreise des Landes aufwiesen. Im Regierungsbezirk Trier verzeichnete der Landkreis Bitburg-Prüm mit 17 000 DM die höchsten Investitionen je Beschäftigten in Rheinland-Pfalz. Gleichzeitig erhöhte sich die Investitionsintensität der dort ansässigen Betriebe mit + 43 % am stärksten. Während auch für die übrigen Landkreise des Regierungsbezirks Zuwachsraten registriert wurden, die weit über dem Landesdurchschnitt liegen, ging die Relation in der Stadt Trier um 5,3 % zurück. Das unterdurchschnittliche Wachstum im Regierungsbezirk Koblenz geht in erster Linie auf die Entwicklung im Rhein-Hunsrück-Kreis (- 18,2 %) und im Westerwaldkreis (- 10,2 %) zurück, während die pro Beschäftigten getätigten Investitionen im Rhein-Lahn-

Anlageinvestitionen des verarbeitenden Gewerbes 1982 - 1986 (Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten)

Wirtschaftszweig	1982	1983	1984	1985	1986
Mill. DM					
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe ¹⁾	1 360	1 215	1 448	1 471	1 678
Steine und Erden	166	177	160	173	152
Chemische Industrie	921	769	1 001	1 074	1 268
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	871	1 122	827	846	1 092
Maschinenbau einschl. ADV-Geräte und -Einrichtungen	348	323	290	312	465
Straßenfahrzeugbau	330	563	308	283	347
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	400	458	488	563	765
Herst. von Kunststoffwaren	85	108	128	147	198
Herst. von Schuhen	27	31	36	35	35
Nahrungs- u. Genußmittelgewerbe	288	332	325	292	359
Brauereien und Mälzereien	87	82	80	78	105
Insgesamt¹⁾	2 919	3 127	3 088	3 172	3 894
1980 = 100					
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe ¹⁾	95,9	85,7	102,1	103,7	118,4
Steine und Erden	84,3	90,0	81,2	87,8	77,1
Chemische Industrie ²⁾	93,6	78,2	101,7	109,1	126,3
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	71,5	92,0	67,9	69,4	89,6
Maschinenbau einschl. ADV-Geräte und -Einrichtungen	118,8	110,5	99,2	106,5	158,7
Straßenfahrzeugbau	48,4	82,6	45,2	41,5	51,0
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	73,8	84,5	90,0	103,9	141,1
Herst. von Kunststoffwaren	64,4	81,9	97,6	111,4	150,3
Herst. von Schuhen	64,3	73,8	86,4	83,3	82,9
Nahrungs- u. Genußmittelgewerbe	97,3	112,0	109,8	98,6	121,1
Brauereien und Mälzereien	86,1	81,2	78,7	77,2	103,2
Insgesamt¹⁾	84,0	90,0	88,9	91,3	112,1

1) Einschl. Bergbau.

Kreis um 52,4 % auf 14 738 DM und damit auf den höchsten Wert des Regierungsbezirks angestiegen waren.

Investitionsquote in Rheinhessen-Pfalz am stärksten gestiegen

Eine andere Reihenfolge ergibt sich, wenn man die Entwicklung der Investitionsquote, die den Anteil der Investitionen am Umsatz mißt, zugrunde legt. Diese Ziffer hat sich 1986 im Landesdurchschnitt nach einem Rückgang im vorausgegangenen Jahr wieder um 0,9 Prozentpunkte auf 4,8 % erhöht. Daran war der Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz mit + 1,1 Punkten überdurchschnittlich beteiligt, während Trier (+ 0,9 Punkte) und Koblenz (+ 0,5 Punkte) dahinter zurückblieben. Die höchste Investitionsquote wiesen die Betriebe im Durchschnitt mit 5,1 % im Regierungsbezirk Trier auf, gefolgt von Rheinhessen-Pfalz (4,9 %) und Koblenz (4,4 %). Unter den kreisfreien Städten und Landkreisen stand die Stadt Kaiserslautern (14,9 %) an der Spitze vor den Landkreisen Kusel (10,9 %), Bitburg-Prüm (8,5 %) und dem Rhein-Lahn-Kreis (8 %).

Diplom-Volkswirt Hans-Henning Meincke

Strafvollzug 1986/1987

Seit 1961 wird in den Ländern eine bundeseinheitliche Strafvollzugsstatistik durchgeführt. Unter Strafvollzug versteht man den Teil der Strafvollstreckung, der sich mit dem Vollzug der in einer strafgerichtlichen Entscheidung verhängten Freiheitsstrafen und freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung befaßt. Die Strafvollzugsstatistik besteht aus zwei unterschiedlichen Erhebungen. Zum einen wird die Zahl der Justizvollzugsanstalten mit deren Belegungsfähigkeit und der tatsächlichen Belegung mit Gefangenen jeweils zum Beginn und Ende des Kalenderjahres sowie die Gefangenbewegung im Verlaufe des Jahres durch Zu- und Abgänge ermittelt. Zum anderen werden die am 31. März eines Jahres einsitzenden Strafgefangenen nach persönlichen und kriminologischen Merkmalen erfaßt.

Fast 3 400 Plätze im Strafvollzug

Ende 1986 standen in den zehn Justizvollzugsanstalten in Rheinland-Pfalz 3 386 Plätze für den Strafvollzug zur Verfügung. Von ihnen waren 72 % für eine Einzelunterbringung und 28 % für eine gemeinsame Unterbringung vorgesehen. Jeder siebte Platz war für den offenen Vollzug eingerichtet. Im offenen Strafvollzug wird versucht, durch gelockerte Aufsicht oder Beschäftigung außerhalb der Anstalt den Einsitzenden die spätere Resozialisierung zu erleichtern. Im Laufe der Jahre kommt dieser Vollzugsart eine immer größere Bedeutung zu, so daß sich seit der erstmaligen gesonderten Nachweisung für den offenen Vollzug im Jahre 1977 die Belegungskapazität von 130 auf 415 Plätze mehr als verdreifacht hat.

Die Haftplätze waren am Jahresende 1986 mit 2 631 einsitzenden Personen belegt. Die vergleichsweise niedrige Belegungsquote in Höhe von 78 % ist darauf zurückzuführen, daß die Zahl der wegen Urlaubs oder

Strafgefangene und Sicherungsverwahrte nach Art und voraussichtlicher Dauer des Vollzugs am 31. März 1987

Voraussichtliche Vollzugsdauer	Ins-gesamt	Strafgefangene mit		Sicherungsverwahrte
		Freiheitsstrafe	Jugendstrafe	
unter 6 Monate	346	331	15	–
6 Monate bis einschl. 1 Jahr	545	475	70	–
mehr als 1 Jahr bis einschl. 2 Jahre	553	460	93	–
mehr als 2 Jahre bis einschl. 5 Jahre	596	498	98	–
mehr als 5 Jahre bis einschl. 10 Jahre	247	220	27	–
mehr als 10 Jahre bis einschl. 15 Jahre	52	52	–	–
lebenslang	84	84	–	–
unbestimmte Dauer	25	–	10	15
Insgesamt	2 448	2 120	313	15

Freigangs vorübergehend Abwesenden zum Jahreswechsel besonders hoch ist. Einen genaueren Überblick über die Belegungssituation vermittelt die Durchschnittsbelegung, die 1986 3 188 Personen betrug. Damit waren die Justizvollzugsanstalten im Jahresdurchschnitt zu 94 % belegt.

Von den am 31. Dezember 1986 registrierten Gefangenen verbüßten rund 64 % eine Freiheitsstrafe und 10 % eine Jugendstrafe. Jeder vierte Einsitzende war ein Untersuchungshäftling. Bei 54 Gefangenen war Sicherungsverwahrung oder eine sonstige Freiheitsentziehung (Strafarrest oder Abschiebungshaft) angeordnet.

Der Anteil der Frauen ist mit knapp 3 % sehr gering. Das ist darauf zurückzuführen, daß mit dem Bundesland Hessen eine Vollzugsgemeinschaft besteht, derzufolge die meisten in Rheinland-Pfalz verurteilten Frauen bisher in die Justizvollzugsanstalt Frankfurt eingewiesen wurden. Dies dürfte sich allerdings nach Inbetriebnahme der Frauenvollzugsanstalt Zweibrücken 1988 ändern.

2 448 Strafgefangene und Sicherungsverwahrte

In der Stichtagserhebung zum 31. März eines Jahres werden nur die Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten erfaßt. Im Gegensatz zu der eingangs dargestellten Erhebung werden Untersuchungsgefangene und Personen, gegen die eine sonstige Freiheitsentziehung verhängt wurde, nicht einbezogen.

Bei der Art des Strafvollzugs wird unterschieden nach Freiheitsstrafe, Jugendstrafe und Sicherungsverwahrung. Die Freiheitsstrafe ist nach dem ersten Strafrechtsreformgesetz von 1969 die einzige legale Strafe an der Freiheit. In ihr sind die früheren Strafarten Zuchthaus, Gefängnis, Einschließung und Haft zusammengefaßt worden. Bei der Jugendstrafe nach dem Jugendgerichtsgesetz handelt es sich um einen Freiheitsentzug, der in der Regel in einer Jugendstrafanstalt vollzogen wird. Jugendstrafe wird dann verhängt, wenn dies bei besonders krimineller Neigungen des Jugendlichen oder wegen der Schwere der Schuld erforderlich ist. Sicherungsverwahrung stellt eine Maßregel der Besserung und Sicherung dar. Sie wird vorrangig bei der Verurteilung von Wiederholungstätern zu höheren Strafen ausgesprochen (§ 66 StGB).

Von den Ende März 1987 in den rheinland-pfälzischen Justizvollzugsanstalten einsitzenden 2 448 Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten waren 2 120 (87 %) zu einer Freiheitsstrafe verurteilt. Darunter befanden sich 128 Personen, bei denen zwar eine Jugendstrafe vollzogen wurde, die aber bereits das 18. Lebensjahr vollendet hatten und sich für den Jugendstrafvollzug nicht eigneten und deshalb gem § 92 JGG aus dem Jugendstrafvollzug ausgenommen wurden. 313 (13 %) verbüßten eine Jugendstrafe und 15 Personen befanden sich in Sicherungsverwahrung.

Häufigste Vollzugsdauer liegt zwischen zwei und fünf Jahren

Eine Gliederung der Gefangenen mit einer Freiheitsstrafe nach der voraussichtlichen Vollzugsdauer zeigt, daß der Schwerpunkt in der Gruppe der zwischen zwei und fünf Jahre in den Justizvollzugsanstalten einsitzenden Personen liegt (24 %). Fast ebenso groß ist der Anteil der Gefangenen mit einer voraussichtlichen Vollzugsdauer von sechs Monaten bis einschließlich einem Jahr und der von mehr als einem Jahr bis einschließlich zwei Jahren mit jeweils 22 %. Jeder zehnte Strafgefangene erwartet eine Vollzugsdauer von mehr als fünf bis einschließlich zehn Jahren. Bei 84 Einsitzenden lautete das Urteil auf lebenslänglich.

Im Jugendstrafvollzug lag der Schwerpunkt im Jahre 1987 ebenfalls bei einer voraussichtlichen Vollzugsdauer von mehr als zwei bis einschließlich fünf Jahren (31 %), knapp 30 % der jugendlichen Strafgefangenen hatten eine Strafe zwischen einem Jahr und zwei Jahren zu erwarten. Das Höchstmaß der Jugendstrafe beträgt fünf Jahre. Wenn es sich bei der zu ahndenden Straftat jedoch um ein Verbrechen handelt, das nach allgemeinem Strafrecht mit einer Höchststrafe von mehr als zehn Jahren bedroht ist, beträgt das Höchstmaß der Jugendstrafe zehn Jahre. 1987 verbüßten 27 Strafgefangene (9 %) eine Jugendstrafe, deren Dauer über dem Höchstmaß von fünf Jahren lag. Gegen zehn Gefangene wurde eine Strafe von unbestimmter Dauer vollzogen. Dieses Strafmaß stellt eine Besonderheit des Jugendstrafrechts dar. Der Jugendrichter verhängt eine Strafe von unbestimmter Dauer dann, wenn wegen der kriminellen Neigungen des Jugendlichen eine Jugendstrafe von höchstens vier Jahren geboten scheint, es aber nicht vorauszusehen ist, welche Zeit erforderlich sein wird, um den Jugendlichen durch den Strafvollzug zu einem rechtschaffenden Lebenswandel zu verhelfen.

Mehr als 50 % sind jünger als 30 Jahre

Eine Aufschlüsselung der Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten nach dem Alter zeigt, daß die

Strafgefangene und Sicherungsverwahrte nach Alter und Art des Vollzugs am 31. März 1987

Altersgruppe	Ins-gesamt	Strafgefangene mit		Siche-rungs-verwahrte
		Freiheits-strafe	Jugend-strafe	
14 – 18 Jahre	37	–	37	–
18 – 21 "	171	21	150	–
21 – 25 "	437	313	124	–
25 – 30 "	583	581	2	–
30 – 35 "	414	414	–	–
35 – 40 "	278	277	–	1
40 – 50 "	350	344	–	6
50 – 60 "	146	140	–	6
60 – 70 "	29	27	–	2
70 und älter	3	3	–	–
Insgesamt	2 448	2 120	313	15

Gruppe der 25- bis 30jährigen mit 583 Gefangenen relativ am stärksten vertreten ist, gefolgt von der Gruppe der 21- bis unter 25jährigen (437) und der 30- bis 35jährigen (414). Somit haben mehr als 50 % der Einsitzenden das 30. Lebensjahr noch nicht vollendet. 32 Gefangene waren über 60 Jahre alt.

160 (6,5 %) der am 31. März 1987 einsitzenden Personen waren Ausländer oder Staatenlose. Von den Inhaftierten waren 57 % ledig, knapp ein Viertel verheiratet und fast jeder fünfte geschieden.

80 % der Einsitzenden sind vorbestraft

Vier Fünftel der Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten waren bereits vorbestraft. Jeder zweite Vorbestrafte hatte mindestens vier und etwa jeder achte sogar mindestens elf Vorstrafen.

Bei den Personen, die eine Freiheitsstrafe verbüßen, betrug der Anteil der Vorbestraften 83,5 %. Die häufigsten Vorstrafen waren Freiheits- und Jugendstrafen.

Strafgefangene und Sicherungsverwahrte nach dem Alter und der strafbaren Handlung am 31. März 1987

Strafbare Handlung	Ins-gesamt	Strafgefangene im Alter von ... Jahren				Siche-rungs-verwahrte
		14 – 18	18 – 21	21 – 25	25 u. älter	
I. Straftaten ohne Straftaten im Straßenverkehr	2 266	36	163	406	1 646	15
Straftaten gegen den Staat, die öffentliche Ordnung und im Amt (§§ 80 – 168 [außer § 142], 331, 358 StGB)	37	–	1	6	30	–
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (§§ 174 – 184 c StGB)	161	2	9	22	125	3
Straftaten gegen das Leben (§§ 211 – 222 StGB)	251	3	9	38	201	–
Andere Straftaten gegen die Person außer im Straßenverkehr (§§ 169 – 173, 185 – 200, 223 – 241 a StGB)	186	2	6	29	148	1
Diebstahl und Unterschlagung (§§ 242 – 248 StGB)	733	22	89	158	456	8
Raub und Erpressung (§§ 249 – 256 StGB)	328	3	32	74	217	2
Andere Vermögensdelikte (§§ 257 – 305 StGB)	314	2	8	24	279	1
Gemeingefährliche Straftaten (§§ 306 – 315 a, 316 a – 323 c StGB)	79	2	3	10	64	–
Straftaten nach anderen Bundes- und Landesgesetzen (ohne StVG)	177	–	6	45	126	–
II. Straftaten im Straßenverkehr	182	1	8	31	142	–
Straftaten u. d. StVG	45	1	2	5	37	–
Insgesamt	2 448	37	171	437	1 788	15

Strafgefangene und Sicherungsverwahrte nach der Häufigkeit der Vorstrafen und Wieder- einlieferungsabständen am 31. März 1987

Häufigkeit der Vorstrafen/ Wiedereinlieferungs- abstände	Ins- gesamt	Strafgefangene mit		Siche- rungs- verwahrte
		Freiheits- strafe	Jugend- strafe	
Nicht vorbestraft	479	350	129	–
Vorbestraft	1 969	1 770	184	15
1mal	434	330	104	–
2mal	307	254	53	–
3mal	239	219	19	1
4mal	195	189	5	1
5–10mal	550	542	3	5
11–20mal	212	205	–	7
21mal und öfter	32	31	–	1
Vorbestraft mit Freiheits- oder Jugendstrafe	1 588	1 412	161	15
Wiedereinlieferung	1 427	1 347	65	15
im 1. Jahr	444	403	35	6
im 2. Jahr	324	296	24	4
im 3.–5. Jahr	450	441	6	3
im 6. Jahr oder später nach Entlassung	209	207	–	2

1 412 oder zwei Drittel derjenigen, die eine Freiheitsstrafe verbüßten, waren bereits früher zu einer solchen Strafe verurteilt worden. Rund 700 oder jeder zweite Strafgefangene mit wiederholter Freiheitsstrafe wurde spätestens im zweiten Jahr nach der letzten Entlassung erneut in eine Justizvollzugsanstalt eingeliefert.

Von den im Jugendstrafvollzug einsitzenden 313 Personen waren 184 (59 %) vorbestraft, darunter 161 mit Jugendstrafe. Allerdings ist diese frühere Jugendstrafe nur etwa gegen jeden Dritten auch tatsächlich vollzogen worden. Der Anteil der Wiedereingelieferten, die bereits im ersten Jahr nach ihrer letzten Entlassung wiederum in eine Vollzugsanstalt eingewiesen wurden, beträgt 54 %. Weitere 37 % befanden sich mehr als ein, aber höchstens zwei Jahre in Freiheit. Daraus wird deutlich, daß bei den jugendlichen Straftätern, die bereits eine Strafe in einer Justizvollzugsanstalt verbüßten, die Rückfallquote besonders hoch ist.

Fast jeder dritte Strafgefangene sitzt wegen Dieb- stahls oder Unterschlagung ein

Mehr als 90 % der Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten befanden sich im Strafvollzug wegen einer Straftat der sogenannten klassischen Kriminalität, nur 7,4 % waren wegen eines Straßenverkehrsdeliktes verurteilt worden. Fast jeder dritte Strafgefangene (30 %) saß wegen Diebstahls oder Unterschlagung ein, 13,4 % wegen Raubes und Erpressung, weitere 12,8 % wegen eines anderen Vermögensdeliktes wie Betrug oder Urkundenfälschung, und jeder zehnte Einsitzende war wegen einer Straftat gegen das Leben (Mord oder Totschlag) zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe verurteilt worden.

Charlotte Schmidt

Benutzerorientierter Einsatz von Krankenhaus-Software

Dargestellt an dem Verfahren MARK

Unter dem Begriff Software versteht man alle immateriellen Teile einer elektronischen Rechenanlage. Software ist geeignet, um aus der im großen und ganzen unspezifischen Hardware, das sind die materiellen Teile eines Rechners, ein Instrument zur Lösung spezieller Aufgaben zu schaffen.

In den folgenden Ausführungen soll an dem Beispiel MARK (Materialwirtschaft im Krankenhaus) gezeigt werden, welchen Anforderungen ein Software-Produzent gerecht werden muß.

Das Verfahren MARK

MARK ist ein Teilverfahren aus dem bundeseinheitlichen Gesamtkonzept eines integrierten Rechnungswesens in Krankenhäusern, das in Kooperation zwischen Bund, Ländern und Kirchen entwickelt wurde und gepflegt wird. Mit dem Softwarepaket MARK wird das Lager, die Einkaufsverwaltung sowie die Krankenhausapotheke bzw. die Zentralapotheke unterstützt. Der Leistungsumfang des Verfahrens läßt sich wie folgt skizzieren: Verwaltung der Stammdaten, Dokumentation der Lagerbewegungen, Fortschreibung des mengen- und wertmäßigen Bestandes, Dokumentation durchlaufen-der Artikel, Verwaltung von Anforderungen an das Lager, Vorbereitung von Lagerausgabe und betriebswirtschaftliche und apothekenspezifische Auswertungen. Der

Funktionsteil Apotheke zielt vor allem auf die medizinisch-pharmazeutische Fragestellung. Mit ihm können Auswertungen über Medikamente nach ihren Lagerbestimmungen, ihren Laufzeiten, ihren medizinisch-pharmazeutischen Eigenschaften und anderem mehr erstellt werden. Im Apothekenteil wird die Zentraldatei, der sogenannte Obermengenkatalog, fortgeschrieben. Der Obermengenkatalog entspricht einer Sammlung von Fertigarzneimitteln, die in allen an das Verfahren MARK angeschlossenen Apotheken geführt werden. Der Aufbau entspricht dem Arzneimittelgesetz. Der Katalog kann nach unterschiedlichen Gesichtspunkten ausgewertet werden.

Die Krankenhausapotheke

Der Krankenhausapotheke obliegt die Sicherstellung der ordnungsgemäßen Arzneimittelversorgung im eigenen Krankenhaus. Insbesondere muß der Apotheker auf einwandfreie Beschaffenheit und ordnungsgemäße Lagerung der Arzneimittel achten. Zahlreiche Untersuchungen über die Anzahl verfallener oder falsch gelagerter Arzneimittel auf den Stationen zeigen, daß regelmäßige Überprüfungen notwendig sind. In jedem Krankenhaus ist der Arzt für die Anforderungen von Arzneimitteln verantwortlich. Zwischen den Ärzten und dem Apotheker werden bestimmte organisatorische Vorgaben über Arzneimittelabgabe, den Versorgungsrhyth-

mus, die Verbindlichkeit der Arzneimittelliste, die Handhabung der Sonderanforderungen und Arzneimittelvorräte auf den Stationen abgesprochen. Der Einsatz der EDV in der Krankenhausapothek e bringt eine Optimierung im Hinblick auf Kosten und Effizienz sowie einer erhöhten Arzneimittelsicherheit. Das Programmpaket MARK genügt diesen Ansprüchen.

Einführung des EDV-Verfahrens

Wird in einem Bereich ein EDV-Verfahren eingeführt, so treffen in der Regel zwei Organisationsformen aufeinander. Zum einen beansprucht ein EDV-Verfahren eine bestimmte organisatorische Umgebung, zum anderen besteht eine Organisation, die sich oft in langen Jahren bewährt hat. Als MARK in der Krankenhausapothek e eines großen rheinland-pfälzischen Krankenhauses eingeführt wurde, stellte sich die Frage, wie sich das Verfahren MARK in die bestehende sogenannte ABDA-Organisation der Apothek e integrieren läßt.

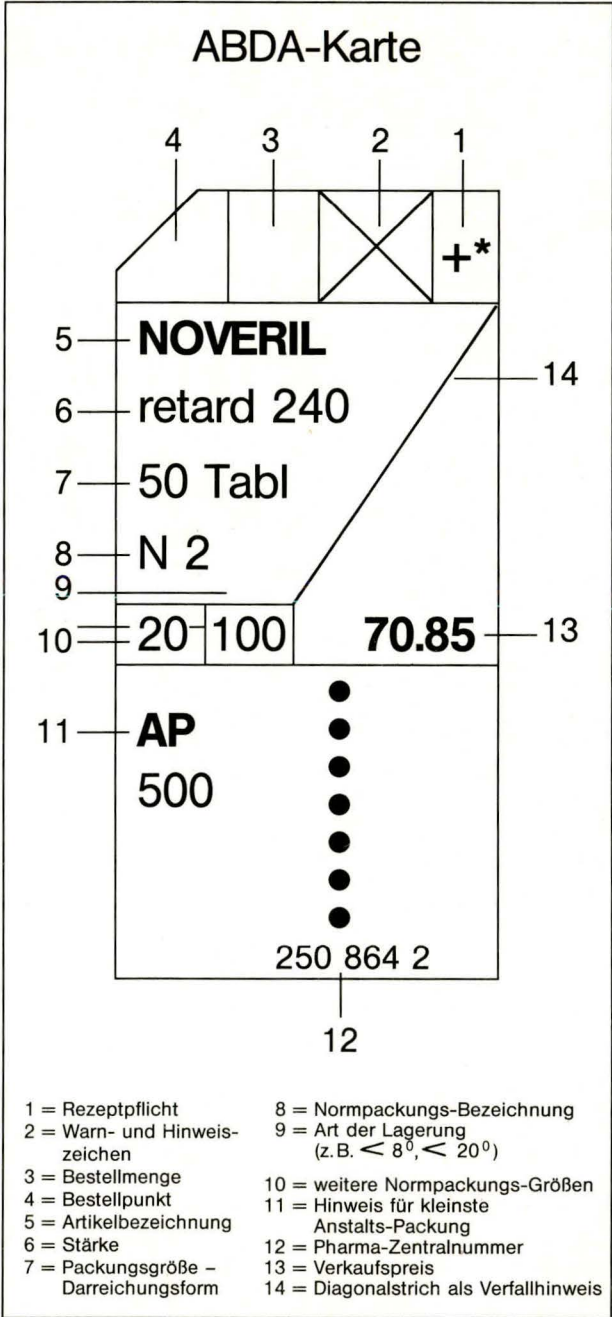
ABDA-Organisation

Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Apotheker (ABDA) schlägt ein einheitliches Verfahren vor, um Apotheker in ihrer Arbeit zu unterstützen. Eine Beschreibung des patentrechtlich geschützten Systems nach Fahrenberger ist in der Zeitschrift Management & Krankenhaus 24/86 beschrieben. Zum Verständnis der weiteren Ausführungen soll an dieser Stelle eine kurze Zusammenfassung der ABDA-Kartenorganisation gegeben werden.

Bei der ABDA-Karte handelt es sich um eine kleine Kunststoffkarte, die durch Aufdruck in 14 Felder unterteilt ist. In diesen Feldern werden teils durch Klarschrift, teils durch Symbole oder durch einen Lochcode Informationen gespeichert. Beispielsweise steht im Feld 1, ob das Medikament rezeptpflichtig ist, im Feld 2 stehen Warn- und Hinweiszeichen, die durch insgesamt 18 Symbole dargestellt werden. Mit dem Lochcode wird die Pharmazentralnummer oder ABDA-Nummer verschlüsselt. Die Lochkarte dient als Informationsträger für die pharmazeutische Industrie. Neueinführungen oder Packungsänderungen von Medikamenten werden dem Apotheker durch die Lochkarte mitgeteilt.

Die ABDA-Lochkarte gibt es in zwei Farben, gelb und weiß. In den Medikamentenschränken der Stationen befinden sich vor jedem Arzneimitteltyp eine ABDA-Doppelkarte, wobei die gelbe und weiße Karte identische Informationen tragen. Bei einer Bestellung verbleibt die gelbe Karte am Standort. Die weiße Karte wird hinter einer sogenannten Mengenkarte in eine Magazinschiene gesteckt. Die Magazinschiene hat eine große Ähnlichkeit mit dem Magazin eines Diaprojektors. Mit der Mengenkarte wird die Zahl der Packungen des geforderten Medikaments angegeben. Das Magazin wird als Anforderungsmedium in die Krankenhausapothek e gegeben. Eine Apothekenhelferin wertet die Anforderungen aus und stellt die gewünschten Arzneimittel für die Stationen zusammen.

Nach dem Wunsch des Krankenhauses sollte durch den Einsatz des Verfahrens MARK die bestehende ABDA-Organisation nicht aufgelöst, sondern unterstützt



werden. Ansatzpunkt zur Unterstützung der bestehenden Organisation bietet die maschinenlesbare Lochkarte.

In den Nicht-Krankenhausapotheken bietet die ABDA-Karte neben der Funktion als Lagerorganisationsmittel dem Apotheker die Möglichkeit, durch ein Lesegerät über Datenfernverarbeitung bei einem Großlieferanten zu bestellen. Bei dem Lesegerät handelt es sich um einen Micro-Computer, der über das Telefonleitungsnetz mit einem Zentralcomputer des Großlieferanten verbunden ist.

Probleme und deren Lösungen

Mit der Entscheidung, die ABDA-Organisation in der Apothek e zu unterstützen, mußte ein Weg gefunden

werden, wie das bisherige Bestellwesen der Apotheke in ein Erfassungssystem für das Vor-Ort-EDV-Verfahren MARK umgestaltet werden konnte.

Schnittstellen

Als erstes mußte das Problem der Schnittstellen gelöst werden. Während der ABDA-Kartenleser in seinem normalen Einsatzfeld eine V20 Schnittstelle zu bedienen hat, mußte er in dem vorliegenden Spezialfall an eine V24 Schnittstelle, wie sie für moderne EDV-Anlagen Standard sind, angepaßt werden. Zusätzlich stellte sich das Problem, daß der Standort des ABDA-Kartenlesers in der Apotheke zu weit von der EDV-Anlage, einer Siemens 6.680, entfernt stand, so daß auf Grund der elektrischen Eigenschaften der V24 Schnittstelle die notwendige Entfernung nicht überbrückt werden konnte. Durch zwei Schnittstellenwandler konnten die Übertragungseigenschaften der V24 Schnittstelle verstärkt werden, so daß die Entfernung von 175 m überbrückt werden konnte. Ein Modem-Konverter ermöglichte eine gegenseitige Umsetzung der V20 und V24 Schnittstellen. Die Schnittstellenwandler und der Modem-Konverter sind keine Standardprodukte auf dem Elektronikmarkt. Sie wurden eigens für die Lösung dieses Problems von einer Elektronikfirma angefertigt.

Der Vor-Ort-Rechner

Auf dem Vor-Ort-Rechner mußte ein speziell adressierbares Hardware-Teil, eine PROMEA MX eingesetzt werden. Ein Programmstück in einer speziellen maschinennahen Sprache, ein sogenannter ASSEMBLER-Modul, mußte für die Umsetzung spezieller Steuerzeichen, die für den Datenaustausch zwischen dem ABDA-Kartenleser und der Vor-Ort-Anlage notwendig sind, von der Firma Siemens erstellt werden.

Anpassung

Mit Hilfe eines COBOL-Programms, das im Statistischen Landesamt erstellt wurde, erfolgte die fachliche Anpassung zwischen den Organisationsvorgaben des ABDA-Kartensystems und des MARK-Verfahrens.

Das MARK-Verfahren braucht für seine Auswertungen die Angabe einer Kostenstellennummer. In der ursprünglichen ABDA-Organisation gibt es keine Kostenstellen. Zur Lösung dieser Frage fand eine normale ABDA-Karte Verwendung. Um eine Kostenstelle von der ABDA-Nummer zu unterscheiden, wurde der Nummernkreis 990 000 PZ bis 999 999 PZ reserviert. Durch die bijektive Abbildung

$$f: \{ x \mid 990\,000\,PZ \leq x \leq 999\,999\,PZ \rightarrow 7 \text{ stellige Kostenstelle} \}$$

erfolgte eine Umsetzung in Anforderungen des MARK-Verfahrens (PZ steht für Prüfziffer).

Die Abbildung wurde im COBOL-Programm durch eine Tabelle realisiert. Auf diese Art wurde es möglich, Kostenstelleninformationen über die ABDA-Karte einzulesen.

Unterschiede gibt es ebenfalls in der Zuordnung von Nummern zu Medikamenten innerhalb der ABDA-Organisation und der Organisation des Verfahrens MARK.

Während in ABDA für jede Medikamentenpackung eine eigene Nummer vergeben wird, wird im Verfahren MARK das Medikament an sich mit einer Artikelnummer versehen. Den unterschiedlichen Packungsgrößen wird durch ein Packungskennzeichen Rechnung getragen. Die bijektive Abbildung

$$f: \{ (\text{Artikelnummer}, \text{Packungskennzeichen}) \rightarrow \text{ABDA-Nummer} \}$$

ermöglicht, daß sich der Anwender nicht von seiner vertrauten Organisation lösen muß, sich aber dennoch des vollen Leistungsumfangs des Verfahrens MARK bedienen kann. Die Abbildung wurde in dem Programm ebenfalls durch eine vom Benutzer zu pflegende Tabelle realisiert. Durch Aufnahme zusätzlicher Auswahlmöglichkeiten in die Menüsteuerung wird dem Anwender die Funktionserweiterung Lesen über ABDA-Karten zugänglich.

Neue Organisation

Nach dem Einsatz des erweiterten MARK-Verfahrens wird die Versorgung der Station mit Medikamenten in der Weise erfolgen, daß die Stationen über das ABDA-Karten-Magazin ihren Medikamentenbedarf melden. Die Auswertung der Karten durch das Programm wird durch den regulären Ausdruck

$$(K(M(A)^*)^*)^*E$$

beschrieben. Hier bedeuten: K = Kostenstellenkarte, M = Mengenkarte, A = Artikelkarte, E = Endekarte, * = transitiv-reflexiver Abschluß, d.h. der Kartentyp kann beliebig oft aufeinander folgen. Für den Anwender ergibt sich daraus folgende Anforderung:

Im Magazin müssen die Karten so sortiert sein, daß die erste Karte die kostenrechnerisch zu belastende Kostenstelle angibt. Bis zur nächsten Kostenstellennummer werden alle Anforderungen der aktuellen Kostenstelle zugeordnet. Die zweite Karte zeigt die Anzahl der Packungen der durch den Lochcode auf den folgenden Artikelkarten identifizierten Medikamente. Fehlt die Mengenkarte, so wird der Default-Wert 1 genommen. Am Ende aller Anforderungskarten muß eine Ende-Karte stehen. Die Ende-Karte löst die Ausgabe von Lagerausgabescheinen auf einen Drucker aus. Dies ist jedoch vorher vom Benutzer am Bildschirm zu bestätigen. Mit den Lagerausgabescheinen, die auf Wunsch auch den Preis für das Medikament ausweisen, werden die Anforderungen aus dem Lager erfüllt. Eventuell wurden vorher durch den Anstoß der Kommissionierungsfunktion Anforderungspositionen mit einem zu geringen Lagerbestand gerecht auf die Anforderer verteilt.

Die Medikamente werden mit dem Lagerausgabeschein für die Station bereitgestellt.

In der Funktion Bestellwesen wird ein Bestellbrief an den Lieferanten geschrieben, der die günstigsten Konditionen bietet.

Die Verbrauchsdaten laufen in das Kostenrechnungsverfahren KOLK ein, mit dessen Hilfe die Krankenhausleitung Auswertungen erhält, um die Einhaltung der Kostenansätze für die Kostenstellen zu kontrollieren.

Diplom-Informatiker Oswald Praß

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986				1987			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	3 619	3 612	3 613	3 613	3 612
Natürliche Bevölkerungs-bewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 914	1 901	2 109	1 690	1 177	2 736 ^P	2 307 ^P	1 988 ^P	1251 ^P
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,3	6,3	7,1	5,5	4,0	8,9 ^P	7,8 ^P	6,5 ^P	4,2 ^P
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	2 908	3 098	3 422	3 171	2 859	3 267 ^P	3 455 ^P
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,6	10,3	11,5	10,3	9,6	10,7 ^P	11,7 ^P
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 549	3 601	3 366	3 451	3 502	3 421 ^P	3 239 ^P
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,8	12,0	11,3	11,2	11,8	11,2 ^P	10,9 ^P
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	29	27	25	28	30	31 ^P	24 ^P
* je 1000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	9,9	8,8	7,7	8,5	10,1	9,3 ^P	7,3 ^P
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 641	- 503	56	- 280	- 643	- 154 ^P	216 ^P
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,1	- 1,7	0,2	- 0,9	- 2,2	- 0,5 ^P	0,7 ^P
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	6 317	6 416	7 815	8 072	5 429
* Fortgezogene	Anzahl	6 421	6 215	7 513	7 698	6 157
* Wanderungssaldo	Anzahl	- 104	202	302	374	- 728
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	10 457	10 379	10 611	12 260	10 187
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	124 496	119 432	104 852	104 292	108 980	110 274	104 609	103 825	107 306
* Männer	Anzahl	69 679	63 608	51 557	51 461	55 230	54 099	50 750	50 342	53 232
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	10 771	9 332	5 947	.	.	.	5 632	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	42 937	40 978	35 285	.	.	.	35 936	.	.
Arbeitslosenquote	%	8,6	8,3	7,3	7,2	7,6	7,7	7,3	7,2	7,5
Offene Stellen	Anzahl	4 919	7 144	7 676	6 982	6 479	8 946	8 948	8 488	7 589
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	.	.	588	.	.	.	695	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	.	.	2 427	.	.	.	2 967	.	.
Kurzarbeiter	Anzahl	13 751	11 261	8 380	8 680	8 730	3 806	7 517	9 369	8 045
Männer	Anzahl	11 179	8 689	5 657	5 777	6 201	2 712	5 303	6 336	5 671
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ⁶⁾	t	14 279	14 792	15 470	16 013	15 289	13 802	14 041	15 539	15 798
* Rinder	t	4 753	4 937	5 426	5 780	5 291	4 081	4 665	5 378	5 032
* Kälber	t	31	30	27	31	32	26	30	28	25
* Schweine	t	9 384	9 712	9 907	10 070	9 845	9 579	9 218	9 987	10 576
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	79	80	77	78	72	77	69	68	61
* an Molkereien geliefert	%	94,2	94,6	94,3	94,0	93,7	94,6	93,9	93,2	92,7
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe ⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 655	2 614	2 606	2 605	2 615	2 578	2 573	2 574	2 583
* Beschäftigte	1000	364	367	371	370	369	368	369	367	367
* Arbeiter ⁸⁾	1000	252	253	256	255	254	254	252	251	251
* Geleistete Arbeiterstunden	1000	35 338	35 393	37 285	38 988	36 124	31 128	36 094	37 123	36 260
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 243	1 307	1 234	1 295	1 554	1 305	1 282	1 329	1 621
* Löhne	Mill. DM	727	760	729	786	886	770	753	799	926
* Gehälter	Mill. DM	516	547	505	509	668	535	529	530	695
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 018	1 028	1 034	1 114	1 042	962	1 032	1 049	1 017
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 876	6 782	7 041	7 380	6 759	6 319	7 193	7 376	7 290
* Auslandsumsatz	Mill. DM	2 519	2 408	2 407	2 489	2 314	2 230	2 602	2 667	2 632

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 8) Einschl. gewerblich Auszubildender.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986			1987				
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	99	101	103	107	115	94	101	108	...
ohne Bauhauptgewerbe	1980 = 100	101	103	104	108	114	95	101	109	...
Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	100	102	103	107	113	95	101	108	114 ^P
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	103	107	110	113	114	111	104	111	118 ^P
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1980 = 100	82	85	97	96	98	86	92	91	94 ^P
Chemische Industrie	1980 = 100	112	117	119	124	124	126	115	121	130 ^P
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	100	98	94	99	109	77	95	100	106 ^P
Maschinenbau; Büro- maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1980 = 100	97	100	85	102	111	75	105	108	115 ^P
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1980 = 100	99	94	95	89	100	75	80	85	87 ^P
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	93	97	102	101	108	86	98	103	108 ^P
Herstellung von Schuhen	1980 = 100	90	82	95	80	82	81	83	78	75 ^P
* Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	1980 = 100	103	106	103	119	128	96	115	129	135 ^P
Bauhauptgewerbe	1980 = 100	82	87	101	98	119	83	97	98	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	229	410	896	512	376	483	1 015	1 077	...
Strombezug ¹⁾	Mill. kWh	2 366	2 294	1 575	2 362	2 482	1 763	1 466	1 727	...
Stromlieferungen ¹⁾	Mill. kWh	776	865	753	960	933	698	845	953	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 819	1 839	1 719	1 915	1 924	1 549	1 636	1 851	...
Gasverbrauch	Mill. m ³	358	338	299	355	431	264	275	385	...
Handwerk ²⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	97	96	96	.	.	.	95	.	.
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976 = 100	138	146	147	.	.	.	153	.	.
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	63 358	61 864	64 078	63 355	62 771	62 222	61 859	60 813	60 165
Facharbeiter	Anzahl	32 545	31 338	32 142	30 757	30 517	32 327	31 689	29 770	29 790
Fachwerker und Werker	Anzahl	14 627	15 347	16 704	17 448	17 150	15 839	16 120	17 148	16 541
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	6 897	7 109	8 669	8 809	8 768	7 467	9 157	8 359	7 559
Privater Bau	1000	4 252	4 371	5 194	5 311	5 359	4 416	5 407	5 109	4 618
* Wohnungsbau	1000	2 613	2 651	3 181	3 197	3 359	2 497	3 182	3 033	2 712
Landwirtschaftlicher Bau	1000	47	34	36	39	28	53	70	43	29
* Gewerblicher und industrieller Bau	1000	1 593	1 686	1 977	2 075	1 972	1 866	2 155	2 033	1 877
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1000	1 182	2 738	3 475	3 498	3 427	3 051	3 750	3 250	2 941
Hochbau	1000	410	670	797	765	944	498	619	658	571
Tiefbau	1000	2 645	2 068	2 678	2 733	2 483	2 553	3 131	2 592	2 370
Straßenbau	1000	645	1 134	1 472	1 515	1 377	1 568	1 967	1 497	1 338
Löhne und Gehälter	Mill. DM	166	176	194	198	230	192	197	194	231
* Löhne	Mill. DM	137	146	165	169	191	162	167	164	191
* Gehälter	Mill. DM	29	30	29	29	39	30	30	30	40
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	500	511	563	658	617	546	699	656	691

1) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986				1987			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	710	742	763	651	569	833	701	645	616
* mit 1 Wohnung	Anzahl	483	536	573	487	457	682	562	533	489
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	171	161	134	112	85	121	106	90	87
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	56	45	56	52	27	30	33	22	40
* Umbauter Raum	1 000 m³	751	720	712	633	523	789	685	570	603
* Wohnfläche	1 000 m²	124	119	118	106	88	129	109	92	100
Wohnräume	Anzahl	5 878	5 567	5 535	4 979	4 222	5 886	5 070	4 290	4 603
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	239	232	232	204	170	256	218	185	193
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	2	2	1	1	–	1	2	1	3
Unternehmen	Anzahl	107	120	157	92	149	169	98	130	109
Private Haushalte	Anzahl	601	621	605	558	420	663	601	514	504
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	152	165	191	185	162	159	174	167	199
* Umbauter Raum	1 000 m³	662	638	998	666	706	540	789	915	778
* Nutzfläche	1 000 m²	102	109	160	106	106	89	135	148	135
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	112	147	371	113	101	83	167	128	145
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	26	32	42	31	26	30	42	19	47
Unternehmen	Anzahl	123	127	146	149	125	124	129	146	149
Private Haushalte	Anzahl	3	5	3	5	11	5	3	2	3
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 419	1 308	1 311	1 224	999	1 295	1 114	950	1 001
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 558	2 443	2 546	2 616	2 260	2 136	2 588	2 733	...
* EG-Länder¹)	Mill. DM	1 269	1 300	1 347	1 434	1 232	1 130	1 449	1 541	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	200	196	186	204	176	228	228	237	...
Dänemark	Mill. DM	48	52	54	56	46	49	56	57	...
Frankreich	Mill. DM	314	326	344	363	316	246	352	378	...
Griechenland	Mill. DM	21	21	21	23	18	20	22	24	...
Großbritannien	Mill. DM	226	224	221	240	213	203	242	274	...
Irland	Mill. DM	9	9	9	8	7	6	8	8	...
Italien	Mill. DM	215	221	258	271	229	133	262	258	...
Niederlande	Mill. DM	178	175	178	177	145	174	189	200	...
Spanien	Mill. DM	47	63	64	75	68	59	71	90	...
Portugal	Mill. DM	12	13	12	18	14	12	18	15	...
USA und Kanada	Mill. DM	193	180	199	202	152	158	168	173	...
Japan	Mill. DM	53	51	67	68	44	45	57	51	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	417	310	334	277	250	271	323	311	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	134	120	95	103	107	77	109	118	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 673	1 441	1 354	1 509	1 351	1 327	1 427	1 687	...
EG-Länder¹)	Mill. DM	900	857	784	884	790	786	861	1 004	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	174	174	179	184	152	157	182	188	...
Dänemark	Mill. DM	19	22	21	22	20	16	20	20	...
Frankreich	Mill. DM	198	204	177	234	191	162	185	216	...
Griechenland	Mill. DM	8	7	11	8	6	10	14	12	...
Großbritannien	Mill. DM	66	75	75	81	90	62	68	111	...
Irland	Mill. DM	6	5	1	7	5	3	4	4	...
Italien	Mill. DM	150	140	122	153	141	113	144	175	...
Niederlande	Mill. DM	239	182	148	144	135	222	202	215	...
Spanien	Mill. DM	34	39	44	41	43	34	34	50	...
Portugal	Mill. DM	6	8	6	10	7	8	8	12	...
USA und Kanada	Mill. DM	106	87	70	83	104	67	79	106	...
Japan	Mill. DM	59	69	50	113	82	64	80	94	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	345	184	191	171	143	198	145	188	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	56	46	45	50	39	42	48	50	...

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986				1987			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1980 = 100	95	95	96	95	95
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	109	112	108	117	116
Großhandel										
Beschäftigte	1980 = 100	97	95	96	96	96
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	121	117	125	130	113
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1980 = 100	101	105	113	109	103
Teilbeschäftigte	1980 = 100	109	115	126	119	112
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	109	112	136	137	107
Beherbergungsgewerbe	1980 = 100	125	130	178	187	125
Gaststättengewerbe	1980 = 100	98	101	109	106	94
Fremdenverkehr										
in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	441	437	677	698	322	594	694
* Ausländer	1 000	113	105	158	125	52	198	163
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 558	1 565	2 344	2 235	989	2 420	2 431
* Ausländer	1 000	349	342	492	381	143	747	542
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 429	1 533	1 451	1 557	1 463	1 640	1 609	1 565	...
* Güterversand	1 000 t	955	944	977	1 122	1 056	939	1 039	1 109	...
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 015	15 402	14 157	15 850	12 778	11 548	14 550	15 899	13 579
Krafträder	Anzahl	685	518	251	132	83	307	222	113	68
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	11 526	14 067	13 076	14 917	12 026	10 532	13 534	14 858	12 776
* Lastkraftwagen	Anzahl	477	512	534	546	461	463	542	629	524
Zugmaschinen	Anzahl	237	209	200	186	153	175	179	228	126
Straßenverkehrsunfälle										
	Anzahl	10 048	10 354	11 347	11 458	11 053	9 426	10 270	12 010	11 210 ^P
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 630	1 657	1 943	1 843	1 580	1 706	1 831	1 899	1 577 ^P
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 418	8 697	9 404	9 615	9 473	7 720	8 439	10 111	9 633 ^P
Verunglückte Personen	Anzahl	2 193	2 230	2 620	2 451	2 118	2 334	2 402	2 544	2 059 ^P
* Getötete	Anzahl	44	48	54	46	52	55	44	44	31 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	25	28	29	26	30	27	22	21	15 ^P
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	8	8	9	10	3	12	11	7	1 ^P
Radfahrer	Anzahl	2	3	6	1	2	8	5	4	3 ^P
Fußgänger	Anzahl	8	8	10	7	15	7	6	8	11 ^P
Schwerverletzte	Anzahl	659	658	745	681	619	692	737	651	611 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	324	340	351	354	355	365	366	354	...
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	173	149	182	136	88	180	149	120	...
Radfahrer	Anzahl	57	62	69	69	54	74	96	62	...
Fußgänger	Anzahl	85	86	107	94	108	58	96	91	...
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	76	82	94	89	109	73	72	75	79
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	47 284	51 034	68 999	87 805	64 543	44 177	38 546	30 005	67 904
* Vergleichsverfahren	Anzahl	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	929	699	688	690	539	527	568	699	567
* Wechselsumme	1 000 DM	8 009	5 812	4 755	8 888	4 420	4 311	4 156	4 409	4 240

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986				1987			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monats- ende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	81 737	82 106	82 114	81 490	81 722	83 345	84 123	83 860	84 234
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	79 858	80 239	80 212	79 675	79 846	81 409	82 118	81 906	82 232
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	15 996	14 794	15 239	14 762	14 609	14 159	14 690	14 300	14 225
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	15 448	14 343	14 874	14 460	14 309	13 713	14 332	13 999	13 747
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	548	451	366	302	308	446	358	302	478
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	9 174	7 811	7 919	7 965	7 928	7 261	7 240	7 102	7 086
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	7 666	6 624	6 690	6 726	6 690	6 322	6 305	6 235	6 196
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 508	1 187	1 229	1 239	1 238	939	935	866	889
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	54 688	57 634	57 054	56 948	57 309	59 989	60 188	60 504	60 921
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	44 088	47 201	46 402	46 560	46 856	49 265	49 526	49 774	49 994
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	10 599	10 434	10 652	10 388	10 453	10 724	10 661	10 729	10 930
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	70 018	74 877	71 616	71 881	73 632	77 259	76 738	76 940	78 897
* Sichteinlagen	Mill. DM	9 611	10 448	9 714	9 588	11 097	10 828	10 572	10 620	12 168
Termingelder	Mill. DM	24 610	26 136	25 677	25 873	25 886	27 572	27 254	27 345	27 614
* Spareinlagen	Mill. DM	35 796	38 293	36 225	36 420	36 650	38 859	38 912	38 975	39 115
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	1 678	1 846	1 625	1 606	1 474	1 506	1 414	1 723	1 637
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 519	1 635	1 539	1 411	1 244	1 403	1 361	1 660	1 498
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern	1 000 DM	1 332 451	1 350 174	1 614 790	989 883	1 437 014	1 543 534	1 737 164	942 383	1 562 773
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	938 494	975 488	1 240 159	490 244	954 977	1 055 923	1 310 518	524 194	1 049 838
* Lohnsteuer	1 000 DM	660 620	676 863	503 512	526 277	894 579	964 507	554 184	576 878	969 476
Einnahmen aus der Lohn- steuererlegung	1 000 DM	122 623	123 189	—	—	377 931	366 664	—	—	402 283
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	105 020	123 887	393 249	— 34 620	— 22 855	— 36 424	424 501	— 35 936	— 32 420
* Kapitalertragsteuer	1 000 DM	20 547	27 068	9 699	9 850	9 101	33 717	10 259	9 941	10 299
* Körperschaftsteuer	1 000 DM	152 307	147 670	333 699	— 11 263	74 152	94 123	321 574	— 26 689	102 483
Einnahmen aus der Körper- schaftsteuererlegung	1 000 DM	24 652	42 721	—	—	99 198	84 450	—	—	101 560
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	393 958	374 686	374 631	499 639	482 037	487 611	426 646	418 189	512 935
* Umsatzsteuer	1 000 DM	226 154	226 169	260 580	352 894	319 230	333 205	287 965	278 035	351 611
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	167 804	148 517	114 051	146 745	162 807	154 406	138 681	140 154	161 324
* Bundessteuern	1 000 DM	128 294	128 372	101 901	119 708	109 539	125 125	121 588	125 239	123 188
* Zölle	1 000 DM	11 328	10 164	8 703	10 370	13 565	12 748	10 424	12 558	12 404
* Verbrauchsteuern (ohne Bier- steuer)	1 000 DM	113 075	114 805	89 837	105 470	92 840	104 721	108 815	108 841	106 850
* Landessteuern	1 000 DM	75 092	87 446	65 611	78 892	103 090	107 083	71 093	76 366	107 708
* Vermögensteuer	1 000 DM	14 378	14 509	1 278	2 411	42 807	43 302	2 754	7 909	47 211
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	38 639	48 972	41 192	51 707	37 704	38 732	42 630	41 791	34 957
* Biersteuer	1 000 DM	6 037	6 142	6 955	6 754	6 401	7 466	6 387	6 801	6 045

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute, ohne Landeszentralbank, Kreditgenossenschaften bis einschließlich November 1985, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie Postscheck- und Postsparkassenämter; ohne durchlaufende Kredite. — 2) Einschl. Zinsgutschriften.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986				1987			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
* Gemeindesteuern ¹⁾	1 000 DM	549 219	507 992	528 757	.	.	.	531 274	.	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 133	7 970	10 141	.	.	.	9 516	.	.
* Grundsteuer B	1 000 DM	88 740	92 789	106 697	.	.	.	106 346	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	403 353	357 652	365 713	.	.	.	367 963	.	.
Grunderwerbsteuer	1 000 DM	36 382	36 489	34 973	.	.	.	35 654	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	807 774	809 251	898 240	679 567	835 395	900 921	980 771	645 802	911 706
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	411 824	427 688	552 823	208 248	412 109	458 355	581 858	221 525	454 639
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	258 048	243 552	243 516	324 771	313 330	316 952	277 325	271 828	333 414
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	681 810	698 834	830 113	503 816	750 112	781 773	860 261	494 818	800 774
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	408 979	425 346	549 725	207 264	408 974	449 532	576 830	219 213	453 593
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	188 132	176 403	214 777	190 820	237 631	224 669	212 338	172 029	239 008
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	1 000 DM	832 834	814 965	811 578	.	.	.	844 765	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ²⁾	1 000 DM	342 503	304 361	311 197	.	.	.	312 607	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	344 465	360 265	337 336	.	.	.	368 847	.	.
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1980 = 100	121,0	120,7	120,4	120,0	119,9	121,2	120,9	121,1	121,1
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	116,9	117,6	117,0	116,7	116,5	116,6	116,1	115,8	115,8
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk ³⁾	1980 = 100	114,5	116,2	.	.	116,9	119,1	.	.	119,2
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	16,07	16,72	.	16,92	.	.	.	17,68	.
* Männliche Arbeiter	DM	16,95	17,57	.	17,76	.	.	.	18,55	.
* Facharbeiter	DM	17,80	18,46	.	18,63	.	.	.	19,50	.
Angelernte Arbeiter	DM	16,21	16,87	.	17,08	.	.	.	17,78	.
Hilfsarbeiter	DM	14,35	14,93	.	15,15	.	.	.	15,72	.
* Weibliche Arbeiter	DM	11,99	12,48	.	12,60	.	.	.	13,02	.
* Hilfsarbeiter	DM	11,72	12,21	.	12,35	.	.	.	12,81	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	40,7	40,7	.	40,6	.	.	.	40,8	.
Männliche Arbeiter	Std.	41,1	41,0	.	41,0	.	.	.	41,2	.
Weibliche Arbeiter	Std.	39,3	39,2	.	39,1	.	.	.	39,0	.
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 040	4 219	.	4 269	.	.	.	4 409	.
Kaufmännische Angestellte	DM	3 620	3 776	.	3 821	.	.	.	3 937	.
männlich	DM	4 309	4 495	.	4 547	.	.	.	4 687	.
weiblich	DM	2 822	2 946	.	2 986	.	.	.	3 081	.
Technische Angestellte	DM	4 419	4 609	.	4 662	.	.	.	4 820	.
männlich	DM	4 516	4 714	.	4 767	.	.	.	4 934	.
weiblich	DM	3 127	3 277	.	3 325	.	.	.	3 440	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	2 739	2 868	.	2 872	.	.	.	3 025	.
Kaufmännische Angestellte	DM	2 727	2 858	.	2 860	.	.	.	3 013	.
männlich	DM	3 301	3 452	.	3 468	.	.	.	3 609	.
weiblich	DM	2 270	2 373	.	2 367	.	.	.	2 506	.

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 3) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986				1987			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 024	61 066	61 098	61 122	61 139
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	30 388	31 001 ^p	43 386	36 999	32 840	42 591 ^p	40 246 ^p	38 547 ^p	34 462 ^p
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	48 846	52 164 ^p	54 522	55 914	53 654	59 172 ^p	56 352 ^p	57 616 ^p	52 988 ^p
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	58 691	58 491 ^p	54 056	53 757	56 283	55 593 ^p	54 053 ^p	53 116 ^p	56 846 ^p
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 9 845	- 6 327 ^p	466	2 157	- 2 629	3 579 ^p	2 299 ^p	4 500 ^p	- 3 858 ^p
Arbeitslose	1 000	2 304	2 228	2 120	2 046	2 026	2 176	2 165	2 107	2 093
Männer	1 000	1 289	1 200	1 080	1 040	1 033	1 133	1 119	1 082	1 072
Arbeitslosenquote	%	9,3	9,0	8,5	8,2	8,1	8,7	8,6	8,4	8,3
Offene Stellen	1 000	110	154	169	165	155	180	177	180	171
Kurzarbeiter	1 000	235	197	77	180	235	216	175	253	289
Männer	1 000	197	164	60	153	196	181	150	212	235
Produzierendes Gewerbe ⁴⁾										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	103	105	90	112	115	97	92	111	114
ohne Baugewerbe	1980 = 100	105	107	90	112	115	97	93	112	115
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	105	107	90	113	116	98	93	113	115
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	99	99	90	102	102	98	94	102	104
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	113	118	93	125	127	102	95	126	128
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	95	97	80	107	108	89	84	107	106
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1980 = 100	104	105	100	109	122	101	98	108	108
Baugewerbe	1980 = 100	84	87	92	110	111	97	88	106	105
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	6 943	7 063	7 122	7 149	7 130	7 067	7 089	7 110	7 078
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	659	663	594	700	739	629	590	682	701
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	124 713	122 358	104 803	129 463	132 689	120 920	109 341	134 082	133 418
Auslandsumsatz	Mill. DM	37 032	36 359	29 178	38 122	38 333	35 404	30 345	39 426	39 509
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	28 873	28 814	23 671	26 488	29 637	24 950 ^p
Gaserzeugung	Mill. m ³	2 917	2 676	2 477	2 331	2 833	2 370	2 552	2 454	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe	1 000	1 026	1 003	1 048	1 052	1 039	997 ^p	1 005 ^p	1 006 ^p	1 013 ^p
Beschäftigte	1 000	1 026	1 003	1 048	1 052	1 039	997 ^p	1 005 ^p	1 006 ^p	1 013 ^p
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	106	107	112	135	140	121 ^p	108 ^p	127 ^p	132 ^p
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 331	8 711	9 570	10 913	11 392	10 048 ^p	9 594 ^p	10 587 ^p	11 488 ^p
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	9 652	9 668	11 040	9 892	9 344	12 191	10 282	9 832	9 495
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	8 765	9 022	10 335	9 271	8 691	11 590	9 688	9 259	8 873
Wohnfläche	1 000 m ²	1 719	1 583	1 765	1 579	1 534	1 846	1 656	1 568	1 529
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 501	2 517	2 767	2 802	2 848	3 306	2 988	2 915	2 900
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	21 021	18 264	20 324	18 163	17 835	19 454	18 244	17 015	16 877
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	113,8	117,2	104,4	113,2	124,3	121,9 ^p	107,3 ^p	113,4 ^p	129,3 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	111,1	113,3	124,1	127,0	124,6

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986				1987			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	44 758	43 864	36 117	44 407	48 226	45 554	36 119	45 792	...
EG-Länder insgesamt ¹⁾	Mill. DM	22 272	22 286	17 020	22 680	25 129	23 689	18 003	24 671	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 081	3 098	2 641	3 238	3 582	2 868	2 792	3 499	...
Frankreich	Mill. DM	5 333	5 194	3 434	5 403	5 728	5 697	4 000	5 707	...
Großbritannien	Mill. DM	3 831	3 716	4 062	3 093	3 854	3 800	4 251	3 928	...
Italien	Mill. DM	3 481	3 573	2 146	3 742	4 205	3 933	2 342	4 264	...
Niederlande	Mill. DM	3 855	3 788	3 313	3 898	4 266	3 886	3 206	4 043	...
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	38 651	34 517	27 975	34 045	37 540	35 645	29 611	34 287	...
EG-Länder insgesamt ¹⁾	Mill. DM	19 637	18 023	13 893	17 491	19 525	18 489	14 917	17 752	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 424	2 455	1 841	2 488	2 840	2 317	1 899	2 532	...
Frankreich	Mill. DM	4 107	3 924	3 022	4 072	4 296	3 928	3 400	3 678	...
Großbritannien	Mill. DM	3 097	2 481	1 893	2 340	2 607	2 350	2 076	2 686	...
Italien	Mill. DM	3 096	3 175	2 519	3 024	3 709	4 001	2 550	3 086	...
Niederlande	Mill. DM	4 858	3 984	3 077	3 616	3 766	3 666	3 388	3 747	...
Geld und Kredit ²⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	1 992	1 992	2 027	2 034	2 043	2 079	2 090	2 105	2 122 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 522	1 522	1 559	1 566	1 570	1 599	1 607	1 621	1 628 ^P
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	471	471	468	467	474	480	483	483	494 ^P
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	1 375	1 375	1 402	1 402	1 416	1 493	1 512	1 511	1 519 ^P
Spareinlagen	Mrd. DM	624	624	635	637	641	678	680	681	682 ^P
Steuern										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	27 380	28 196	23 167	36 581	21 869	25 818	24 903	38 269	23 782
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	17 853	18 545	13 348	28 410	11 747	15 795	14 716	29 168	13 038
Lohnsteuer	Mill. DM	12 303	12 686	12 717	12 102	12 051	14 940	13 924	12 973	13 089
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 381	2 490	- 446	8 257	- 379	- 706	- 625	8 844	- 313
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	9 152	9 262	9 508	8 169	9 235	9 181	9 896	9 099	9 894
Umsatzsteuer	Mill. DM	4 286	4 882	5 077	4 723	4 834	4 704	5 609	5 306	5 391
Bundessteuern	Mill. DM	4 586	4 696	4 744	4 857	4 669	4 803	4 832	4 919	4 755
Zölle	Mill. DM	451	437	426	424	491	446	462	474	504
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 813	3 910	3 880	4 160	3 935	4 072	3 925	4 157	4 003
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1980 = 100	115,2	108,4	106,5	105,9	105,1	103,6	103,5	103,0	102,9
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1980 = 100	103,1	97,2	98,1	98,8	96,1	92,3	93,2	93,7	93,9 ^P
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ³⁾	1980 = 100	121,8	118,2	117,5	117,5	116,2	115,6	115,8	115,6	116,0
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1980 = 100	115,1	116,8	117,3	.	.	.	119,7	.	.
Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1980 = 100	114,5	116,2	116,7	.	.	.	119,1	.	.
Preisindex für den Straßenbau	1980 = 100	102,6	104,8	105,0	.	.	.	106,2	.	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1980 = 100	121,0	120,7	120,2	120,4	120,0	121,3	121,2	120,9	121,1
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	116,9	117,6	117,2	117,0	116,7	117,6	116,6	116,1	115,8
Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	118,4	120,6	120,7	121,0	121,2	122,1	122,2	122,6	122,8
Wohnungsmieten	1980 = 100	123,9	126,4	126,8	126,9	127,0	128,8	128,9	129,2	129,3
Energie (ohne Kraftstoffe)	1980 = 100	133,4	116,4	113,1	112,4	108,4	106,4	107,2	105,6	106,1
Übriges für die Haushaltsführung	1980 = 100	117,7	119,1	119,2	119,3	119,4	120,5	120,7	120,8	120,9
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1980 = 100	119,7	121,5	121,5	121,8	121,9	122,9	122,9	123,1	123,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1980 = 100	123,2	118,3	117,2	118,3	117,3	120,1	120,3	119,4	119,9
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1980 = 100	116,2	117,8	117,1	117,2	117,9	118,7	118,3	118,3	118,7
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1980 = 100	125,7	130,1	130,4	130,4	130,4	132,9	133,3	133,6	134,1

1) Nach dem Stand vom 1.1.1986. – 2) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 4) Ohne Baunebenleistungen.

Dienstleistungshandwerk bot mehr Beschäftigung

Im dritten Quartal 1987 stiegen die Gesamtumsätze der rheinland-pfälzischen Handwerksunternehmen im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal um 4,6 %. Die Zahl der Beschäftigten war etwas niedriger als im dritten Quartal 1986 (– 0,5 %), der Rückgang der Beschäftigten jedoch schwächer als in den vergleichbaren Zeiträumen der Jahre 1986 und 1985 (– 1 bzw. – 3,5 %).

Im verarbeitenden Gewerbe und im Handel waren mit + 0,6 bzw. + 1,8 % unterdurchschnittliche Umsatzzuwächse zu verzeichnen. Dagegen gab es im Dienstleistungsbereich (+ 6 %) und im Baugewerbe (+ 10 %) überproportionale Steigerungen.

Der Dienstleistungsbereich bot in hohem Maße zusätzliche Beschäftigung (+ 10 %). Dagegen verringerte sich der Personalstand im verarbeitenden Gewerbe um 1,1 %, im Baugewerbe um 3 % und im Handel um 4,9 %.

In den ersten drei Quartalen des Jahres 1987 errechnet sich gegenüber 1986 ein Umsatzplus von 2,1 %. ju

1986 wieder kräftiges Investitionswachstum im verarbeitenden Gewerbe

Die Betriebe des verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten verzeichneten 1986 in Rheinland-Pfalz mit + 22,8 % eine Steigerung ihrer Investitionstätigkeit gegenüber dem Vorjahr, wie sie seit 1977 (+ 22,3 %) nicht mehr erreicht wurde. Das Investitionswachstum lag damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt (+ 14 %). Die gesamte Investitionssumme belief sich in Rheinland-Pfalz auf 3,9 Mrd. DM.

Die positive Entwicklung wurde maßgeblich von der chemischen Industrie (+ 18 %), vom Maschinenbau einschließlich ADV-Geräte (+ 49 %), von der Papier- und Pappeverarbeitung (+ 104 %), dem Straßenfahrzeugbau (+ 23 %), der Feinkeramik (+ 363 %) und der Kunststoffwarenindustrie (+ 34 %) getragen. Diese sechs Branchen brachten zusammen mit 2,5 Mrd. DM fast zwei Drittel der Gesamtinvestitionen des verarbeitenden Gewerbes auf.

Weniger als im Vorjahr investierten die von der Bauindustrie abhängigen Industriezweige Steine und Erden (– 12 %) sowie Herstellung von Verarbeitung von Glas (– 15 %). Aber auch die der Stahlindustrie zuzurechnenden Branchen eisenschaffende Industrie und NE-Metallerzeugung (– 10 %) sowie Ziehereien, Kaltwalzwerke und Mechanik (– 38 %) wiesen rückläufige Raten auf. Der Rückgang in der Schuhindustrie (– 1,6 %) hat sich bei der Investitionstätigkeit abgeschwächt. mc

Mehr über dieses Thema auf Seite 17

kurz + aktuell

Auftragseingänge im November 1987 um 8,2 % über Vorjahr

Die Auftragseingänge von Industrie und Handwerk in Rheinland-Pfalz lagen im November 1987 um 8,2 % über dem Ergebnis vom November 1986. Die Inlandsbestellungen erhöhten sich um 5,8 %, die Auslandsorder um 12,7 %. Die höchste Zuwachsrate verzeichnete das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe mit 14 %, wozu die eisenschaffende Industrie (+ 12,6 %) und die Chemie (+ 18 %) maßgeblich beitrugen. Während sich für den Investitionsgütersektor (+ 10,4 %) und den Nahrungs- und Genußmittelbereich (+ 1,5 %) ebenfalls Steigerungen errechnen, kam es im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe zu einem Rückgang der Ordertätigkeit um 2,9 %. Hier gingen insbesondere bei der Schuhindustrie 26 % weniger Aufträge ein.

In den ersten elf Monaten des Jahres 1987 erreichten die Auftragseingänge annähernd das Volumen des entsprechenden Vorjahreszeitraumes (– 0,2 %). Während die Aufträge aus dem Inland um 1,8 % abnahmen, weiteten sich die Auslandsbestellungen um 2,7 % aus. fu

Produktionsanstieg im November 1987

Die Produktion der rheinland-pfälzischen Industrie- und Handwerksbetriebe lag im November 1987 um 4,5 % über dem Vorjahresmonat. Das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (+ 10,1 %) sowie der Grundstoff- und Produktionsgüterbereich (+ 5,2 %) verzeichneten überdurchschnittliche Zunahmen. Dieses günstige Ergebnis wurde insbesondere durch die Entwicklung im Maschinenbau einschließlich ADV (+ 7,9 %), bei den Herstellern von Kunststoffwaren (+ 6,7 %) und der Chemie (+ 5,2 %) erreicht. Eine rückläufige Produktion verzeichnete dagegen die Schuhindustrie (– 4,4 %).

In den ersten elf Monaten des Jahres 1987 erhöhte sich die Produktion im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 0,2 %, nachdem bis Oktober 1987 noch eine Abschwächung um 0,5 % zu beobachten war. fu

Deutlicher Umsatzzanstieg im November

Die Umsätze der rheinland-pfälzischen Industrie- und Handwerksbetriebe lagen im Noveber 1987 um 7,8 % höher als im entsprechenden Vorjahresmonat. Der Anstieg ist vor allem auf die Entwicklung der Exporte (+ 13 %) zurückzuführen. Die Inlandsumsätze stiegen um 5,1 %. Die Chemische Industrie (+ 16 %) und der Straßenfahrzeugbau einschließlich Reparaturen (+ 14 %) hatten überdurchschnittliche Zunahmen des Gesamtumsatzs. hel

Einfuhr stieg im Oktober um 12 %, Ausfuhr um 4,5 %

Im Oktober 1987 bezog die rheinland-pfälzische Wirtschaft für 1,7 Mrd. DM Waren aus dem Ausland. Das sind 12 % mehr als im Oktober 1986. Der Export, der sich auf 2,7 Mrd. DM belief und damit um 1 Mrd. DM über dem Importwert lag, nahm um 4,5 % zu.

In den ersten zehn Monaten des Jahres 1987 wurden für 14,6 Mrd. DM Waren nach Rheinland-Pfalz eingeführt und für 24,6 Mrd. DM von hier ausgeführt. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum wies der Außenhandel damit eine Stagnation auf. Der Außenhandel mit den Ländern der Europäischen Gemeinschaft, auf den 61 % der Bezüge und 56 % der Lieferungen entfielen, stieg um 1,2 % bzw. 4 %. Dagegen wurden aus den USA für 5,4 % weniger Waren als im Vorjahreszeitraum bezogen, wobei jedoch im Oktober 1987 ein Plus von 36 % zu verzeichnen war. Die Exporte in die USA gingen in den ersten zehn Monaten um 13 % zurück. Noch höher lagen die Minusraten im Außenhandel mit den OPEC-Ländern (Import – 29 %, Export – 20 %), etwas niedriger mit den Staatshandelsländern (– 5,2 % bzw. – 1,5 %). sr

2,8 % weniger Fahrgäste im öffentlichen Personenverkehr

In den ersten drei Quartalen 1987 wurden in Rheinland-Pfalz 188 Mill. Personen mit öffentlichen Straßenverkehrsmitteln befördert. Im vergleichbaren Vorjahreszeitraum waren es 194 Mill. gewesen (– 2,8 %). Die dabei erbrachte Fahrleistung (124 Mill. Wagen-Kilometer) nahm um 1,3 % zu. Die Einnahmen lagen mit 246 Mill. DM um 1,7 % über dem vorjährigen Ergebnis. schm

Bis Oktober mehr Verkehrsunfälle, aber weniger Verkehrstote und Schwerverletzte

Von Januar bis Oktober 1987 wurden in Rheinland-Pfalz 105 262 Straßenverkehrsunfälle von der Polizei aufgenommen. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum bedeutet dies eine Zunahme um 3 603 Unfälle (+ 3,5 %). Bei 16 427 Unfällen mit Personenschaden (– 2,2 %) wurden 423 Menschen getötet (– 11,3 %), 6 196 schwer (– 7,9 %) und 15 488 leicht verletzt (+ 0,3 %). bn

**57 % aller Kraftfahrzeuge vom TÜV beanstandet
Nur 38 % der Lastkraftwagen und Busse ohne Mängel**

Im ersten Halbjahr 1987 wurden von den Prüfstellen des Technischen Überwachungsvereins (TÜV) und den

anderen Stellen der Verkehrssicherheitsüberwachung in Rheinland-Pfalz rund 461 000 Kraftfahrzeuge und 31 000 Fahrzeuganhänger auf ihre Verkehrssicherheit untersucht. Das sind 8 % bzw. 1,9 % weniger als im ersten Halbjahr 1986. In 43 % der Fälle wurden von den Prüfern keine Mängel festgestellt, während 35 % der Fahrzeuge leichte und 22 % erhebliche Mängel aufwiesen. Rund 1 300 Fahrzeuge waren verkehrsunsicher und mußten stillgelegt werden.

Bei fast 80 % der untersuchten Fahrzeuge handelte es sich um Personenkraftwagen, von denen 58 % Mängel aufwiesen und 1 200 aufgrund des Prüfberichts aus dem Verkehr gezogen werden mußten. Von den 4 500 geprüften Bussen und 32 200 geprüften Lastkraftwagen waren jeweils nur 38 % ohne Mängel. gr

Rückgang des Güterumschlags in der Binnenschifffahrt

In den ersten zehn Monaten des Jahres 1987 wurden in den rheinland-pfälzischen Rhein- und Moselhäfen 1,3 % weniger Güter umgeschlagen als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. 9,4 Mill. t Güter wurden versandt (– 0,6 %) und 15,3 Mill. t gelöscht (– 1,7 %). Die Zahl der be- und entladenen Schiffe verringerte sich um 1 788 auf 24 756. schm

Krankenhaus-Software für das Verfahren MARK

MARK ist ein Lagerbuchhaltungsprogramm mit einem apothekenspezifischen Funktionsteil. Es gehört zu dem bundeseinheitlichen Konzept eines integrierten Rechnungswesens in Krankenhäusern. Wird das Verfahren in einer neuen Umgebung erstmals eingesetzt, so entsteht in der Regel ein Konflikt zwischen der bisher üblichen Organisation und der für die Programmanwendung notwendigen Organisationsumgebung.

Während der Einführung von MARK in der Apotheke eines großen Krankenhauses mußte das Statistische Landesamt eine Software-Brücke zwischen dem EDV-Verfahren und der dort bestehenden Ablauf- und Lagerorganisation, der sogenannten ABDA-Organisation (Arbeitsgemeinschaft deutscher Apotheker) schaffen. Als Ansatzpunkt diente die maschinenlesbare ABDA-Karte. Der ABDA-Kartenleser wurde durch den Einsatz von Software zu einem Eingabegerät für die EDV-Anlage. Die für das MARK-Verfahren notwendigen Informationen werden aus dem Informationsgehalt der ABDA-Karte durch spezielle Programmfunktionen erschlossen. pr

Mehr über dieses Thema auf Seite 24

Steuereinnahmen des Landes und der Kommunen gestiegen

In den ersten drei Quartalen 1987 nahm das Land nach der Steuerverteilung, das heißt einschließlich der dem Land zustehenden Anteile an der Lohn-, Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer, 6 499 Mill. DM (+ 4,9 %) an Steuern ein. Diese Entwicklung ist maßgeblich auf den Landesanteil an den Steuern vom Einkommen (+ 5,3 %) und vom Umsatz (+ 8 %) zurückzuführen.

Das Aufkommen an reinen Landessteuern war mit 782 Mill. DM rückläufig (– 2,3 %). Die Kraftfahrzeugsteuer nahm um 9,6 % auf 417 Mill. DM ab, die Vermögensteuer verzeichnete mit 149 Mill. DM einen Zuwachs von 20 %.

Die Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände beliefen sich auf 2 419 Mill. DM und lagen damit um 3 % über dem vergleichbaren Vorjahresergebnis. Die Mehreinnahmen sind vor allem auf den Zuwachs beim Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer (+ 6,9 %) zurückzuführen. Das Aufkommen an reinen Gemeindesteuern ging um 0,3 % auf 1 528 Mill. DM zurück. Während sich die Einnahmen aus den Grundsteuern um 2,7 % auf 319 Mill. DM erhöhten, brachte das Aufkommen an Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital mit 1 062 Mill. DM keine Zunahme (– 0,1 %). kr

Gemeindefinanzen im dritten Vierteljahr 1987

Die kassenmäßigen Gesamtausgaben der rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände sind in den ersten drei Quartalen 1987 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 3,5 % auf 6 083 Mill. DM angestiegen. Zur Deckung des Finanzbedarfs standen Einnahmen in Höhe von 5 860 Mill. DM (+ 1 %) zur Verfügung, so daß sich ein negativer Finanzierungssaldo von 222 Mill. DM ergab.

Die Personalausgaben nahmen um 5,4 % auf 1 658 Mill. DM, die Zinsausgaben um 1,3 % auf 347 Mill. DM zu. Für den laufenden Sachaufwand wurden 1 228 Mill. DM, das sind 1,3 % weniger, ausgegeben. Einen Anstieg um 12,2 % auf 801 Mill. DM verzeichneten die Ausgaben für Sozialleistungen.

Die Sachinvestitionen beliefen sich auf 1 330 Mill. DM und lagen damit um 1,7 % über dem vergleichbaren Vorjahreswert. Für Baumaßnahmen wurden bis Ende September 1 047 Mill. DM (+ 2,3 %) ausgegeben, darunter für Schulen 161 Mill. DM (+ 13,7 %), für Straßen 320 Mill. DM (– 5,4 %) und für Abwasserbeseitigung 69 Mill. DM (– 16,2 %). Der Erwerb an unbeweglichem und beweglichem Vermögen in Höhe von 283 Mill. DM nahm geringfügig ab (– 0,3 %).

Die Kommunen vereinnahmten an Steuern 2 419 Mill. DM (+ 3 %). Es handelt sich dabei um die Ein-

nahmen nach Abzug der Gewerbesteuerumlage von 160 Mill. DM und zuzüglich des Gemeindeanteils an der Lohn- und Einkommensteuer von 1 051 Mill. DM. Die Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb von 1 146 Mill. DM lagen um 3,1 % niedriger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

An Allgemeinen Finanzausweisungen vom Land wurden 890 Mill. DM (– 2,7 %) vereinnahmt. Die Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen vom Land, die auch die seit 1986 gewährten Investitionsschlüsselzuweisungen zur Stützung der Investitionstätigkeit der Kommunen enthalten, sind gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 8,1 % auf 299 Mill. DM angestiegen.

Ende September 1987 betrugen die kommunalen Schulden (ohne Eigenbetriebe und Krankenanstalten) 7 453 Mill. DM. Das sind 1,2 % mehr als im Jahr zuvor. kr

Themen der letzten Hefte**Heft 9 / September 1987**

Veränderungen im Einzelhandel 1960 bis 1985
Bevölkerung im Jahr 2000 – Prognoseergebnisse nach dem demographischen Wanderungsansatz
Finanzielle Situation der Wohngeldempfänger 1986
Baulandmarkt und Baupreise 1980 bis 1986
System der Umweltstatistiken

Heft 10 / Oktober 1987

Methodische Aspekte der Analyse landwirtschaftlichen Strukturwandels
Verbraucherpreisindizes und ausgewählte Verbraucherpreise 1986 und 1987
Einkommensschichtung natürlicher Personen
Personenbeförderung im Straßenverkehr
Datensicherungssoftware im Statistischen Landesamt
Kosten- und Leistungsrechnung im Krankenhaus
Controlling im Krankenhaus

Heft 11 / November 1987

Das Landesstatistikgesetz
Volkszählung 1987 – Wiederholungsbefragung
Konzept der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988
Auszubildende 1977 bis 1986
Gewicht und Länge von Neugeborenen
Bruttojahresverdienste in Industrie und Handel 1986
Einfluß der Energiekosten auf die Beheizungsart

Heft 12 / Dezember 1987

Wirtschaftliche Entwicklung 1987
Anteil der Gemeinden an der Lohn- und Einkommensteuer
Elektroindustrie
Außenhandel mit Italien 1950 bis 1986

Zeichenerklärungen

- | | |
|--|------------------------|
| — = nichts vorhanden | D = Durchschnitt |
| 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit | p = vorläufige Angabe |
| · = kein Nachweis vorhanden / Angabe nicht möglich | r = berichtigte Angabe |
| ... = Angabe fällt später an | s = geschätzte Angabe |
| () = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist | |

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 – 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.